

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 19. Mai 2011
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr - 23.00 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Thomas Rauch, 10. Simone Roth,
11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich

Sozialdemokratische Partei:

1. Corinne Bader, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Werner Good, 5. Thomas Marbet,
6. Huguetta Meyer Derungs, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Daniel Schneider,
9. Luzia Stocker Rötheli, 10. Dr. Arnold Uebelhart, 11. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Anita Huber, 4. Sandra Näf, 5. Theo Schöni,
6. Patrick Weibel, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Köstli, 4. Dr. David Wenger 5. Christian Werner,
6. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion

Franco Giori, Leiter Sicherheitsdienste

Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Markus Pfefferli, Baudirektion

Entschuldigt abwesend:

Andreas Schibli

Dr. Markus Ammann

Lukas Derendinger

Domenico Maiolo

Vorsitz: Heinz Eng

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Kommission für Stadtentwicklung/Demission und Ersatzwahl
3. Pensionskommission/Demission und Ersatzwahl
4. Schulkommission/Demission und Ersatzwahl
5. sbo, Bericht und Rechnungen 2010/Genehmigung
6. Integrationsarbeit in Olten, Fachstelle Integration 50%/Aufhebung der Be-fristung
7. Publikumsdienste, Sachbearbeiterin/definitive Stellenbewilligung
8. Attraktivierung Aareraum/Überarbeitung Vorprojekt, Erarbeitung Alternativprojekt
9. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehand-lung
- 9.1. Interpellation Huguette Meyer (SP) und Mitunterzeichnende betr. Verkehrsmanagement Winkelunterführung, Ecke Tannwaldstrasse, Einfahrt Parking FHNW (eingereicht am 20.05.2010/erstmal traktandiert am 16.12.2010/zum zweitenmal traktandiert am 26./27.01.2011/zum drittenmal traktandiert am 24.03.2011)
- 9.2. Interpellation Felix Wettstein (GO) betr. Förderung von Solarstrom und Preispolitik (eingereicht am 24.03.2011/neu traktandiert)

* aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsident Heinz Eng: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Frau Stadträtin, Herren Stadträte, sehr geehrte Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Presse, werte Kolleginnen und Kollegen, wir möchten unsere heutige Sitzung beginnen.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Heinz Eng:

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 23. März 2011 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Kleinholz, Erschliessung 2. Etappe/Kreditgenehmigung
(Beschluss Ziffern 1./2. und 4.)
- Kleinholz, Altlastensanierung/Kreditgenehmigung
(Beschluss Ziffer 1./1.)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 29. März 2011 und die Referendumsfrist ist am 28. April 2011 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. kantonale Richtplananpassung Niederamt

* * *

Zeitraumen der heutigen Sitzung und Dank an sbo für Zwischenverpflegung

Wir werden um 21 Uhr oder 21.15 Uhr die Zwischenverpflegung einnehmen. An dieser Stelle möchte ich den Vertretern der sbo für deren Sponsoring ganz herzlich danken. Um 23 Uhr oder 23.15 Uhr möchten wir die Sitzung beenden.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 16/22

Prot.-Nr. 80

Kommission für Stadtentwicklung/Demission und Ersatzwahl

Für die Kommission für Stadtentwicklung ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigenden Mutationen:

Mit Mail vom 11. März 2011 reicht Stefan Füzi (SP) seinen Rücktritt aus der Kommission für Stadtentwicklung per Ende April 2011 ein.

Als Ersatz für Stefan Füzi schlägt die SP Florian Amoser als neues Mitglied für die Kommission für Stadtentwicklung vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Stefan Füzi (SP) sowie die Ersatzwahl von Florian Amoser (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Stefan Füzi (SP) und die Ersatzwahl von Florian Amoser (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Stefan Füzi, Sonnhaldenstrasse 29, 4600 Olten

Herrn Florian Amoser, Friedastrasse 14, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 16/19

Prot.-Nr. 81

Pensionskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Pensionskommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigenden Mutationen:

Mit Schreiben vom 12. März 2011 reicht Edgar Graber (Beisitzer der Vereinigung pensionierter Mitglieder der PK Stadt Olten) seinen Rücktritt aus der Pensionskommission ein.

Mit Schreiben vom 15. April 2011 schlägt die Vereinigung pensionierter Mitglieder der PK Stadt Olten Hans-Peter Imfeld, Bühlweg 7, 4614 Hägendorf als neuen Beisitzer vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Edgar Graber und die Ersatzwahl von Hans-Peter Imfeld zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Edgar Graber und die Ersatzwahl von Hans-Peter Imfeld genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Edgar Graber, untere Hardegg 21, 4600 Olten
Herrn Hans-Peter Imfeld, Bühlweg 7, 4614 Hägendorf (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Finanzen und Informatik
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 16/20

Prot.-Nr. 82

Schulkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Schulkommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigenden Mutationen:

Mit Schreiben vom 4. Mai 2011 reicht Marianne Lutz-Sieber ihren Rücktritt aus der Schulkommission ein.

Mit Schreiben vom 4. Mai 2011 schlägt die SVP Frau Maria Buck, Vorderer Steinacker 31, 4600 Olten als neues Mitglied vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Marianne Lutz-Sieber und die Ersatzwahl von Maria Buck zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Marianne Lutz-Sieber (SVP) und die Ersatzwahl von Maria Buck (SVP) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Marianne Lutz-Sieber, Hardfeldstrasse 51, 4600 Olten
Frau Maria Buck, Vorderer Steinacker 31, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 15/0

Prot.-Nr. 83

sbo, Bericht und Rechnungen 2010/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf §9, Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2010. Die Detailinformationen können den Beilagen entnommen werden.

Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung sbo freuen sich, Ihnen für das Jahr 2010 wiederum einen positiven Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen. Der Cashflow erreichte im vergangenen Jahr einen Betrag von rund 11.0 Mio. Franken und ist aufgrund zeitlicher Baubewilligungsverzögerungen der Landverkaufserlöse um 4.2 Mio. Franken tiefer als im Budget vorgesehen. Im Kerngeschäft präsentiert sich der betriebliche Cashflow gegenüber dem Budget um über 0.3 Mio. Franken höher. Zum guten Resultat beigetragen haben:

- Mehrerlös aus Stromverkauf
- Mehrerlös aus Gasverkauf durch erfreuliche Zunahme an neuen Kundenanschlüssen
- Einhaltung der Kostenbudgets
- Erster Erlös aus Landverkauf im Bornfeld

Das Kontokorrentguthaben gegenüber der EGO erhöhte sich von rund 2.8 Mio. Franken auf knapp 4.7 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen, unter Berücksichtigung höherer Netzkostenbeiträge, betragen 8.2 Mio. Franken (Bruttoinvestitionen über 9.7 Mio. Franken).

Die sbo standen 2010 im neunten Betriebsjahr des Joint Venture mit der Aare Energie AG (a.en). Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Im Vorjahr betrug die Dividende CHF 300'000 und für das Jahr 2010 wurde zuhanden der Generalversammlung vom 17. Mai 2011 der Aare Energie AG eine Dividende in gleicher Höhe beantragt, was im Jahresabschluss entsprechend berücksichtigt ist.

Im Zusammenhang mit der Marktöffnung in der Elektrizitätsversorgung erfolgte erstmals das entsprechende Reporting für das Jahr 2009 an die ElCom. Im Weiteren ist der bisherige Geschäftsbereich Fernwärmeversorgung lediglich noch mit der Rechnung 2009 aufgeführt, denn für 2010 stehen weder ein Voranschlag noch eine Rechnung zu Buche.

Zusammenfassend kann das Jahr 2010 spartenbezogen wie folgt kommentiert werden:

- EVO Markt: Zunahme Stromverkauf an Endverbraucher um 3.4 Mio. kWh oder 2.5 %. Die Strombeschaffung verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr um über 3 %. In der ersten Stufe der Marktöffnung können Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von über 100 MWh also die Energie am freien Markt beschaffen. Von dieser Wahlmöglichkeit macht bei der sbo nach wie vor ein Endverbraucher Gebrauch. Für Pensionskassenverpflichtungen wurde eine Rückstellung von 250 Tsd. Franken gebildet.

- EVO Netz: Durch den Bereich Markt konnten für Netzverluste von 4.3 Mio. kWh als Stromverkauf dem Bereich Netz in Rechnung gestellt werden. Insgesamt fiel der Aufwand für das Netzentgelt tiefer aus. Einerseits aufgrund günstigeren verordneten Preisen durch ElCom und andererseits infolge einer besseren Netzausnutzung gegenüber Budget. Die aus dieser Konstellation resultierende Überdeckung beim Erlös Netzentgelt wurde entsprechend berücksichtigt und wird in die Kalkulation der Folgejahre gemäss ElCom Vorgabe einfließen. Der Anlagenunterhalt ist sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget tiefer ausgefallen. Als zusätzliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen wurden 0.3 Mio. Franken vorgenommen.
- Zunahme Gasverkauf um rund 53.7 Mio. kWh oder 10.2 %. Im gesamten Versorgungsgebiet konnten wiederum neue Kundenanschlüsse realisiert werden. Im Weiteren ist die Zunahme auch auf eine erhöhte Anzahl Heizgradtage zurückzuführen. Die Gaseinkaufspreise blieben in den ersten drei Quartalen stabil. Per 1. Oktober 2010 erfolgte dann eine Preiserhöhung durch die Lieferanten. In der Folge wurden auch die Verrechnungspreise an die Kunden angepasst.

Der Anlagenunterhalt fiel aufgrund reger Investitionstätigkeit unter den Budgetwerten aus. Bei den Dienstleistungen fiel der Bezug von a.en sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget höher aus. Für Marktrisiken und für Pensionskassenverpflichtungen sowie Organisationsanpassungen wurden insgesamt 1 Mio. Franken zurückgestellt. Als zusätzliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen wurden 3.0 Mio. Franken vorgenommen.

- Der Wasserverkauf, ohne Abgabe an die öffentlichen Brunnen, fiel um 19'149 m³ oder 0.9 % tiefer aus. In Olten war beim Grund- und Mehrverbrauch ein höherer Konsum zu verzeichnen. Hingegen fiel bei den übrigen Aussengemeinden ein Konsumrückgang ins Gewicht. Die insgesamt tiefere Absatzmenge und der daraus resultierende Mindererlös wurden aber mit Mehreinnahmen aus den Grund- und Löschwassergebühren mehr als kompensiert. Der Anlagenunterhalt ist sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget tiefer ausgefallen. Bei den Dienstleistungen fiel der Bezug von a.en in der Höhe des Vorjahres aus und blieb im Rahmen des Budgets. Als zusätzliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen wurden über 1.5 Mio. Franken vorgenommen.
- Betrug das Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde im Vorjahr noch 2.8 Mio. Franken, beläuft sich nun das Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde auf knapp 4.7 Mio. Franken. Der Eigenfinanzierungsgrad beträgt 134.3 % und die Schuldenabnahme rund 2.8 Mio. Franken. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich von 57.5 % im Vorjahr auf 56.1 % im laufenden Jahr bei einer höheren Bilanzsumme.
- Die Nettoinvestitionen betragen rund 8.2 Mio. Franken. Bei der EVO wurde vor allem in den Ausbau des Unterwerkes Enge, Trafostationen, Niederspannungsleitungen und öffentliche Beleuchtungen investiert. Bei der GVO standen in Olten Umverlegungen und Sanierungen im Vordergrund. Als grösserer Gasnetzausbau wurde im Gäu die Erschliessung Bipperamt fortgesetzt. Im Weiteren wurde das Projekt Energiezentrale Wärmeverbund Bornfeld in Angriff genommen. Die Investitionsrechnung der WVO ist stark geprägt durch die Umverlegungen und Sanierungen im Leitungsnetz Olten bzw. Trimbach. In diesem Geschäftsbereich wurden wiederum namhafte Anschlusskostenbeiträge erzielt.
Bei EVO Markt und GVO wurde budgetkonform das Beteiligungsportfolio ausgebaut.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Investitionen (brutto und netto) in den einzelnen Bereichen:

(Beträge in 1'000 Franken)

	Budget 2010	Rechnung 2010
EVO Markt		
Bruttoinvestitionen Breitbandkommunikation	0.0	13.7
Erwerb von Beteiligungen	<u>1'000.0</u>	<u>998.6</u>
Nettoinvestitionen EVO Markt	1'000.0	1'012.3
EVO Netz		
Bruttoinvestitionen Anlagen	2'659.5	3'096.3
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	<u>184.5</u>	<u>169.4</u>
	2'844.0	3'265.7
abzüglich Beiträge / Erlöse	<u>0.0</u>	<u>0.0</u>
Nettoinvestitionen EVO Netz	2'844.0	3'265.7
GVO		
Bruttoinvestitionen Anlagen	1'934.0	2'576.0
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	1'066.5	287.5
Erwerb von Beteiligungen	<u>1'000.0</u>	<u>998.6</u>
	4'000.5	3'862.1
abzüglich Beiträge / Erlöse	<u>25.0</u>	<u>514.9</u>
Nettoinvestitionen GVO	3'975.5	3'347.2
WVO		
Bruttoinvestitionen Anlagen	1'498.5	1'412.0
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	<u>175.5</u>	<u>106.5</u>
	1'674.0	1'518.5
abzüglich Beiträge / Erlöse	<u>575.0</u>	<u>1'023.0</u>
Nettoinvestitionen WVO	1'099.0	495.5
IA GW		
Fahrzeuge und Werkzeuge	95.0	83.4
Total Bruttoinvestitionen sbo	9'613.5	9'742.0
Total Nettoinvestitionen sbo	9'013.5	8'204.1

Für das Jahr 2010 ergibt sich ein Unternehmensüberschuss von CHF 1'909'133.57 gegenüber CHF 1'734'591.05 im Vorjahr. Zusammen mit den ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen resultiert ein Cashflow von CHF 11'014'017.98 (Vorjahr = CHF 10'948'225.72). Die Bilanzsumme erhöhte sich von 56.6 Mio. Franken auf 61.4 Mio. Franken.

Die wichtigsten Zahlen der Unternehmung sind wie folgt dargestellt:

	Jahr 2010	Jahr 2009
	in CHF	in CHF
Erträge	69'787'535.42	68'438'246.50
Personalaufwand	151'072.89	192'309.89
Sach- und Dienstleistungsaufwand	53'327'445.74	51'888'380.28
Sonderaufwand exkl. Abschreibungen	5'009'123.21	5'159'473.47
Abschreibungen	9'104'884.41	9'213'634.67
Gratisleistungen	285'875.60	249'857.14
Unternehmenserfolg	1'909'133.57	1'734'591.05
Cashflow	11'014'017.98	10'948'225.72
Nettoinvestitionen	8'204'157.51	6'096'253.08
Schuldenzunahme (+) / Schuldenabnahme (-)	-2'809'860.47	-4'851'972.64
Eigenfinanzierungsgrad	134.3 %	179.6 %

Die nachstehende Aufstellung der letzten fünf Jahre zeigt die Eigenfinanzierung der Investitionen, die Entwicklung der Eigenkapitalquote sowie die Kontokorrentschuld an die Einwohnergemeinde (alle Beträge in 1'000 Franken):

	2010	2009	2008	2007	2006
Cashflow	11'014.0	10'948.2	9'021.6	11'491.8	9'557.5
Nettoinvestitionen	8'204.1	6'096.2	6'427.8	13'255.3	2'287.7
Schuldenabnahme	2'809.9	4'852.0	2'593.8		7'269.8
Schuldenzunahme				1'763.5	
Eigenfinanzierungsgrad	134.3 %	179.6 %	140.4 %	86.7 %	417.8 %
Eigenkapitalquote	56.1 %	57.5 %	58.1 %	55.7 %	57.7 %
Kto.-Korrentschuld an EGO			3'571.5	7'794.4	10'460.1
Kto.-Korrentguthaben bei EGO	4'673.2	2'777.6			

Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO	Jahr 2010	Jahr 2009
Verwaltungskostenbeitrag	355.3	351.8
Verzinsung Dotationskapital	980.0	980.0
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'582.2	1'329.5
Investitionen öffentliche Brunnen	0.0	0.0
Unterhalt öffentliche Brunnen	46.4	62.3
Wasser öffentliche Brunnen	149.3	122.6
Total in Tsd. Franken	3'113.2	2'846.2

An Gemeindesteuern aus der a.en werden der Einwohnergemeinde pro 2010 voraussichtlich ca. CHF 89'000 zufließen.

Der Verwaltungsrat bezog im Jahre 2010 Honorare von gesamthaft CHF 127'296.55 (brutto), wovon der Präsident CHF 44'022.45, der keine Spesen geltend machen kann.

Die Städtischen Betriebe Olten verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Strom, Gas sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation, werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen, werden diese Risiken vermieden, vermindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 21. Dezember 2010 verabschiedet.

Beschlussesantrag:

1. Es werden folgende Rechnungsabschlüsse 2010 sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Elektrizitätsversorgung Markt	Überschuss	CHF	704'563.46
b)	Elektrizitätsversorgung Netz	Überschuss	CHF	305'227.79
c)	Gasversorgung	Überschuss	CHF	766'602.40
d)	Wasserversorgung	Überschuss	CHF	132'739.92
e)	Installationsabteilung Gas/Wasser	Überschuss	CHF	14'656.94
f)	Finanzabteilung	verteilt auf Betriebe		
g)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	8'204'157.51
h)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	61'435'944.18

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 9. März 2011 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2010 werden genehmigt. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung sbo werden von der damit verbundenen Verantwortung mit dem besten Dank für die geleistete Arbeit entlastet.

4. Als Revisionsstelle sbo wird für das Jahr 2011 die HTO Treuhand AG, Ringstrasse 1, 4600 Olten, gewählt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Daniel Dähler: Die GPK hat das Geschäft zur Kenntnis genommen und dem Beschlussesantrag einstimmig zugestimmt. Die Basis war der Abschluss der sbo, wenig spektakulär im positiven wie im negativen Sinne, also grundsätzlich grundsolid. Es bestand seitens der sbo kurz Gelegenheit zu Einführungen rund um die ganze Rechnung und das vergangene Jahr. Man hat auch sehr klar heraus gehört, was man auch lesen konnte, dass sehr viele Aktivitäten rund um den Bereich erneuerbare Energien wie auch Energieeffizienz ins Auge gefasst und auch zu einem grossen Teil umgesetzt wurden. Im Bereich der Energieeffizienz ist sicher auch die Zusammenarbeit mit der Energiezukunft Schweiz hervor zu heben, aber auch die neuen Produkte und Angebote rund um die Gebäudeeffizienz und vor allem der Stromsparmcheck, wo Euch das Angebot mit den Unterlagen zugestellt wurde. Interessant war vor allem die Information, dass man die Phase 2, die im Vorfeld auch immer diskutiert wurde, jetzt eigentlich auf unbestimmte Zeit verschoben hat. Dies auch aufgrund der Situation, dass die Phase 1 schon sehr erfolgreich unterwegs ist und man hier im Moment keine weiteren Schritte voran treiben möchte. Wir sind dann auch informiert worden, dass sich in diesem Zusammenhang vor allem auf der Basis der Situation der Zusammenarbeit, vor allem Opportunität im Bereich der Produktion ergibt, die man bisher eigentlich noch nicht aktiv voran getrieben hat und somit dort in den nächsten Wochen auch in einen Strategie-Workshop hinein geht und vor allem die Thematik rund um den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Produktion voran treiben möchte, hauptsächlich Sonnenkraft und allenfalls Windkraft. Auch Biomassen standen zur Diskussion. Es ist dort bestätigt worden, dass auf dem neuen Betriebsgebäude eine Photovoltaikanlage erstellt wird und somit im Portfolio schon eine erste Produktionsanlage bestehen wird. Darüber hinaus ist nachher innerhalb der GPK diskutiert worden. Man hat den Abschluss sicher gewürdigt, dann noch ein oder zwei Detailfragen gehabt. Bei einer ist es um die Aktion „50 Solardächer jetzt“, die es gegeben hat, gegangen in Kombination mit Gasheizung und dem Ersatz. Dort wurde bei der Anfrage, wie viel schon umgesetzt worden ist, auch bestätigt, dass von den rund 50 Dächern bereits 40 umgesetzt worden sind. Man hat dann auch noch nachgefragt, im Sinne, wie es rund um

das Angebot für Industrie und Dienstleistungen aussieht, weil man auch im Privatkundenbereich schon relativ viel voran gestossen hat. Im Moment besteht dort sicher noch eine kleine Lücke. Aber ich denke, sie wird sich in Zukunft schliessen. Eine interessante Frage gab es vor allem auch betreffend Risikobeurteilung. Es wurde eigentlich bestätigt, dass innerhalb der sbo keine branchenunüblichen technischen Risiken vorhanden sind. Das hat uns auch sehr beruhigt. Ernst Zingg hat dann innerhalb der FdP-Fraktion doch noch auf ein Risiko hingewiesen, dass man eine Zeitlang etwas personelle Risiken hatte, vor allem im Bereich der Unfälle, dies aber bis zum heutigen Zeitpunkt eigentlich in den Griff bekommen hat und es somit auch bereinigt ist. Mit dieser Ausgangssituation wird sich dies natürlich in der Risikobeurteilung in Zukunft etwas ändern, wenn man jetzt stärker in die Produktionsstätten hinein geht, auch mit der Interpellation, die am Schluss noch von Felix Wettstein kommen wird, dass es schliesslich noch heisst, welche Risiken man eingeht, wenn man erneuerbare Technologien, die teilweise vielleicht noch nicht ganz bis zum letzten Grad ausgereift sind, in den Anlagen ein gewisses Restrisiko hat, wo man vielleicht nicht unbedingt den durchschnittlichen Preis für eine Neuanlage bringen kann, wie es jetzt in dieser Interpellation angegriffen wird. Ich setze gleich noch den Hut des Fraktionssprechers auf. Den Strategiewechsel befürworten wir in diesem Sinne, dies auch mit der Phase 2 wie Ausbau der allfälligen Produktionsstätten. Wir weisen einfach darauf hin, dass mit den Risiken sicher auch gewisse Chancen verbunden sind und man den Finger dort darauf halten und dies betrachten muss, und sind gespannt, was bei dieser Strategie heraus kommt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Damit wir es nicht vergessen: Gerade das Thema des Risikos ist von Daniel Dähler nicht ganz so verstanden worden. Ein Teil einer Risikobeurteilung in einem Unternehmen, das mit nicht ganz ungefährlicher Materie arbeitet, ist auch der Schutz des Personals und wie das Personal dementsprechend arbeitet. Das ist eben auch beurteilt worden. Hier haben wir überhaupt keine Probleme. Auch unser Personal ist teilweise in einer Materie tätig, wo es ab und zu Unfälle gibt. Aber für uns ist es kein Risiko. Das möchte ich doch noch festgestellt haben. Ansonsten bedanke ich mich sehr für die Aussagen des Sprechers der GPK und möchte das Votum des Parlamentspräsidenten aufnehmen und aus Zeitgründen nicht allzu ausführlich werden, zumal wir noch unsere Gäste im Raum haben: Verwaltungsratspräsident Jost Bitterli, die operative Ebene mit Norbert Caspar, Finanzchef Hans-Jörg Scheiwiller, Beat Erne und Herrn Bracher von der Revisionsstelle. Bei Fragen zu Details stehen diese Herren selbstverständlich zur Verfügung. Der Stadtrat beurteilt die Geschichte 2010 der sbo als ein gutes Jahr, als ein sehr guter Abschluss. Wenn man den Bericht durchgeht, stellt man fest, dass der Cashflow sehr gut ist, mit einem Kontokorrentguthaben der sbo gegenüber der Stadt, wiederum angestiegen auf 4,7 Millionen Franken. Man darf daran erinnern, dass es vor bald 15 Jahren über 50 Millionen auf die andere Seite waren. Die Stadt hatte ein Guthaben gegenüber den sbo. Das wurde abgebaut und ist eine höchst erfreuliche Tatsache. Die einzelnen Sparten des Bereichs sbo sind auf den Seiten 2 und 3 beschrieben. Ich nehme an, das wurde studiert. Ich möchte mich nicht weiter dazu äussern. Wesentlich ist einfach auch noch auf Seite 3 beim Investitionsbereich die Aussage, dass die budgetierten Investitionen eigentlich zu einem wichtigen Teil praktisch gemacht worden sind. Man konnte das Geplante wirklich investieren und auslösen. Hier besteht die Schwierigkeit, dass es manchmal über den Jahreswechsel hinaus geht oder etwas einfach aufgrund einer baulichen Veränderung nicht möglich ist. Das ist im Jahr 2010 ausserordentlich gut gelaufen. Es gibt einen Unternehmensüberschuss von 1,909 Millionen Franken. Das ist im Vergleich zum Vorjahr mit 1,734 Millionen doch eine rechte Steigerung. Der Cashflow ist auch höher als derjenige des Vorjahres. Eine ganz wichtige Aussage: Die Bilanzsumme hat sich von 56,6 auf 61,4 Millionen Franken gesteigert. Der Stadtrat hat auch immer gerne, und das verlangen wir auch, machen wir aus unserer Mitte heraus selber, den Vergleich in den letzten fünf Jahren, wo man etwas das Abbild der Entwicklung unserer Tochter sieht. Auf Seite 4 ist sehr gut ersichtlich, wie sich das Unternehmen entwickelt hat. Bar- und Sachleistungen der Einwohnergemeinde kommentiere ich auch nicht weiter. Wir erhalten auch Steuern. Das Risikomanagement hat Daniel Dähler bereits angesprochen. Ich möchte noch einmal wiederholen, dass der Stadtrat über dieses Geschäftsjahr sehr erfreut

ist und insbesondere dem gesamten Personal, der operativen und strategischen Führung der sbo für die ausgezeichnete Arbeit und auch die Zusammenarbeit mit der Mutter herzlich dankt. Der Beschlussesantrag lautet auf Kenntnisnahme des Abschlusses, des Revisionsstellenberichts, Genehmigung des Geschäftsberichts und der detaillierten Rechnung und die Wiederwahl der HTO-Treuhand AG als Revisionsstelle. Im Namen des Stadtrates möchte ich Euch bitten, den Beschlussesanträgen zuzustimmen, und möchte auch danken. Das ist für neue Mitglieder des Parlaments noch einmal zu sagen. Wenn die Verpflegung von den sbo gestiftet wird, ist dies keine Bestechung im Vorfeld einer Genehmigung der Rechnung. Das ist eine Tradition. Es ist seit Jahren so. Seit ich hier vorne sitze, ist dies so. Vielen Dank aus unserer Sicht.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Man darf sagen, dass das Kind wirklich auf gutem Weg ist, eigentlich unsere Tochter. Sie ist ja immerhin immer noch im vollständigen Besitz der Einwohnergemeinde. Diese flotte Tochter, die wir vor einigen Jahren in die Selbständigkeit entlassen haben, bringt uns jedes Jahr wieder etwas vom Geld, das wir damals auch investiert haben, zurück. Diesmal waren es 3 Millionen an Bar- und Sacheinlagen und Fr. 90'000.— an Steuern. Aber auch die ganze Strategie sieht aus Sicht unserer Fraktion gut aus. Man hat jetzt auch reagiert, wo zu reagieren war. Es scheint uns auch vernünftig, dass die Phase 2 jetzt nicht angegangen wird. Von der Fraktion danken wir der Geschäftsleitung, dem Verwaltungsrat sowie allen Mitarbeitern ganz herzlich und stimmen dem Beschlussesantrag in allen Punkten zu.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Es gibt nicht viele politische Geschäfte, die in der SVP-Fraktion ohne grössere Diskussionen, ja sogar mit Freude zur Kenntnis genommen werden. Es gibt auch bei mir nur wenige Geschäfte, wo ich quasi die Vorlage des letzten Jahres aus dem Computer drucken kann und nur darauf achten muss: Das Gleiche, einfach etwas anders und mit anderen Zahlen versetzt zu formulieren. Spass beiseite. Wir haben den Bericht und Antrag natürlich gelesen und zur Kenntnis genommen. Der Bericht und die Rechnung sbo sind aber ganz sicher ein solches Geschäft, das in die obere Kategorie gehört. Es freut die SVP-Fraktion ausserordentlich, dass die sbo wiederum einen so guten Abschluss mit einem soliden Cashflow von 11 Millionen Franken erzielen konnte. Ganz besonders gefreut haben wir uns über den weiteren Anstieg des Kontokorrentguthabens gegenüber der Einwohnergemeinde, das jetzt knapp 4,7 Millionen Franken beträgt. Im Bericht und Antrag steht, dass zum guten Resultat beigetragen haben: Mehrerlös aus Stromverkauf, Mehrerlös aus Gasverkauf, Einhaltung der Budgets und Erlös aus Landverkauf. Was aber in einem solchen Bericht und auch in diesem Bericht nie steht, weil es manchmal als selbstverständlich betrachtet wird, ist, dass ein solcher Unternehmenserfolg gar nicht möglich wäre, ohne dass vom einfachsten Búezer bis zur Geschäftsleitung und zum Verwaltungsrat alle am gleichen Strick ziehen und ihre Ziele erfolgreich erreichen. Dafür möchte ich mich im Namen der SVP-Fraktion bei allen bedanken, die hier nicht erwähnt sind, aber wesentlich für das Weiterkommen verantwortlich sind. Stellvertretend überreiche ich den Dank den Herren Jost Bitterli und Norbert Caspar mit dem Auftrag, diesen Dank auch weiter zu leiten. Wir sind überzeugt, dass noch ein paar ideologische Áusserungen und Seitenhiebe von entsprechender Seite hier kommen werden. Doch die SVP Stadt Olten wird dem Bericht und Antrag der sbo und somit allen Beschlussesanträgen einstimmig zustimmen.

Dieter Ulrich:, SP-Fraktion: Auch wir haben von diesem guten Ergebnis erfreut Kenntnis genommen. Es ist jedes Jahr ähnlich. Das spricht natürlich auch für die sbo, dass wir hier jedes Mal ein so gutes Resultat haben. Auch wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich bedanken bei all jenen, die dies möglich gemacht haben. Wir möchten aber auch wie eigentliches jedes Jahr ein paar Punkte auf den Weg geben. Ich möchte dies jetzt nicht als Seitenhieb verstanden haben, vielmehr als Anregung und Feedback, weil dies eigentlich die einzige Plattform ist, die wir als Parlamentarier haben, um auch der sbo und dem Stadtrat zu diesem Thema etwas auf den Weg zu geben. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass jetzt die alternativen Energien bei den sbo vermehrt ein Thema sind. Wir haben früher

immer schon moniert, dass man hier aus unserer Sicht mehr machen sollte, und wir möchten jetzt hier den Verwaltungsrat bestärken, dass er vermehrt auf diesen Weg geht und das Engagement dort auch ausbaut. Wir haben gesehen, dass schon Sachen gemacht worden sind. Dies schätzen wir, denken aber, dass es noch nicht genug ist, und man dort noch vermehrt tätig werden sollte. In diesem Zusammenhang ein Punkt: Das wird später bei der Interpellation von Felix Wettstein noch kommen. Ich habe einmal verglichen, welche Angebote punkto Ökostrom bei anderen Städten vorhanden sind. Ich habe in Zürich und auch in Aarau geschaut. Es ist natürlich schon so, dass die Produktpalette dort in dieser Beziehung etwas breiter und auch vom Preis her mehr differenziert ist als es bei uns in Olten mit dem Aare- und Solarstrom der Fall ist. Ich denke, dort würde es sicher noch lohnen, zusätzlich auch marketingmässig Überlegungen anzustellen, wie man die Produkte, die man hat, zum Beispiel anders kombinieren oder eben ein breiteres Angebot machen kann, um so die Attraktivität für die Kunden und Kundinnen zu steigern. Vorher war noch von den Risiken die Rede. Wir haben hier einen anderen Punkt, der im weitesten Sinne auch dort hinein geht. Wir haben festgestellt, dass der Verwaltungsrat jetzt aus Personen zusammen gesetzt ist, die alle oder fast alle über 60 sind. Das heisst, früher oder später wird dort einmal ein Wechsel anstehen müssen, und es ist nicht im Interesse von uns allen, dass dies auf einmal passiert. Das ist jetzt vor allem an den Stadtrat gerichtet. Ich denke, wenn es nicht schon geschehen ist, müsste man sich dort sicher Gedanken machen, wie man eine schrittweise Erneuerung des Verwaltungsrates vollziehen kann. In diesem Zusammenhang denke ich auch, dass es sicher gut wäre, wenn dieses Gremium etwas breiter zusammen gesetzt wäre, nicht nur altersmässig, sondern vielleicht auch vom Background, welche diese Leute haben oder von den Interessen, die dort vertreten werden. Wir nehmen die Rechnung einstimmig zur Kenntnis und möchten uns noch einmal bei den sbo bedanken.

Patrick Weibel: Die Fraktion Grüne ist über den guten Abschluss der sbo für das Jahr 2010 mit den positiven Ergebnissen in den verschiedenen Sparen erfreut. Erfreulich ist auch, dass das Guthaben bei der Stadt leicht angestiegen ist, eine Entwicklung, die in den letzten Jahren hier fortgesetzt werden konnte und sicher positiv ist. Natürlich gibt es auch einige Punkte, die uns zu Diskussionen oder zum Nachdenken angeregt haben. Ob dies jetzt als Seitenhieb verstanden werden muss, stelle ich hier in Frage. Aber ich picke gerne zwei, drei Sachen heraus, die wir diskutiert haben und die uns aufgefallen sind. Zum einen ist es zum Beispiel der Stromverbrauch, der um 2,5 % gestiegen ist, sowohl bei privaten als auch bei Geschäftskunden. Bei Privaten gibt es ja jetzt das Angebot des Stromsparchecks, um die Energieeffizienz in den privaten Haushalten zu steigern. Ich denke, das ist ein gutes Angebot, von dem ich hoffe, dass es auch rege genutzt wird, und der Meinung bin, dass die Einstiegshürde für Modul 1 und 2 dort wirklich tief sind und auch für Modul 3 hoffe ich, dass die Schwelle genug tief ist, dass es auch wirklich rege genutzt wird. Ich bin gespannt, wie das Echo auf die Aktion ist, und hoffe, dass wir im nächsten Jahr eine Auswirkung darin sehen, dass der Stromabsatz eben stabil oder vielleicht auch leicht zurück gegangen ist. Effizienzbemühungen bei den Unternehmen. Fehlen bis jetzt noch. Hier weiss ich, dass beim Bund entsprechende Bemühungen laufen, lokale und regionale Offensiven, um mehr Energieeffizienz in Unternehmen und für nachhaltiges Wirtschaften zu unterstützen, dies auch finanziell. Ich denke, dazu braucht es eine lokal verankerte Trägerschaft, wo ich mir zum Beispiel vorstellen könnte, dass sie aus sbo, a.en, zusammen mit der Umweltfachstelle der Stadt Olten, gemeinsam mit dem Gewerbe Olten und vielleicht auch mit dem Verein Energiemobilität AareLand eine solche Plattform sein könnte, wo eben genau das Segment der Unternehmen der Geschäftskunden anspricht und zu mehr Energieeffizienz anregt. Das Potenzial an diesem Projekt ist auf jeden Fall vorhanden, und ich denke, diese Möglichkeit sollte genutzt werden. Eine schöne Förderaktion finden wir die 50 Solardächer, die gestartet wurde. Rund 40 dieser Dächer sind bereits realisiert. Wir fanden etwas schade, dass der Erfolg in diesem Sinne im Jahresbericht nicht so ersichtlich war. Ich denke, das ist etwas, das man durchaus zeigen darf. Auch noch spannend gewesen wären unserer Meinung nach Zahlen rein für die Stadt Olten, so etwas die Differenzierung zwischen der Stadt und dem Rest der Versorgung bei den verschiedenen Energieträgern, auch beim Wasser. Als Energiestadt setzt man sich ja zum Ziel, den Energieverbrauch zu stabilisieren, zu senken

und muss natürlich auch den Energieversorger mit einbeziehen und in die Pflicht nehmen. Eine reine Wachstumsstrategie bei den Absätzen von Strom und Gas darf nicht das Ziel sein. Es braucht sicher eine sinnvolle Substitution von Energieträgern und nicht einfach ein grenzenloses Wachstum in diesem Sinne. Insgesamt ist es ein erfreuliches Ergebnis. Wir danken allen Mitarbeitenden und der Führung der sbo für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und werden den Anträgen des Stadtrates folgen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Es werden folgende Rechnungsabschlüsse 2010 sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Elektrizitätsversorgung Markt	Überschuss	CHF	704'563.46
b)	Elektrizitätsversorgung Netz	Überschuss	CHF	305'227.79
c)	Gasversorgung	Überschuss	CHF	766'602.40
d)	Wasserversorgung	Überschuss	CHF	132'739.92
e)	Installationsabteilung Gas/Wasser	Überschuss	CHF	14'656.94
f)	Finanzabteilung	verteilt auf Betriebe		
g)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	8'204'157.51
h)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	61'435'944.18

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 9. März 2011 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2010 werden genehmigt. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung sbo werden von der damit verbundenen Verantwortung mit dem besten Dank für die geleistete Arbeit entlastet.

4. Als Revisionsstelle sbo wird für das Jahr 2011 die HTO Treuhand AG, Ringstrasse 1, 4600 Olten, gewählt.

Mitteilung an:

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Abteilung Gemeinden, Prisongasse 1,
4502 Solothurn (durch unterzeichneten Geschäftsbericht und Rechnungen 2010)

Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler

Verwaltungsrat sbo

Revisionsstelle sbo

Geschäftsleitung sbo (3)

Leiter Finanzen und Dienste (3)

Finanzverwaltung

Finanzkontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 18/15, 18/21, 18/22

Prot.-Nr. 84

Integrationsarbeit in Olten, Fachstelle Integration 50%/Aufhebung der Befristung

Auf Grund der sehr positiven Erfahrungen der ersten beiden Jahre beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die per 1. Februar 2009 geschaffene, auf drei Jahre befristete Fachstelle Integration definitiv zu bewilligen. Sie soll zusammen mit der Leitung Stadtentwicklung und der Fachstelle für Umwelt, Energie und Mobilität die Stabsabteilung Stadtentwicklung in der Direktion Präsidium bilden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den folgenden Bericht und Antrag:

1. Vorgeschichte

Integrationsarbeit in Olten wurde bis zum Jahre 2008 im Rahmen **extern vergebener Projekte** geleistet. Das grösste Projekt, In Olten Gemeinsam (IOG), wurde von einem externen Projektleiter im Mandat geführt. Das Projekt beinhaltete Sprachkurse, Stadtführungen und weitere Angebote. Auf Seiten der Stadt wurde das Projekt durch eine Gruppe mit Vertretungen der Direktionen Sicherheit, Bildung, Soziales und Präsidium begleitet. Das Projekt schuf wertvolle Angebote, wurde aber wegen ungenügender Administration und mangelhaftem Controlling kritisiert und in der Folge abgeschlossen.

Nach Abschluss des Projektes IOG gab die Sozialdirektion eine Studie über die künftige Ausrichtung der Integrationsarbeit in Auftrag. Diese wurde dem Gemeindeparlament als Grundlage für einen Richtungsentscheid vorgelegt. Am 7. Juli 2005 beschloss das Gemeindeparlament über die **künftige Ausrichtung der Integrationsarbeit** in Olten. Das Parlament entschied sich für die Varianten b) umfassender Leitbildprozess und e) sprachliche Ausrichtung. Die sprachlichen Angebote wurden realisiert. Der Leitbildprozess wurde in zwei Phasen aufgeteilt. In einer ersten Phase erarbeitete die Fachhochschule Nordwestschweiz einen Bericht zur „Bestandesanalyse der integrationsrelevanten Strukturen, Angebote und Handlungsfelder in der Stadt Olten zur Schaffung einer gemeinsamen Wissensbasis für den Leitbildentwicklungsprozess“. Vor die zweite Phase, die eigentliche Durchführung eines Leitbildprozesses, wurde ein Meilenstein gelegt. Das Parlament konnte dadurch den Bericht würdigen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Das Parlament entschied am 24. Mai 2007, auf die zweite Phase des Leitbildprozesses zu verzichten und auf Grund des aufschlussreichen vorliegenden Berichtes gezielte Massnahmen zu ergreifen.

Im 6. Kapitel des erwähnten Berichtes wurden als Schlussfolgerungen Hinweise auf **mögliche Ansatzpunkte für die künftige Integrationsarbeit** formuliert. In der folgenden Tabelle sind diese mit Zuständigkeitsebene, Ressourcen und bereits bestehenden Projekten und Massnahmen aufgeführt:

	Beschreibung	Zuständig- keitsebene	Ressourcen	Bereits bestehende Projekte und Massnahmen
a)	- Partizipative städteplanerische Prozesse und Projekte in Gemeinwesenarbeit als Antwort auf den Trend zur räumlichen Segregation.	- Gemeinde	- Stadtentwicklung - Stadtplanung	- Olten 2020
b)	- Wirksames und koordiniertes Sprachangebot, das der Heterogenität der Bevölkerung gerecht wird. - Hinweise und Ermunterung zur Nutzung der Angebote	- Gemeinde	- Mittel für Sprachförderung	- MuKi-Kurse für Mütter und Kinder - Alphabetisierungs- und Niveaukurse für bildungsfremde Migrantinnen mit Kindern
c)	- Sprachförderung für fremdsprachige Kinder bildungsfremder Eltern.	- Gemeinde	- Mittel für Sprachförderung	- MuKi-Kurse für Mütter und Kinder - Alphabetisierungs- und Niveaukurse für bildungsfremde Migrantinnen mit Kindern
d)	- Begleitung und Förderprogramme für Kinder und Jugendliche mit bildungsfremden Eltern. - Schulsozialarbeit - Jugendarbeit	- Kanton - Gemeinde	- Kantonales Bildungswesen - Schulen in Olten - Schulsozialarbeit - Jugendarbeit Färbi, Kirchen u.a.	- JUP - Schulsozialarbeit - Jugendarbeit (Färbi, Kirchen, u.a.)
e)	- Möglichkeiten zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Ausländerinnen und Ausländern	- Kanton - Gemeinde	- RAV - Arbeitseinsatzprojekte - Krippen - Mittagstische	- Arbeitseinsatzprojekte - Gemeindearbeitsplätze
f)	- Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten bzw. Koordinators oder Koordinatorin	- Gemeinde	-	-
g)	- Angebote zu den kulturellen Hintergründen für Professionelle	- Bund - Kanton - Priv. Anbieter	-	-
h)	- Integrationsbeirat	- Gemeinde	-	-

In Olten bestanden damals folgende **Lücken** im Angebot:

- Gemeinwesenprojekte zur Attraktivierung einzelner Quartiere
- Ressourcen in den Bereichen Koordination, Vernetzung, Aufbau und aktive Pflege von Kontakten.

Der Bericht empfahl entsprechend, **Gemeinwesenprojekte** auf Quartierebene zu prüfen, wenn im Rahmen der Stadtentwicklung und Stadtplanung entsprechender Bedarf bestehe.

Da Integrationsarbeit in Olten zuvor stets im Rahmen extern vergebener Projekte mit externen Projektleitungen geleistet worden war, standen dannzumal intern keine Ressourcen (Integrationsbeauftragte(r), Koordinator(in)) zur Verfügung. Sollte in den Bereichen **Koordination, Vernetzung, Aufbau und aktive Pflege von Kontakten** Arbeit geleistet werden, seien daher laut Bericht interne oder externe Ressourcen in Form einer 50%-Stelle oder in Form finanzieller Mittel für einen Leistungsauftrag zu bewilligen.

An der Sitzung vom 27. März 2008 befasst sich das Gemeindeparlament mit einem Bericht und Antrag des Stadtrates, der folgende drei Varianten enthielt:

- a. 50%-Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten, befristet auf drei Jahre;
- b. Finanzielle Ressourcen für einen Leistungsauftrag;
- c. Verzicht auf Schliessen der Lücke.

Das Gemeindeparlament folgte der Empfehlung des Stadtrates und entschied sich für Variante a. und damit für die auf drei Jahre befristete Anstellung einer integrationsbeauftragten Person. Es wurde festgelegt, im dritten Jahr der befristeten Anstellung sei dem Gemeindeparlament ein Bericht und Antrag zum Entscheid über die mögliche Weiterführung der Integrationsfachstelle vorzulegen. Da die vorherigen (externen) Integrationsprojekte bei der Sozialdirektion angegliedert waren, wurde die Stelle für eine erste Phase als Stabsstelle bei der Verwaltungsleitung der Sozialdirektion angesiedelt; gleichzeitig wurde festgehalten, dass die übergeordnete und direktionsübergreifende Aufgabe auch beim Stadtpräsidium angegliedert werden könnte.

2. Ausgangslage

Auf Grund des Entscheides des Gemeindeparlamentes vom 27. März 2008 und nach Ablauf der entsprechenden Rechtsfristen wurde die Stelle einer integrationsbeauftragten Person ausgeschrieben. Unter Mitwirkung einer Vertretung der Kommission für Integration, Heinz Eng und Luzia Stocker, wurde Donata Mikosch als geeignete Kandidatin ausgewählt und vom 1. Februar 2009 befristet bis am 31. Januar 2012 mit einem Pensum von 50% angestellt.

In einem ersten Schritt erstellte die Integrationsbeauftragte ein Grobkonzept für die konkrete Integrationsarbeit auf Basis des Grundlagenberichtes „Bestandesaufnahme der integrationsrelevanten Strukturen, Angebote und Handlungsfelder in der Stadt Olten“ der Fachhochschule Nordwestschweiz 2007, der Zielsetzungen des städtischen Quartierentwicklungsprojektes Chance Olten Ost sowie des Schwerpunktprogramms 2008 bis 2011 des Bundesamtes für Migration. Die Integrationsarbeit in Olten basiert seit März 2009 neu auf vier Pfeilern:

1. Information und Beratung zum Thema Integration
2. Projektarbeit und -begleitung mit Fokus auf Sprache und Bildung, Integrationsförderung im Vorschulbereich und Unterstützungsmassnahmen im Bereich Schule und Kinder.
3. Vernetzung und Kontaktpflege mit der ausländischen Bevölkerung und Informationsauftrag
4. Führung des Sekretariates der Integrationskommission

2.1 Information und Beratung zum Thema Integration:

Anlaufstelle Integration im Stadthaus: Die Integrationsbeauftragte hat eine Anlaufstelle im Stadthaus aufgebaut. Die ausländische und schweizerische Bevölkerung Oltens erhält seit

Mitte Mai 2009 Auskunft zum Thema Integration. Für die rasche und aktuelle Erbringung der Dienstleistung werden in der Integrationsfachstelle laufend alle aktuellen lokal relevanten Integrationsangebote dokumentiert. Die Integrationsbeauftragte steht in regelmässigem Kontakt mit Anbietern lokaler Integrationsangebote.

2.2 Projekte und Angebote

Sprache und Bildung:

Niederschwellige Deutschkurse: Das Angebot der niederschwelligen Deutschkurse wird weitergeführt und aufgrund grosser Nachfrage auch ausgebaut. Die Zuständigkeiten von Kanton und Stadt Olten wurden per 1.1. 2010 klar geregelt. Für die Infrastruktur und die Bereitstellung von Räumen ist die Stadt Olten zuständig. Die kantonale Integrationsfachstelle übernimmt die Finanzierung der restlichen Kurskosten, welche neben den Teilnehmerbeiträgen anfallen.

„Deutsch im Park“: „Deutsch im Park“ ist ein neues Angebot, welches von der Integrationsfachstelle Olten lanciert und bereits zwei Mal (Sommer 2009 und Sommer 2010) durchgeführt wurde. Im Vögelgarten ist die sonst eher schwierig zu erreichende Zielgruppe der ausländischen Mütter mit Kindern anzutreffen. Die Mütter und Kinder lernen durch das Angebot direkt im Park und werden gleichzeitig niederschwellig und praxisnah auf das Regelangebot der Deutschkurse aufmerksam gemacht.

Neues Konversationsangebot „Tandem“: Bei den Deutschkursteilnehmenden bestand das Bedürfnis nach Möglichkeiten, das im Deutschkurs Erlernte auch in der Praxis anzuwenden und zu üben. Die Integrationsbeauftragte hat in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenorganisation Benevol Kanton Solothurn im Mai 2010 das Projekt „Konversations-Tandems“ aufgelegt: Jeweils eine einheimische Person aus Olten und eine fremdsprachige Person bilden ein solches Konversations-Tandem. Dieses fördert den rascheren Erwerb der deutschen Sprache, stellt Kontakte zur einheimischen Bevölkerung her und vermittelt praxisnah Informationen zum Leben in Olten. Das Projekt wird von der Integrationsfachstelle koordiniert.

Integrationsförderung im Frühbereich (Vorschulalter):

Die Integrationsförderung im Frühbereich ist ein zentraler Bereich in der Integrationsarbeit, der speziell gefördert wird. Sprachkompetenzen sind von grosser Bedeutung für eine erfolgreiche Integration. Kinder, die beim Eintritt in den Kindergarten über vergleichsweise gute Sprachkompetenzen verfügen, erzielen in der Schule in der allgemeinen kognitiven Entwicklung die grössten Fortschritte. Nachteile wirken sich oft erst nachgelagert aus in der Form von ungleichen Startchancen in der Schule, Ausbildung und letztlich auf dem Arbeitsmarkt. Die Aufgabe der Integrationsförderung besteht darin, Potenzial und Risiken früh zu erkennen und mit geeigneten Massnahmen abzubauen. Aus diesem Grund hat die Integrationsbeauftragte im Januar 2010 eine Bestandesaufnahme der bestehenden Angebote und Eruiierung von Bedürfnissen in Olten in Auftrag gegeben.

„Bestandesaufnahme Integrationsförderung im Vorschulbereich“: Das Projekt wurde durch Studentinnen der Fachhochschule Luzern durchgeführt. Per Dezember 2010 lieferten die Studienverfasserinnen Empfehlungen zu Händen der Integrationsfachstelle. Die Integrationsbeauftragte hat das Projekt beim Bundesamt für Migration in der Kategorie Modellvorhaben im Bereich Konzeptarbeit eingegeben. Die Bestandesaufnahme wurde in der Folge vom Bund mitfinanziert. Der Integrationsfachstelle liegen nun Empfehlungen vor, welche 2011 sukzessive umgesetzt werden.

Drei Massnahmen wurden auf Initiative der Integrationsfachstelle bereits während der Bestandesaufnahme aufgelegt und umgesetzt:

Pilotprojekt „schrittweise“: Die Integrationsbeauftragte hat Einsitz in der Begleitgruppe des Projektes „schrittweise“. Das Projekt ist ein integrativ präventives Spiel- und Lernprogramm für Kinder im Vorschulalter und fördert die Integration von Kindern von sozial benachteiligten Familien, beispielsweise mit Migrationshintergrund. Das Programm wurde in der Pilotphase vom September 2009 bis 2010 durchgeführt und wird im Jahr 2011 wiederholt.

Weiterbildung für Sprachförderung im Krippen- und Spielgruppenalltag für Spielgruppen- und Krippenleiterinnen: Die Integrationsfachstelle hat im April 2010 eine Weiterbildung für Sprachförderung im Krippen- und Spielgruppenalltag für Spielgruppen- und Krippenleiterinnen organisiert, welche von der IG Spielgruppe Schweiz durchgeführt und rege besucht wurde. Die Weiterbildung wird 2011 wieder durchgeführt.

Sprachförderung in der Kinderhüte der Deutschkurse „Leben in der Gemeinde“ der Stiftung ECAP: Als dritte Massnahme werden auf Initiative der Integrationsbeauftragten seit August 2010 auch in der Kinderhüte der Kurse „Leben in der Gemeinde“ der Stiftung ECAP die Kinder in der deutschen Sprache gefördert.

Unterstützungsangebot Schule und Kinder:

„Zusammenarbeit und Empfang fremdsprachiger Eltern in der Schule“: In Gesprächen mit Lehrern, Schulleitern und Bildungsdirektion wurde als wichtigstes Bedürfnis die Verbesserung der Kommunikation zwischen Lehrern und ausländischen Eltern genannt. In der Folge hat die Integrationsbeauftragte in einem Pilotprojekt zusammen mit der Bildungsdirektion und der Schulsozialarbeit Empfangsgespräche für fremdsprachige Eltern von Kindern, welche in die 1. Klasse eintreten, durchgeführt. In den Gesprächen werden Erwartungen der Schule an die Eltern klar festgehalten und wichtige Informationen zum Schulalltag weitergegeben.

2.3 Vernetzung und Kontaktpflege

„Informationsveranstaltungen zu alltagsrelevanten Themen“: Um Vernetzung und Kontakte zu pflegen, führt die Integrationsfachstelle neu Informationsveranstaltungen zu alltagsrelevanten Themen für das Leben in der Stadt Olten durch. Die Veranstaltungen stehen grundsätzlich der gesamten Oltnen Bevölkerung offen. Speziell angesprochen werden ausländische Neuzugezogene und Schlüsselpersonen verschiedener ausländischer Herkunftsgruppen.

„Öffnung der bestehenden Neuzuzügerveranstaltungen“: Neu werden auch bei den bestehenden Neuzuzügerveranstaltungen die ausländischen Neuzugezogenen speziell eingeladen. Diese nehmen seither auch vermehrt an den Neuzuzügerveranstaltungen teil.

„Arbeitsgruppe Integration Quartierentwicklung Chance Olten Ost“: Aus dem Workshop der Quartierentwicklung Chance Olten Ost hat sich eine sehr engagierte Arbeitsgruppe mit einheimischen und ausländischen Oltnern und Oltnern gebildet, welche aktiv in der Quartierentwicklung weiterarbeitet. Die Gruppe hat unter der Leitung der Integrationsbeauftragten ein Jahresprogramm 2011 erarbeitet, welches das rechte Aareufer vorstellt und die Begegnung unter der Quartierbevölkerung ermöglicht.

2.4 Integrationskommission

Die Integrationsbeauftragte führt das Sekretariat der Integrationskommission. Die Kommission hat 2009 ein Leitbild für die Integrationsarbeit in der Stadt Olten erarbeitet und verabschiedet. Das Leitbild widerspiegelt die Stossrichtung der städtischen Integrationsarbeit und dient als Leitfaden für die zukünftige Integrationsarbeit.

3. Ausblick auf die Integrationsarbeit in den kommenden fünf Jahren

Wird die Fachstelle Integration wie vom Stadtrat beantragt definitiv bewilligt, so erlaubt dies eine lückenlose Weiterführung und teilweise Ausweitung der bewährten Arbeiten und Angebote in den genannten Bereichen.

3.1 Beratung und Information zum Thema Integration

Die Anlaufstelle Integration im Stadthaus mit Beratung zum Thema Integration für die schweizerische und ausländische Bevölkerung wird weitergeführt.

3.2 Projektarbeit

Die Integrationsfachstelle führt weiterhin Projekte im Bereich Sprache und Bildung durch und stellt die notwendige Infrastruktur zur Durchführung der niederschweligen Deutschkurse sicher. Projekte im Bereich der Unterstützungsangebote für Schule und Kinder werden weiterhin begleitet und Bedürfnisse aufgenommen. Der Hauptfokus in der Projektarbeit der nächsten fünf Jahre wird der Bereich Integrationsförderung im Frühbereich (Vorschulalter) sein. Im Januar 2011 hat die Fachhochschule Luzern den Bericht „Bestandesaufnahme Integrationsförderung im Frühbereich der Stadt Olten“ abgeschlossen. Die Empfehlungen zur Nutzung von Synergien und Schliessung von Lücken für eine möglichst flächendeckende Umsetzung der Integrationsförderung im Frühbereich werden in den nächsten fünf Jahren sukzessive umgesetzt.

Zudem wird die Integrationsfachstelle eng mit der im Quartierentwicklungsprojekt Chance Olten Ost engagierten Bevölkerung zusammenarbeiten und Aktivitäten, welche die soziale Integration fördern, unterstützen.

3.3 Vernetzung und Kontaktpflege sowie Informationsauftrag

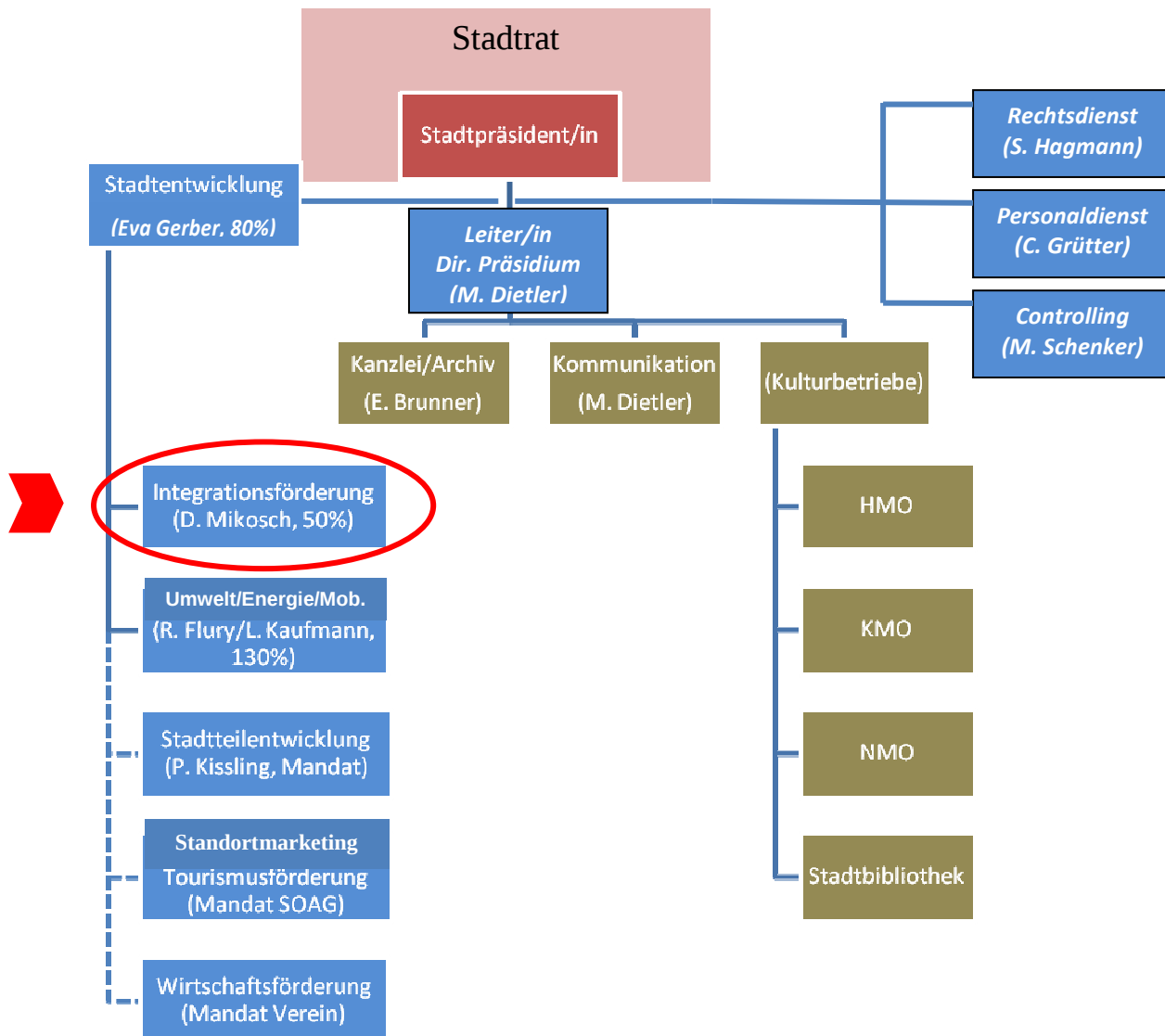
Die Informationsveranstaltungen mit relevanten Informationen zur Bewältigung des Alltags in der Stadt Olten (beispielsweise mit Informationen zum Schulsystem, Weiterbildungsmöglichkeiten, zum politischen System, Gesundheitswesen, Sozialversicherungen, oder auch lokalen Angeboten im Quartier) für ausländische Neuzuzüger und Schlüsselpersonen werden ebenfalls weitergeführt und thematisch erweitert.

Die Integrationsarbeit der Stadt Olten entspricht den Schwerpunkten der Integrationsförderung des Bundesamtes für Migration ab 2012 sowie kantonalen Priorisierungen. Gleichzeitig nimmt die Integrationsfachstelle in der konkreten Ausgestaltung die Informationsbedürfnisse der lokalen Bevölkerung auf.

4. Künftige Organisationsstruktur, Eingliederung der Fachstelle Integration ins Präsidium

Im Zuge der Besetzung der neu geschaffenen Stelle Leitung Stadtentwicklung per 1. Mai 2011 wechselt die Fachstelle Integration von der Sozialdirektion in die Direktion Präsidium: Die als Stabsabteilung der Direktion Präsidium angegliederte Stadtentwicklung, direkt unterstellt dem Stadtpräsidenten bzw. der Stadtpräsidentin, wird die Querschnitts-Bereiche Stadt- und Quartierentwicklung, Integrationsförderung und Umwelt/Energie/Mobilität umfassen. Die Zuordnung der Integration zur Stadtentwicklung entspricht der Organisation

beispielsweise der Städte Zürich und Winterthur. Die Erfahrungen mit dem Projekt Chance Olten Ost der letzten gut zwei Jahre belegen insbesondere den engen Zusammenhang zwischen Stadtteil- bzw. Quartierentwicklung und Integration sehr deutlich und beweisen, dass die enge Zusammenarbeit der jeweils Verantwortlichen der beiden Bereichen zu guten Ergebnissen führt.



5. Wirtschaftlichkeit und Kosten

Die Integrationsarbeit in der Stadt Olten führt zu folgenden Kosten:

- Die Fachstelle Integration ist im städtischen Lohnsystem in der Klasse 24 eingereiht. Das entsprechende Lohnband erstreckt sich von Fr. 97'064 bis Fr. 145'596 (vgl. Anhang zum Besoldungsreglement). Für die mit 50 Stellen-% dotierte Stelle fallen jährlich Kosten von Fr. 50'000 bis 70'000 und Lohnnebenkosten von Fr. 10'000 bis 14'000 an.
- Im Budget 2011 sind für Projekte und für Integrationsarbeit Fr. 97'600 budgetiert.

Der entsprechende Nutzen lässt sich nicht eins zu eins in Franken ausdrücken, hingegen qualitativ umschreiben:

- Gelingt es beispielsweise, dank integrativen Leistungen Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und damit von der Sozialhilfe fern zu halten, sind die Kosten der Stelle rasch gedeckt. Integrationsleistungen sind Investitionen, die später Kosten in wesentlich höherem Umfang sparen.
- Die Integrationsfachstelle ist zentrale Anlaufstelle für neu wohnhafte Migrantinnen und Migranten und Behörden und Organisationen, welche für Integrationsbelange zuständig sind. Die Integrationsfachstelle gibt ratsuchenden Migranten eine Erstinformation, verhindert unnötige Behördengänge und gibt gleichzeitig benötigte Informationen für den Integrationsprozess.
- Im Bereich Projektarbeit eruiert die Integrationsfachstelle Bedürfnisse im Bereich Integration und sucht mit den geeigneten Partnern umsetzbare Lösungen. Die Koordinationsarbeit der Integrationsfachstelle ermöglicht die Bündelung von externen Anfragen im Bereich Integration und Umsetzung in geeigneten Strukturen.
- Der Fokus der Integrationsprojekte liegt auf der Förderung der Kinder im Vorschulalter, um die Chancengleichheit und letztlich den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Hier erbringen eingesetzte finanzielle Ressourcen den grössten Nutzen für die Gesamtgesellschaft.

Werden der Integrationsarbeit keine Ressourcen zugeordnet, fallen die entsprechenden Angebote und Leistungen weg. Der Stand der Integrationsbestrebungen in der Stadt Olten würde der Situation vor zehn Jahren entsprechen.

6. Stellungnahmen

6.1 Kommission für Integration

Die Kommission für Integration hat sich an ihrer Sitzung vom 22. März 2011 mit 4:1 Stimme für die Aufhebung der Befristung der Integrationsfachstelle ausgesprochen. Sie stellte in der Mehrzahl fest, dass die Stelle gebraucht werde und als Investition betrachtet werden solle. Die Arbeit und Führung der Integrationsfachstelle sowie die Zusammenarbeit mit der Integrationskommission wird als sehr positiv beschrieben. Ebenso wird auch die Zusammenarbeit mit dem Kanton in Zusammenhang mit den Integrationsvereinbarungen mit ausländischen Personen als sehr wichtig erachtet. Das Prinzip des Fördern und Forderns wird laut Kommission durch die Integrationsfachstelle erfolgreich umgesetzt und Bemühungen auf Bundes- und Kantonsebene auch in der Stadt Olten fortgeführt. Als weiteren Punkt wird die Notwendigkeit einer nachhaltigen Integrationsarbeit betont, was nur erreicht werden könne, wenn eine konstante Ansprechperson die Arbeit umsetze. Ohne die Arbeit der Integrationsfachstelle würde die Integrationsarbeit um Jahre zurückgeworfen. Kontrovers diskutiert wurde die Messbarkeit der Integrationsarbeit. Von einem Teil der Mitglieder wurde die Kompensation der Stelle gefordert.

6.2 Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission für Stadtentwicklung hat sich an ihrer Sitzung vom 10. März 2011 mit 6:1 Stimme für die Aufhebung der Befristung ausgesprochen, dies in der Überzeugung der Notwendigkeit und des Nutzens der betreffenden Stelle.

6.3 Kantonaler Integrationsdelegierter, Albert Weibel

Der kantonale Integrationsdelegierte Albert Weibel nimmt auf Anfrage wie folgt zum Antrag des Stadtrates Stellung:

Integration passiert auf kommunaler Ebene. Eine Stadt, eine Gemeinde, die diesbezüglich Erfolg haben und langfristig Kosten sparen will, investiert ganz konkret in den Integrationsbereich. Es ist eine unternehmerisch-strategische Frage, ob man Erfolg haben will. Migration findet statt, ob das erwünscht ist oder nicht. Olten ist davon ganz direkt betroffen und hat deshalb nebst der Integrationsfachstelle folgerichtig auch das Stadtentwicklungsprojekt „Chance Olten Ost“ initiiert. Der „unternehmerische Erfolg“ – sprich der soziale Gewinn – ist wie bei einem gewinnorientierten Unternehmen langfristig anzustreben. Das ist nicht wünschbar, sondern Bedingung für das friedliche, erfolgreiche Zusammenleben. Ein wichtiger Mosaikstein für den Erfolg ist auch gegenseitige Verbindlichkeit. Migrantinnen und Migranten müssen klare Regeln erhalten, die einzuhalten sind. Umgekehrt brauchen Zugewanderte verbindliche Ansprechpartner, die über Jahre hinweg erreichbar sind.

Schon heute kann ich feststellen, dass die bisherige Arbeit der Integrationsbeauftragten der Stadt Olten Wirkung zeigt: Es konnte ein Netz von Schlüsselpersonen aufgebaut werden. Wer im Integrationsbereich langfristigen Erfolg anstrebt, muss mit Schlüsselpersonen aus verschiedenen Herkunftsgebieten zusammenarbeiten.

- Die Integrationsbeauftragte konnte die dafür notwendige Beziehungsarbeit institutionalisieren. Auch hier: Langfristiger Erfolg bedingt ausdauernde Beziehungsarbeit.
- Stadtentwicklung Chance Olten Ost: Hier konnte die Beauftragte für Integration wichtige Impulse setzen und im oben erwähnten Sinne tätig sein (Projekte initiieren, Zusammenarbeit mit den Schulen aufbauen).
- Ansprechstelle sein für Integrationsfragen von Migrantinnen und Migranten und Schweizerinnen und Schweizer. Letzteres ist genau so wichtig.
- Im Unterschied zu vorher, als es noch keine Integrationsbeauftragte gab, gibt es jetzt eine Ansprechpartnerin für Partnerorganisationen, für andere Gemeinden, für den Kanton, für den Bund. Das ist in mehrfacher Hinsicht wichtig.

Die Wichtigkeit der Integrationsfachstelle ist zunehmend auch bezüglich **Zugang zu Migrantengruppen** zentral. Es gibt Migrantengruppen, die schwierig zu erreichen sind. Das hat mehr mit sozialen Problemsituationen zu tun als mit Herkunft. Mögliche Gefährdungen im Sinne von potenziell herabgesetzter Eigenverantwortung sind die wirtschaftliche Situation (Sozialhilfeabhängigkeit, Schulden), die Bildungssituation (Bildungsferne und Bildungsbenachteiligte), die soziale Situation (z.B. patriarchale Familienverhältnisse).

Und genau hier müssen Zugänge geschaffen werden. Immer wenn es gilt, Migrantinnen und Migranten aus diesen Gruppen in Projekte einzubeziehen, muss man auf Schlüsselpersonen, Schlüsselorganisationen zurückgreifen können, mit deren Hilfe diese Migrantengruppen für langfristige Arbeit gewonnen werden können. Beispiele:

- Beim Grossprojekt „Stadtentwicklung Chance Olten Ost“ ist die Integrationsfachstelle zentral.
- Alle Projekte, die mit früher Förderung zu tun haben
- Projekt „schritt:weise“, wo direkte Elternbildung stattfindet,
- Projekt „Tabakprävention“,
- Deutsch-Integrationskurse
- Einbezug von Müttern beim Projekt "Schenk mir eine Geschichte"
- Interkulturelle Bibliothek

Das bisher Gesagte zeigt auf, dass nur langfristige Arbeit (Beziehungsarbeit und darin verbindliche Arbeit) Aussicht auf Erfolg haben kann. Es ist zentral, dass die Integrationsfachstelle zum stabilen Ansprechpartner wird. Vertrauen und Verbindlichkeit muss gegenseitig aufgebaut werden. Das braucht Zeit und braucht klare Regeln. Es ist eher an Ausbau als an Abbau zu denken. Man muss über Jahre hinweg dranbleiben können. Auf Kantonsebene erfahren wir das jetzt mit dem Ausbau der Integrationsvereinbarungen.

Wer wirtschaftlichen Erfolg anstrebt, muss unter anderem zur richtigen Zeit das Richtige tun. Und: Die Qualität des Produktes oder der Dienstleistung ist am Ende für den nachhaltigen Erfolg entscheidend!

Diese beiden Faktoren gelten (unter anderem) auch für den Erfolg in der Integrationsarbeit. Auf eine Formel gebracht könnte die Notwendigkeit, die Befristung der Integrationsfachstelle Olten aufzuheben, lauten: Herausforderung annehmen, Investition jetzt in Qualität, Dauerhaftigkeit, Beziehungsarbeit, Verbindlichkeit, Innovation.

6.4 Querschnittsdienstleistende

Die Querschnittsdienstleistenden haben keine Änderungen des Berichtes und Antrags vorgeschlagen.

Beschlussesantrag:

1. Die Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten mit einem Pensum von 50% wird definitiv bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Felix Wettstein: Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt, dass die Stelle der Integrationsbeauftragten mit einem Pensum von 50 % definitiv bewilligt wird. Die bis jetzt gut zweijährigen Erfahrungen im Rahmen dieser dreijährigen Befristung zeigen den Zweck und Wert dieser Stelle. Viele Projekte, besonders zur Integration und Unterstützung von Familien mit jungen Kindern und auch von neu Zugezogenen mit Wurzeln aus anderen Kulturen belegen den Nutzen dieser Fachstelle. In wichtigen Stadtentwicklungsprogrammen wie zum Beispiel Chance Olten Ost sind dank der Fachstelle Integration bedeutende Teilprojekte angestossen worden. Ohne diese zusätzlichen Kapazitäten wäre eine derartige Projektarbeit nicht denkbar. Diese Stelle arbeitet zielorientiert mit den beiden Schwerpunkten Förderung von Kindern und Chancengleichheit. Die GPK hat die Frage nach der Effektivität einer solchen Stelle gestellt. Sie konnte feststellen, dass es eben nicht immer bezifferbare Frankenbeträge sind, wo man eine Messbarkeit darauf abstützen kann. Nein, der Effekt zeigt sich beispielsweise in der Ausweitung von Massnahmen zur Sprachförderung oder in der ansteigenden Mitarbeit von Zugewanderten an diesen städtischen Projekten. Auch die Einführung und Anpassung von Programmen, die andernorts schon erfolgreich implementiert wurden, zum Beispiel das Frühförderungsprojekt „schrittweise“ ist nur dank der Konstanz und Fachkompetenz einer solchen Stelle möglich. Die GPK hat von der künftigen Ansiedlung dieser Stelle im Aufgabenbereich Stadtentwicklung in der Direktion Stadtpräsidium Kenntnis genommen. Diese Ansiedlung wird unterstützt, nicht zuletzt mit Blick auf erwünschte Ausweitung der Ziele der Integrationsarbeit, zum Beispiel an der Schnittstelle zwischen

Schul- und Berufsleben. Vermisst wurde in der GPK eine Stellungnahme zum Geschäft, die von Migrantinnen und Migranten selber verfasst worden wäre. Einleitend zu diesem Geschäft hat sich die GPK über das mehrstufige Vorgehen, das der Stadtrat jeweils beschreitet, wenn es um eine Wiederbesetzung von Stellen bzw. Schaffung von neuen Stellen geht, informieren lassen. Dort werden die Möglichkeiten der Kompensation immer diskutiert. Eine Kompensation gelingt auch immer wieder, wenn auch nicht unbedingt zeitgleich. Es ist in diesem Zusammenhang bereits in der GPK der Antrag gestellt worden, der uns auch heute vorliegt und auf den Heinz Eng vorher auch schon hingewiesen hat, dass im Budget 2012 aufgezeigt werden soll, wie der Stadtrat die 50 Stellenprozente wieder kompensieren will. Der Antrag ist abgelehnt worden, wenn auch nur – Ihr ahnt es – knapp.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Der Sprecher der GPK hat etwas im Zusammenhang mit einer Art Strategie oder wie der Stadtrat mit Personalfragen und Stellen umgeht, gesagt. Ich möchte hier auch im Namen des Stadtrates als Einstieg in das, wie ich gehört habe, nämlich das von fast allen Fraktionen unbestrittene Geschäft, wenn es um die Stelle geht, zwei, drei Punkte noch einmal erwähnen. Am Ende jedes Jahres werden alle Direktionen aufgefordert, notwendige zu schaffende Stellen, Neubesetzungen, aber auch Wiederbesetzungen bei Kündigungen oder Pensionierungen, selbstverständlich von befristeten und auch unbefristeten Stellen, zusammen zu tragen und zu Beginn des Jahres zu präsentieren. Basis ist immer der aktuelle Stellenplan, der vom Personaldienst bewirtschaftet wird. Bei einer Kündigung oder Pensionierung, auch bei einer Reduktion von Stellenprozente, die es aufgrund von familiären Begebenheiten auch gibt (zum Beispiel weil man vielleicht etwas weniger arbeiten möchte) lautet der ständige Auftrag – in der Stadt Olten ist das System, dass in Linie geführt wird, das heisst Iris Schelbert und meine Herren Kollegen führen in Linie ihre Direktionen – bei dieser Gelegenheit auch immer gleich die Funktion zu überprüfen. Das heisst: Braucht es diese Wiederbesetzung, oder kann man mit der Stellenreduktion leben, oder ist das Stellvertreter-Prinzip gewährleistet? Das ist immer eine ganz wichtige Aussage. Wir haben bei uns sehr viele Stellen, wo keine Stellvertretung vorhanden ist. Das ist in einer kleinen Verwaltung noch schlimmer, aber in einer grossen natürlich auch der Fall. Können die Arbeiten nach Funktionen aufgeteilt oder verteilt werden? Stimmen die Abläufe im Arbeitsprozess, wo die Funktion zum Beispiel auch eingebunden ist. Stimmen die Pensen? Machen die Arbeitsfelder oder neue Aufgaben innerhalb der Abteilung überhaupt eine Wiederbesetzung nötig? Das sind etwas allgemeine Aussagen. Zum Thema befristete Stellen: Stellen befristet zu schaffen ist ein Instrument, mit dem auch geführt werden kann. Es erlaubt nämlich, schnell reagieren zu können, aber auch eine Bewährungsfrist zu setzen. Beispiele sind in der Verwaltung vorhanden. Ich möchte ein ganz praktisches Beispiel geben, das wir im Zusammenhang mit der Neukonstruktion der Volkszählung hatten, dass es eben auch automatisch gemacht werden kann, dies im Sinne des EDV-Bereichs, und man nicht von Haus zu Haus gehen und Fragebogen ausfüllen muss. Es braucht eine Grundlage. Sie war mit sehr viel Arbeit verbunden. Ich gebe Ihnen ein praktisches Beispiel. In einem Block mit sechs Wohnungen muss man wissen, dass in der Wohnung oben links Hans Meier wohnt und die Wohnung Nr. 13 von 13 hat. Das ist aber in einem Papier festzuhalten. Das konnten wir mit einer befristeten Stelle erarbeiten und haben im Übrigen vom Bund für die sehr, sehr gute Arbeit, die wir hier abgeliefert haben, ein ausgezeichnetes Rating erhalten. Ein weiteres kommendes Projekt im Zusammenhang mit einer äusserst regen Bautätigkeit in der Stadt Olten, das wir im Stadtrat angehen werden müssen – man sieht dies ja offensichtlich, wenn man durch die Stadt geht – ist das Bauinspektorat im Moment sehr schmalbrüstig datiert. Wir möchten nicht in eine Situation kommen, wo uns Vorwürfe gemacht werden wie: Ihr braucht für die Prüfung eines Baugesuches zu lange und es dauert zu lange bis zur Bewilligung. Wenn Beschwerden eingereicht werden, ist die Verwaltung manchmal machtlos. Man kann nur versuchen, die gordischen Knoten zu zerschlagen. Aber hier müssen wir ganz klar etwas tun. Die Idee wäre, dass dort möglicherweise eine befristete Stelle geschaffen wird, um die Hausse an Bautätigkeit bewältigen zu können. Befristet deshalb, weil es ja auch wieder einmal auf die andere Seite gehen kann. Der Grundsatz: „Was einmal provisorisch geschaffen ist, wird sicher definitiv“ gilt für diesen Stadtrat hier nicht. Das Ganze wird dreistufig kontrolliert. In der Linie gibt es ein Controlling. Es wird ein

Gesamtpaket beurteilt, Arbeit, Notwendigkeit, Einreihung, Entlohnung. Der Personaldienst ist für die Koordination zuständig. Dann haben wir ein System der sogenannten Querschnittsdienstleistenden Rechtskonsulent, Finanzverwalter, Personaldienst und Controller, die jedes Geschäft, das mit Geld zu tun hat, aber auch jedes Personalgeschäft speziell prüfen, bevor der Stadtrat überhaupt etwas dazu sagt. Die Stadt hat in den letzten Jahren einige Stellen geschaffen. Das hat man im Vorfeld der beiden, von denen wir heute sprechen, auch immer wieder hören können. Ihr wisst dies alle. Im Sozialbereich wurde eine Sozialregion geschaffen, wo aufgrund von klaren Vorgaben Stellen geschaffen werden müssen, damit die Fallbewältigung erfolgen kann und damit auch die nötigen Gelder im Lastenausgleich fließen können. Die Polizei hatte eine rechte Stellenaufstockung. Wir konnten bei den Museen gewisse Prozentzahlen erhöhen, und wir haben die Stelle der Stadtentwicklung von Frau Gerber geschaffen. Es hat einen direkten Zusammenhang mit der Integrationsfunktion, die jetzt bekanntlich ein Teil der Abteilung Stadtentwicklung ist. Wir haben also diese Stellen mit Euch zusammen geschaffen, weil wir erweiterte Aufgaben erfüllen möchten. Es gab Vorstösse, und es ist der Wille des Gemeindeparlamentes und natürlich auch des Stadtrates, dass der Zeitgeist erfüllt wird, und nicht zuletzt auch Service public. Der Stadtrat macht auch eine Karriereplanung. Was heisst dies? Der Stadtrat lässt ausbilden. Wir sind akribisch dabei, in gewissen Ämtern und Funktionen, gerade auch im obersten Bereich, Nachfolgeregelungen in die Finger zu nehmen und haben ganz viele sehr gute Leute, die sich für die Neubesetzung und Weichenstellung eignen. Sie werden dementsprechend gebildet. Auch das kann nur gemacht werden, wenn immer wieder überprüft wird und zwar auch die Abläufe. Wir haben ein Projekt, das bekannt und auch budgetiert ist, im Zusammenhang mit der Geschäftsverwaltung „Records Management“. Es geht darum, wie die Abläufe, die ganzen PC-Sicherungsgeschichten, die Ablagen der vielen, vielen Dokumente sicher gestellt werden. Das ist eine Riesensache, welche die gesamte Verwaltung beansprucht. Aber es kommt nicht zuletzt aus einem Vorstoss aus dem Parlament heraus. Die Zusammenarbeit, der Output, die Effizienz, das mögliche Zusammengehen unter den Direktionen ist völlig klar und gehört dazu. Aktuell kann ich von meiner Seite sagen, dass die Abläufe in der Finanzdirektion, wo es zwei Abteilungen gibt, innerhalb dieser Abteilungen überprüft werden und die Zusammenarbeit dementsprechend neu überprüft wird. Es ist durchaus möglich, dass es dort gewisse Veränderungen gibt. Kompensation ist immer wieder ein Thema, das auch vom Sprecher der GPK angesprochen wurde. Es wird bei jedem Personalentscheid diskutiert, weil wir ja wissen, dass dieser Antrag aus Eurer Mitte immer wieder kommt. Das darf auch ruhig so sein. Es ist für einen Aussenstehenden manchmal einfach schwierig nachzuvollziehen, dass man nicht – ich sage es jetzt sehr sarkastisch – Äpfel mit Birnen vermischen kann. Wir können immer wieder Kompensationen anbieten. Aber es gelingt nicht immer, sie zeitgleich mit etwas, das wir benötigen, anzubieten. Hier gibt es Beispiele, zu denen Kollegin Iris Schelbert sicher etwas sagen wird. Eine mittel- bis langfristige Planung ist absolut nötig. Wir haben uns in dies im Stadtrat ganz klar auf die Fahne geschrieben. Ich spreche bei dieser Gelegenheit gleich für beide Geschäfte und möchte Sie bitten, den Kompensationsantrag im heutigen Zeitpunkt nicht anzunehmen. Jetzt möchte ich zum eigentlichen Thema übergehen. Es geht um die definitive Schaffung von zwei bis dato befristeten bewilligten Funktionen und Stellen. Die Begründungen sind bei beiden Geschäften umfassend und zeigen den Bedarf auf. Die Berichte und Anträge wurden systematisch gemacht. Das ist unsere Meinung. Es ist klar, dass man hier eine andere haben kann. Iris Schelbert wird ihre Ausführungen zum Geschäft „Publikumsdienste“ machen und wird auch dort die Bereiche Entwicklung der Arbeit und Aufgaben ansprechen. Was braucht der Kunde und wie sieht eine künftige, auch mittelfristige Entwicklung und Planung aus? Jetzt wieder zum eigentlichen Geschäft, das zu meiner Direktion gehört. Der Bericht und Antrag für die Fachstelle Integration für das 50 %-Pensum, das bis dato, konkret bis zum 31.1.2012 befristet ist, lautet der Antrag dahingehend, dies unbefristet zu schaffen. Der Bericht und Antrag ist umfangreich. Es ist ein Gemeinschaftswerk zwischen den beiden Direktionen Präsidium und Soziales, wo Peter Schafer anschliessend seine Ausführungen machen wird. Bis dato, konkret bis 1. Mai war diese Stelle bei der Sozialdirektion. Ab 1. Mai gehört sie zur Abteilung Stadtentwicklung, die bekanntlich im Präsidium integriert oder unterstellt ist. Wir haben versucht, die Funktion, die

Arbeit und die Zusammenarbeit, Resultate und Erfahrungen dieser zweijährigen Arbeit abzubilden, und möchten Sie bitten, dem zuzustimmen.

Stadtrat Peter Schafer: Ich möchte Ihnen eine kurze Einleitung zum Bericht und Antrag betr. Integration geben, auch grundsätzlicher Natur zur Integrationssituation in Olten. Die Wirtschaft braucht ein reales jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 2 bis 3 Prozenten. Stagnation ist bereits ein Rückschritt. Das wissen Sie sicher selber. Die Schweizer Familien haben statistisch gesehen nicht genügend Kinder, durchschnittlich nur noch 1,7 statt 2,1 Kinder. Wenn die Wirtschaft wachsen will und gleichzeitig weniger eigener Nachwuchs da ist, braucht es gezielte Zuwanderung aus dem Ausland. Seit langem sucht die Wirtschaft spezialisierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das ist gar nichts Neues. Selbstverständlich kommen auch Personen dazu, die aus wirtschaftlichen, politischen oder familiären Gründen in die Schweiz einreisen. Diesen Hinweis gebe ich Ihnen, um darauf hinzuweisen, dass wir, sprich die Einwohnergemeinde, die Niederlassung von Personen nicht beeinflussen kann. In der Schweiz herrscht Niederlassungsfreiheit. Mittlerweile leben ja über 27 % der Bevölkerung in Olten ohne Schweizerpass. Das Ziel des Stadtrates ist das friedliche Zusammenleben und das Bieten von gleichen Chancen von einheimischen und zugezogenen Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Gesellschaft, also auch der Staat, muss ein aktives Interesse an der Integration aller Menschen haben. Die Wirtschaft braucht nur die Arbeitskraft der Menschen und ist nicht bereit, die Kosten für die Integration der Arbeitskräfte und ihrer Familien zu übernehmen. Die Wirtschaft zahlt aber Steuern, und mit einem kleinen Teil dieser Steuergelder trifft der Staat unter anderem politisch verlangte Integrationsmassnahmen. In Olten ist es eben die Stelle der Integrationsbeauftragten Donata Mikosch, die ihrerseits Informationen und Beratungen zum Thema Integration weiter gibt. Sie hat ein Büro, eine Anlaufstelle im 6. Stock, macht Projektarbeit mit Fokus Sprache, Bildung und Frühförderung. Ich nenne hier nur Themen wie Muki-Deutsch, Unterstützung im Bereich Schule etc., schliesslich noch Vernetzung und Kontaktpflege mit der ausländischen Bevölkerung. Aus dem Projektbeschrieb können Sie ersehen, in welchen Bereichen sie tätig ist, wie viel und wie häufig diese Kurse stattfinden und wie viele Personen teilnehmen. Zur Wirtschaftlichkeit und zu den Kosten: Der Lohn für ein 50 %-Pensum beträgt zwischen Fr. 50'000.— und Fr. 70'000.— pro Jahr, zusätzlich noch Fr. 10'000.— bis Fr. 14'000.— Lohnnebenkosten. Im Budget 2011 sind für Projektarbeiten Fr. 97'000.— budgetiert. Administrativ wird die Stelle nicht mehr Bestandteil der Sozialdirektion sein, sondern in die neu geschaffene Abteilung Stadtentwicklung beim Stadtpräsidium integriert. Dort macht sie auch Sinn. Ich bin überzeugt, dass diese Stelle einen hohen Nutzen ergibt, ohne dass ich dies heute Abend in Franken und Rappen ausdrücken kann. Aber wenn bereits eine Person durch eine schöne, gute Frühförderung Deutsch lernen kann, besser als sie es sonst tun könnte, und eine gute Stelle findet, können bei der Sozialhilfe viel höhere Kosten vermieden werden. Zu den Informationsaufgaben der Stelle: Die ausländischen Menschen kommen innert nützlicher Frist an die benötigten Informationen. Dazu haben wir sehr tolle Rückmeldungen erhalten. Mit der Koordination von sich immer wieder verändernden Projekte gelingt es, die wirkungsvollsten Projekte voran zu treiben. Im Moment ist der Fokus der Integrationsarbeit die Frühförderung der Kinder, damit die Chancengleichheit und letztlich die Chance, in einen guten Beruf einzusteigen, gewahrt ist. Dieser Fokus kann sich auch wieder verändern. Das wird ein dynamischer Prozess sein. Aus all diesen Gründen bittet Sie der Stadtrat, den Ressourcen zuzustimmen und die Stelle definitiv zu bewilligen, weil sonst der Stand der Integrationsbemühungen der Stadt Olten schnell wieder auf den Stand von vor zehn Jahren zurück fallen würde. Für mich leistet diese Stelle einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Lebensqualität, zu Wohlstand und besseren Sicherheit in dieser Stadt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist wirklich ein umfangreicher Bericht und Antrag. Ich möchte zwei Punkte dazu erwähnen. Mir ist gegenüber Gemeinderat Thomas Rauch eine Unterlassungssünde unterlaufen. Darauf möchte ich noch zu sprechen kommen. Das gehört etwas zum allgemeinen Bereich. Erster Punkt zur Stelle Integration: Ich wurde an die nationale Integrationskonferenz in Solothurn, die in dieser Form letzte Woche zum ersten

Mal stattgefunden hat, eingeladen. Es ist eine Konferenz der TAK Tripartite Konferenz der Schweiz, Bund, Kantone, Gemeinden und Städte. Geführt wird sie aktuell vom Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Guy Morin. An dieser Konferenz haben alle Kantonsregierungen mit Regierungsrätinnen und Regierungsräten teilgenommen, 20 bis 25 National- und Ständeräte, Präsidien von Institutionen aus der ganzen Schweiz, Direktbeteiligte, die Integrationsarbeit machen, ein sehr illustrierter Kreis von fast 300 Personen. Ich hatte sogar die Ehre, an einem sehr prominenten Tisch eine Moderation machen zu dürfen, und darf dies voller Stolz und voller Freude sagen. Es ist nicht mein Werk, sondern dasjenige der Stelle, die jetzt besetzt ist. Die Stadt Olten hat als kleine Stadt ein „Riesenkränzchen“ erhalten für das, was im Bereich Integration läuft, dass man diese Stelle hat und man in dieser Stadt so fortschrittlich ist. Es ist national bekannt, was hier mit wenig Mitteln erreicht werden kann. Ich habe zum Beispiel von SVP-Ständerat Hannes Germann, Schaffhausen, ein Kompliment erhalten. Das ist genau, was kleine Städte und Gemeinden machen sollten. Ihr habt dies auf eine spezielle Art gut gemacht. Andere haben dies auch gesagt. Das hat uns sehr gefreut. Frau Mikosch ist auch dabei gewesen und konnte die Komplimente direkt entgegen nehmen. Zweitens: Eine eben so nationale Konferenz in Baden zum Thema „Projet urbain“ liegt rund zwei Monate zurück. Das Thema ist Quartierentwicklung. Bei uns nennt man dies „Chance Olten Ost“. Es war eine nationale Konferenz, wo ein Zwischenabschluss gemacht worden ist. Die Stadt Olten hat ein ausgezeichnetes Rating erhalten - es sind neun Städte der Schweiz beteiligt - unter anderem genau wegen der Arbeit der Integrationsbeauftragten. Das kann nicht genug geschätzt und hoch eingestuft werden. Ich möchte Sie bitten, dem bei der Entscheidung auch Rechnung zu tragen. Jetzt noch etwas, das in das Personalwesen gehört: Gemeinderat Thomas Rauch hat über den Stadtschreiber eine Anfrage zur Aufbereitung von Zahlen gemacht. Ich muss es kurz erklären, damit Ihr auch die Antwort versteht. Es geht darum, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit diesen Stellenbewilligungen kurz und präzise eine Beantwortung möglich macht und zwar 1. Anzahl Stellen der Stadt Olten inklusive Aufschlüsselung nach Direktionen, Periode 2005 – 2010, inklusive Zielwert per Ende 2011. 2. Personalaufwand Stadt Olten inklusive Aufschlüsselung nach Direktionen, Periode 2005 – 2010, inklusive Zielwert per Ende 2011. Dann eine Ausweitung/Reduktion der Stellenzahl aufgrund externer – also nicht steuerbarer Faktoren - entsprechend zu kennzeichnen und uns ein „bereinigtes“ Zahlenset vorzulegen, damit die tatsächliche Entwicklung, also nicht die sogenannte „fremdgesteuerte“ einfach ersichtlich wird (Zahlenkategorien: Stellentotal pro Direktion und Jahr plus Stellentotal „bereinigt um Sondereffekte“). 3. Welche Aufgabenbereiche wurden in der vorgegebenen Zeitspanne a) reduziert, b) eliminiert oder c) haben aufgrund des Projektcharakters der Aufgaben (wie zum Beispiel Planungs- oder Umweltprojekte) offensichtlich zugenommen oder wurden an dritte Leistungsbringer (Outsourcing) abgegeben, und in welchen Tätigkeitsfelder sind entsprechende Schritte vorgesehen? Der Stadtrat hat diese Fragen behandelt und die Antwort ist folgende: Diese Fragen dürfen absolut gestellt werden. Es ist einfach von Dienstmittwoch, 14.30 Uhr, bis heute nicht möglich, eine solch umfassende Fragestellung auch nur annähernd vernünftig und vor allem umfassend zu beantworten und das Ganze kurz und präzise. Wenn wir dies hier verteilen, braucht es eine halbstündige Erklärung von mir, damit man versteht, wie es zusammen gestellt wird. Ich glaube, das wäre nicht im Sinn und Geist des „Erfinders“. Aber ich möchte folgenden Vorschlag machen: Wir haben ein Exemplar von dem, was wir haben. Konkret haben wir nämlich von der Finanzdirektion die Besoldungen für die Direktionen zusammen gestellt und für jede einzelne Direktion ausermittelt, nicht nur die gesamthafte Summe, sondern nach Funktionen von 2 bis 11. Wir haben, was man noch selber nachlesen könnte, aus allen Verwaltungsberichten von 2002 bis 2010, der erst im Juni vorliegen wird, den ganzen Personalbestand, mit allem, was dazu gehört, auch nach Funktionen zusammen gestellt. Ich kann dies gerne abgeben. Im zweiten Teil dieses Jahres werden wir wieder über das Budget diskutieren. Wir schlagen vor, dieses Thema zu behandeln respektive zu erarbeiten und an einer GPK-Sitzung zu einem Thema zu machen, wo man die GPK bestimmen lassen kann, wie es weiter geht. Dann haben wir alles auf dem Tisch. Bei den anderen Sachen war es einfach in dieser kurzen Zeit nicht möglich, sie zu erarbeiten. Ich möchte bitten, dies zur Kenntnis zu nehmen. Das gilt für den gesamten Rat. Ich bin gerne

bereit, Thomas Rauch abzugeben, was vorliegt. Aber die Erklärung allein dazu würde schon rund 20 Minuten dauern.

Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion: Der Weg zur Schaffung der Fachstelle für Integration war ein langer und zum Teil steiniger. Aber er hat sich gelohnt. Nach langen Vorbereitungen und vielen Diskussionen konnten wir am 1. Februar 2009 der befristeten Stelle zustimmen. Nachher konnten wir sie mit einer überaus guten Person besetzen. Das ist heute in den diversen Voten schon heraus gekommen. Ich denke, die Wahl von Donata Mikosch ist für die Stadt Olten ein Glücksfall. Ihr ist es gelungen, in den zwei Jahren, was zugegebenermassen für den Aufbau einer solchen Stelle eine nicht sehr lange Zeit ist, überzeugende Arbeit zu leisten. Was sie in dieser Zeit erreicht hat, ist eindrucksvoll und wird im Antrag sehr gut dokumentiert, auch mit den diversen Anhängen. Die Fachstelle Integration ist nicht von der Person zu trennen. Es ist bei solchen Stellen in der Regel so, dass es halt entscheidend ist, welche Personen sie führen, abgesehen von den Inhalten der Stelle. Ich erlebe die Arbeit von Donata Mikosch als Präsidentin der Integrationskommission, aber auch in meiner täglichen Arbeit im Integrationsbereich. Sie ist vor allem bei Migrantinnen und Migranten, aber auch bei Schweizerinnen und Schweizern zunehmend bekannt. Sie ist präsent und wird vor allem anerkannt und auch geachtet. Sie hat in dieser Zeit schon sehr viele Kontakte geknüpft. Sie ist vor Ort und dies auf eine Art und Weise, die unaufgeregt ist, ohne viel Brimborium. Das liegt ihr nicht. Aber sehr effizient. Die Fachstelle Integration hat in diesen zwei Jahren gezeigt, dass sie nicht auf die grossen Würfe aus ist, nicht auf medienträchtige Arbeit, sondern dass sie sich eben am Alltag der Leute ausrichtet und zwar von allen Menschen. Sie bietet vor allem Anlaufstelle und Information. Diese wird auch rege und immer mehr genutzt. Zudem sind auch viele verschiedene Projekte aufgelegt worden, vor allem im Bereich Frühförderung, wo sich die Investitionen sicher lohnen, aber auch im Bereich Quartierentwicklung und vor allem natürlich in der Sprache. Wir haben in diesen zwei Jahren schätzen gelernt, was die Fachstelle leistet. Eines möchte ich aber in diesem Zusammenhang noch besonders heraus streichen. Aus meiner Sicht ein zentraler Punkt in der Integration. Donata Mikosch ist es ein grosses Anliegen und somit auch der Fachstelle, dass Fremdsprachige, Zugezogene und Einheimische bei den verschiedensten Anlässen zusammen gebracht werden können. Sie sucht das Verbindende, das Miteinander, und nicht das Trennende, das Gegeneinander. Ich denke, das ist eigentlich das Zentralste an der Qualität ihrer Arbeit. Dies quantitativ zu messen, und diese Kritik wird heute sicher noch kommen, ist zugegeben sehr schwierig. In der Integrationsarbeit gibt es noch kaum Messinstrumente, wo diese Wirkung 1 : 1 nachgewiesen werden kann. Der Erfolg dieser Stelle lässt sich aber qualitativ auf jeden Fall aufzeigen, sei es am Beispiel der gut besuchten Anlässe wie zum Beispiel „1000 Gerüche“ – wer dort dabei war, konnte dies feststellen – die sehr grosse Anzahl Deutschkurse, die jedes Jahr zunimmt, aber auch der Erfolg des Projektes „schrittweise“ oder des neuen Projektes „Konversations-Tandem“, das sehr gut angelaufen ist. Der Aufhebung der Befristung nicht zuzustimmen, würde bedeuten, dass die Stelle in gut einem Jahr auslaufen würde. Das wäre aus unserer Sicht unverantwortlich und ganz und gar nicht in unserem Sinne. Integrationsarbeit ist vor allem Beziehungsarbeit. Sie braucht Zeit und Kontinuität. Angefangenes, Aufgebautes würde abgebrochen und verloren gehen. All das Erreichte wäre zwar nett und sicher auch gut zum Aufzeigen, wäre aber bedeutungslos, wenn es nicht weiter geführt würde. Für uns ist dies keine Option. Die neue Unterstellung der Fachstelle bei der Stadtentwicklung finden wir sehr sinnvoll und auch folgerichtig, denn die Integrationsarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Direktionen betrifft und zusammen mit der Stadtentwicklung sicher noch besser gemacht werden kann. Wir möchten an dieser Stelle Frau Mikosch für die geleistete Arbeit danken. Noch ein Wort zur Kompensation: Dem Antrag der FdP werden wir nicht zustimmen. Wir sind überzeugt, dass die Stelle notwendig ist. Das habe ich jetzt ja auch ausgeführt. Sie hängt nicht davon ab, ob andernorts eine Stelle gespart werden kann. Das würde ja bedeuten, dass wenn die Kompensation nicht möglich ist, auch diese Stelle nicht kommt, und das wäre unseres Erachtens fatal. Allerdings, und Ernst Zingg hat dies schon sehr gut ausgeführt, ist es ein Begehren, das jedes Mal aus diesen Reihen kommt und das es ernst zu nehmen gilt. Auch wir finden es bemühend, wenn jedes Mal diese Kompensationsanträge kommen, und fordern

den Stadtrat auf, und das hat er jetzt ja auch schon aufgezeigt, dass er wirklich ein Instrument findet, wo er regelmässig aufzeigt, welche Stellen wie besetzt werden. Wo wird etwas abgebaut? Wo gibt es Verschiebungen? Ich denke, das ist im Parlament zu wenig transparent. Es wird wahrscheinlich gemacht, aber wir haben keine Kenntnis davon. Ich denke, man könnte den Kompensationsbegehren auch etwas entgegen wirken, wenn man hier etwas transparenter wäre. In diesem Sinne werden wir einstimmig für die Aufhebung der Befristung stimmen und somit die Weiterführung der Fachstelle. Den FdP-Antrag werden wir ablehnen.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Ich möchte betonen, dass auch die SVP Olten sich für Integration in Olten einsetzt. Wir wollen, dass sich Ausländerinnen und Ausländer in Olten integrieren, für uns heisst das in Olten anpassen. Wir wollen eine Integrationspolitik, die effizient ist und auch Bedingungen an die ausländische Wohnbevölkerung stellt. Wir haben uns und auch ich persönlich habe mich immer für die Deutschkurse eingesetzt. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist unseres Erachtens nämlich der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. In diesem Zusammenhang stellen wir aber auch fest, und das darf auch gesagt werden, weil es sonst niemand sagt, dass nicht alle Nationalitäten in Olten die Chance, einen Sprachkurs zu besuchen, in gleichem Ausmass wahr nehmen oder nutzen. Gerade Personen aus dem Balkan, insbesondere beispielsweise ethnische Albaner, nützen die Möglichkeit kaum oder zu wenig, was sich anhand der Erhebungen bei den Sprachkursen beweisen lässt. Dies ist seit Jahren bekannt. Mit anderen Worten: Gerade diejenigen, die oft negativ auffallen und teilweise sehr schlecht integriert sind, nützen die Möglichkeit, einen Deutschkurs zu besuchen, zu wenig und zeigen insgesamt kein genügendes Interesse an der Integration. Selbstverständlich betrifft dies nicht alle, damit ich dies klar gesagt habe. Aber es gibt gewisse, und es sind diejenigen, die in den entsprechenden Statistiken negativ auffallen. Sie kann man durch diese Massnahmen nicht abholen. Wichtig ist aber, dass es heute eigentlich gar nicht darum geht, ob man für oder gegen Integration ist. Es geht einzig und allein um die Frage, ob die Integrationsfachstelle in Olten mehr Nutzen als Kosten bringt. Wenn ich Peter Schafer zuhöre, über Wirtschaftswachstum und Migration zu reden, tönt es, wie wenn man irgendwie aus einem Grundlagenpapier vorlesen würde. Aber es geht überhaupt nicht darum, ob man für oder gegen Integration ist. Es ist sicher unbestritten, dass eine Integration stattfinden muss. Aber es geht hier konkret um die Fachstelle und darum, was überwiegt, Kosten oder Nutzen. In diesem Zusammenhang konnte uns noch niemand sagen – ich habe dies mehrfach gefragt – wie viel die neue Stelle bringt. Wir wissen, dass die Integrationsbeauftragte ihre Arbeit mit viel Herzblut erledigt. Das konnte ich in der Kommission für Integration auch selber x-fach feststellen, und das ist für uns unbestritten. Für uns geht es nicht um Integration oder Personen. Völlig unklar ist aber, anhand welcher Kriterien man den Nutzen der neuen Stelle eruieren kann. Klar ist nur, dass wir für die Integrationsprojekte massiv mehr Geld als noch vor zehn Jahren ausgeben. Heute geben wir rund Fr. 100'000.— für diese Projekte aus und weitere ca. Fr. 80'000.— für die Integrationsfachstelle, also insgesamt knapp Fr. 200'000.—. Ob die Integration aber tatsächlich besser ist, ob wir Wirkung haben, kann niemand sagen. Diesbezüglich gibt es auch keinen Gradmesser. Das hat auch Antonia Hagmann vorher betont. Unseres Erachtens müsste beispielsweise nachgewiesen werden können, dass in Olten aufgrund der neuen Stelle der Anteil von ausländischen Sozialhilfebezüglern oder Arbeitslosen gesunken ist. Der Stadtrat spricht dies auf Seite 7 seines Berichts ja an, selbstverständlich ohne konkret zu werden, geschweige denn Zahlen zu liefern. Oder man müsste beispielsweise nachweisen, dass aufgrund dieser Stelle die Ausländerkriminalität in Olten gesunken ist. Wir stellen uns die Frage, weshalb nicht versucht wird, solche Zahlen in Erfahrung zu bringen. Man könnte über einen gewissen Zeitraum eine Statistik aufstellen. Auf die Ergebnisse wären wir sehr gespannt. Wir befürchten aber, dass ausser uns wahrscheinlich niemand ein allzu grosses Interesse hat, weil die Ergebnisse sehr wahrscheinlich relativ ernüchternd wären. Ob Hannes Germann, wenn er wüsste, ob es etwas bringt oder nicht, den Oltnern immer noch auf die Schulter klopfen würde, sei dahin gestellt. Es ist jemand, der gerne lobt. Das darf ja auch einmal sein. Es ist klar, dass Sprachkurse auch ohne die Fachstelle angeboten werden können. Das ist völlig unbestritten.

Bei allen übrigen Projekten bezweifeln wir von der SVP-Fraktion die Notwendigkeit. Beispielsweise beim Projekt „schrittweise“ bezweifeln wir die Notwendigkeit massiv. Wir finden es nicht gut, wenn Leute, die vom Staat bezahlt werden, in Familien gehen und ihnen sagen, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Selbst wenn wir hier zu einem anderen Schluss kämen, müsste man sagen, dass es jetzt ein paar Jahre koordiniert wurde, dass Projekte aufgelegt und institutionalisiert wurden und dass es heute keine weiteren Massnahmen und keinen zusätzlichen Koordinationsbedarf mehr braucht. Auch aus finanzpolitischen Gründen lehnen wir die Aufhebung der Befristung ab. Wir wollen den Personal- und damit auch den Sachaufwand reduzieren und die Steuern spürbar senken. Wenn man dies, wie wir es immer wieder machen, fordert, muss man den Tatbeweis erbringen, dass man sparen will und nicht immer nur davon spricht, sämtliche Stellenbegehren aber immer durch das Parlament durchwinkt, allenfalls nachher mit einem Kompensationsauftrag verknüpft. Zum Schluss: Obwohl es sich beim vorliegenden Bericht und Antrag meines Erachtens um eine eigentliche Propagandaschrift handelt – ich habe noch selten einen so unobjektiven Bericht und Antrag gelesen – und man beim Lesen eigentlich das Gefühl bekommt, man sei ein schlechter Mensch, wenn man dem Stadtrat hier nicht zu 100 % folgt, lehnen wir das Begehren klar und einstimmig ab. Wir werden nicht eintreten und den FdP-Antrag unterstützen.

Sandra Näf: Die Grünen haben sich an der Fraktionssitzung mit dem Bericht und Antrag des Stadtrates befasst und einstimmig beschlossen, die wichtige Stelle zu genehmigen respektive der Aufhebung der Befristung zuzustimmen. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat die Stelleninhaberin wirklich gute Arbeit geleistet. Mit verschiedenen Projekten, die sich positiv abheben und einen wirklichen Integrationscharakter haben, konnten Angebotslücken geschlossen werden. Die Installierung der Anlaufstelle im Stadthaus, die verschiedenen Angebote in der Sprache und Bildung sowie die Integrationsförderung im Frühbereich sprechen für sich. Im Projekt „Chance Olten Ost“ hat die Integrationsbeauftragte wichtige Impulse gegeben und auch Projekte initiiert. Wir sind der Meinung, dass diese Kontinuität aufrecht erhalten werden muss. Bereits heute konnte sich die Stelleninhaberin sehr gut vernetzen und Kontakte knüpfen. Wir denken, dies ist wirklich unbezahlbar. Ich möchte noch kurz auf meinen Vorredner eingehen. Wenn Christian Werner nach zwei Jahren eine Statistik verlangt, gerade bei einer solchen Stelle, wie viele Sozialfälle man weniger hat, finde ich das schon fast etwas befremdend – man weiss ja, dass man innerhalb von zwei Jahren nicht irgendwie mit fixen Zahlen kommen kann. Zum Anderen hat er das Projekt „schrittweise“ ja in diesem Sinne auch gerade gebodigt. Hier habe ich gewisse Informationen auch erhalten und möchte nur darauf hinweisen, dass gerade dieses Projekt ja schweizweit ausgezeichnet worden ist. Ich denke, so schlecht kann es in diesem Moment auch nicht sein. Die künftige Organisationsstruktur finden wir gut und begrüssen es, dass diese Stelle bei der Stadtentwicklung angegliedert wird, vor allem auch im Hinblick auf das Projekt SüdWest. Da es wirklich noch sehr viel zu tun gibt und das bereits Bestehende jetzt wirklich gefestigt werden muss, stimmen wir dem Bericht und Antrag des Stadtrates zu. Dem Antrag der FdP werden wir so nicht folgen.

Thomas Rauch: Die FdP tritt bekanntlich für einen schlanken Staat ein. Die FdP tritt aber auch für einen modernen Staat ein. Die Leistungen wie die Notwendigkeit dieser Fachstelle und der Integration waren bei uns in diesem Sinne unbestritten, und wir sind dafür, dass die Befristung daher aufzulösen ist. Vielleicht auch als Antwort auf das, was gesagt worden ist: Ich oder auch unsere Fraktion sehen in der Integrationsarbeit einen hohen wirtschaftlichen Bezug. Es geht zum Beispiel um die Erfassung und Erschliessung von Talenten, die sonst durch die ungenügende Sprachfähigkeit zum Beispiel ausselektiert werden. Es hat eine Komponente, dass in gewissen Fällen ein Abrutschen in die Sozialhilfe verhindert werden kann, und es hat die erwähnten gesellschaftspolitischen und demografischen Effekte, Stichwort Sozialversicherungen, die nicht zu unterschätzen sind. Ich kann es vielleicht nur noch aus einem anderen Zusammenhang und nicht von der beschriebenen Arbeit beurteilen. Wenn man globale Unternehmen anschaut, wo man in der Regel zwischen 30 bis 40 unterschiedlichen Nationalitäten steht, ist es doch so, dass man auch ein Bezugssystem

hat und die Leute in dieses Bezugssystem integriert. Das ist in diesem Fall das, was die Integrationsstelle ganz konkret liefern muss. Sie muss einen Bezug dieser Leute zum Gesamten geben, damit sie sich orientieren, entwickeln usw. Noch ein Wort zum 50 % - Pensum, was von Teilen unserer Fraktion auch unterstützt wird: Wir möchten darauf hinweisen, dass wenn dies wirklich eine wichtige, seriöse und qualitativ gute Arbeit ist, sich zum Teil auch die Frage stellen würde, ob ein 50 %-Pensum für eine so wichtige Arbeit, die zukunftssträchtig und wichtig ist, überhaupt so passend ist oder ob man, um dies wirklich erfolgreich zu machen, solch wichtigen Aufgaben nicht fast noch mehr Prozente zuordnen müsste, weil wir auch davon ausgehen, dass ein moderner Staat eben gewisse Aufgaben, die nicht mehr notwendig sind, über Bord werfen kann und das, was wir heute brauchen – noch einmal: Die FdP ist für einen modernen, entwicklungsfähigen Staat – entsprechend ausbauen. Das wäre eigentlich das, was in diesem Sinne klar dafür spricht. Unsere Fraktion war eigentlich einstimmig dafür, dass dieser Position zugestimmt wird.

Georg Dinkel: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der Vorlage einstimmig zustimmen, jedoch den Antrag der FdP mehrheitlich ablehnen. Wenn man die Arbeit der Integrationsverantwortlichen verfolgt hat, sieht man, dass in den letzten zwei Jahren viel Bewegung in die Integration gekommen ist, waren doch vermehrt Angebote ausgeschrieben, die auch rege besucht wurden. An dieser Stelle möchte sich die Fraktion CVP/EVP/GLP bei Donata Mikosch für ihre bis jetzt geleistete Arbeit bedanken. Unter dem Motto „Packen wir es an, denn es gibt viel zu tun“ hoffen wir, dass sich die Integrationsarbeit weiter so gut entwickelt.

Beschluss

Mit 40 : 6 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Urs Knapp: Die FdP ist klar für Integration. Ich glaube, das haben wir jetzt auch beim Eintreten gesagt. Thomas Rauch hat eigentlich schön gesagt, dass sich ein moderner Staat daraus auszeichnet, dass er fähig ist, neue Aufgaben zu übernehmen, auch zu reagieren und sich auf neue Entwicklungen einzurichten. Das kann er aber nur tun, wenn er auch fähig ist, bestehende Aufgaben, bestehende Aktivitäten, die er hat, regelmässig zu hinterfragen. Dies gilt übrigens auch für ein Privatunternehmen, wo es keine einfache Sache ist, weil dies heisst, dass mit Menschen, mit lieb gewordenen Tätigkeiten umgegangen und immer wieder kritisch hinterfragt werden muss. Das macht der Mensch grundsätzlich nicht gerne. Es ist viel einfacher, aufzubauen und auf der Ebene einfach etwas Frieden zu machen. Was dies im Grossen auslösen kann, sieht man zum Teil bei dem, was seit eineinhalb Jahren bei den Staatsverschuldungen abläuft. Die Schweiz ist zum Glück nicht so weit. Aber auch dort sieht man, dass es, wenn man einfach immer versucht, die neuen Aufgaben, die kommen, mit neuen Mitteln zu lösen und alte nicht hinterfragt, es ins Chaos führt. Wir haben in den letzten Jahren gesehen – zwar haben wir jetzt nicht detaillierte Zahlen gesehen, werden sie aber sicher im Laufe dieses Jahres noch erhalten – dass die Stadt aus verschiedenen Gründen ausgebaut hat. Es waren einige Stellen. Nicht so ganz klar ist, wo die erwähnten Kompensationen waren. Aber auch die Nettozahlen werden sicher deutlich im zweistelligen Bereich sein. Wir haben eben auch den Eindruck, dass der Stadtrat in den letzten Jahren vermehrt oder bewusster auch das Thema des Mitteleinsatzes, der Kompensation, anschaut. Vielleicht ist ein Grund, dass wir ab und zu etwas lästig sind und den Antrag halt auch regelmässig stellen. Möglicherweise ist es auch die neue Zusammensetzung des Stadtrates. Es ist egal. Die Wirkung zeigt sich im Ziel. Eindeutig sehen wir aber, dass der Fokus im Stadtrat unter anderem, weil er in der Linie führt, immer noch direktionsbezogen ist. Jede Direktion schaut in erster Linie für sich selber. Jede Direktion gibt Effizienzgewinn, den sie macht, nicht unbedingt auf dem Marktplatz, der Verwaltung, preis, sondern versucht, die Effizienzsteigerung auch im eigenen Bereich, nach eigenem Gutdünken optimal einzusetzen. Das ist alles recht und korrekt. Nach unserer Meinung zu wenig entwickelt ist eine gesamtheitliche Sicht. Der Stadtrat hat hier etwas die Aufgabe wie eine Geschäftsleitung, wo das Parlament der Verwaltungsrat sein könnte und einfach eine Vorgabe macht, so dass

man sich auch mit einer Dame und vier Herren zusammen raufen muss, auch wenn man halt nicht einverstanden ist. Aber wenn es heisst, wenn der Verwaltungsrat im übertragenen Sinne, wenn das Parlament sagt: Wir möchten den Stellenplan an sich nicht ausweiten. Wir haben den Eindruck, es habe genug Stellen bei der Stadt. Über die vorhandenen Aufgaben kann aber gesprochen werden. In erster Linie kann dies der Stadtrat tun. Hier haben wir auch Vertrauen in den Stadtrat. Wir sind nicht in der Lage zu entscheiden, ob es für die Integration 50, 80 oder 100 % für braucht. Das muss die operative Führung tun. Aber sie muss auch sagen: Wir haben einen Stellenplan von 200 + x Stellen. Das Parlament hat den Wunsch, dass dieser aufgrund der Sachen, die ich erwähnt habe, vorgegeben und plafoniert ist. Wenn wir halt dann 50 oder 100 % oder wie viele % für eine bestimmte Tätigkeit investieren wollen, müssen wir uns überlegen, welche Aufgaben aus der Vergangenheit wir in welcher Qualität, mit welcher Effizienz noch machen wollen und wo es noch Effizienzmöglichkeiten gibt. Aus diesem Grund haben wir auch beim nächsten Geschäft diesen Antrag gestellt. Er führt dazu, dass der Stadtrat etwas gezwungen oder motiviert wird, sich „daran“ zu machen. Der Antrag ist so formuliert, dass man nicht eine „Hauruck-Übung“ macht. Deswegen muss man niemanden gleich irgendwie vor die Türe stellen, sondern der Antrag ist so formuliert, dass es heisst: „Im Laufe des Budgets 2012“, das heisst also, spätestens Ende Dezember 2012 umgesetzt wird. Das sind mehr als eineinhalb Jahre. Bei diesem Personalbestand ist dies, auch wenn es eine kleine Fluktuation gibt, möglich. Aus diesem Grunde danken wir Euch, wenn Ihr diesen Antrag unterstützen könnt.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Der Zusatzantrag lautet wie folgt: „Der Stadtrat wird verpflichtet, im Budget 2012 aufzuzeigen, wie er die beschlossene Ausweitung des Stellenplanes um 50 % innerhalb der definitiv bewilligten Stellen der allgemeinen Verwaltung mindestens im gleichen Umfang kompensiert“.

Beschluss

Mit 24 : 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Zusatzantrag der FdP abgelehnt.

Beschluss

Mit 32 : 7 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die Stelle eines oder einer Integrationsbeauftragten mit einem Pensum von 50% wird definitiv bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:

Direktion Präsidium/Herr Markus Dietler
Direktion Finanzen/Herr Markus Sieber (2)
Leiterin Personaldienst/Frau Claudia Grütter
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 18/20

Prot.-Nr. 85

Publikumsdienste, Sachbearbeiterin/definitive Stellenbewilligung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Der Stadtrat hat am 19.06.2006 der Bildung der Abteilung Publikumsdienste zugestimmt und eine befristete Stelle von 100% beschlossen, weil erhebliche Mängel (lange Wartezeiten vor den Schaltern, viele Kundenreklamationen, schlechte Datenqualität, verdeckte Pendenzen, Arbeitsauslagerungen an Dritte, grosse Gleitzeit- und Feriensaldi) bestanden. Die befristete Stelle wurde vom Stadtrat am 17.09.2007 um ein Jahr und vom Gemeindeparlament am 24.06.2008 um drei Jahre bis 31.10.2011 verlängert.

Seit 2007 wird die Stelle Sachbearbeiterin Publikumsdienste genannt, weil diese Mitarbeiterin in verschiedenen Bereichen der Publikumsdienste eingesetzt wird: Einwohnerkontrolle, Empfang-Information, Postdienst und Bestattungsamt.

Anregungen aus der Parlamentsdiskussion 2008 wurden aufgenommen und sind in den entsprechenden Abschnitten erwähnt.

Mit der neuen Aufbau- und Ablauforganisation konnten diverse Optimierungen und Synergien in Zusammenarbeit mit internen und externen Amtsstellen erreicht werden. Die Behandlung und Verarbeitung der Tagesgeschäfte konnte in allen Bereichen quantitativ und qualitativ deutlich gesteigert sowie die erwähnten Schwachstellen und Mängel aufgearbeitet werden.

2. Ziel und Mittel

Das Ziel heisst: Die Abteilung Publikumsdienste erbringt Dienstleistungen in guter Qualität zu Gunsten der Einwohnerschaft Olten und von Dritten. Dazu braucht es finanzielle, personelle und infrastrukturelle Mittel: Budget, Stellenplan, kundenfreundliche und funktionale Schalteranlagen.

In diesem Zusammenhang kann erwähnt werden, dass dies zuletzt bei der Volkszählung 2010, welche nach dem neuen Modus eine wesentliche Entlastung der Bevölkerung darstellt, hervorragend gelungen ist (siehe Stadtanzeiger 10.02.2011, Seite 3: Olten glänzte mit Datenqualität).

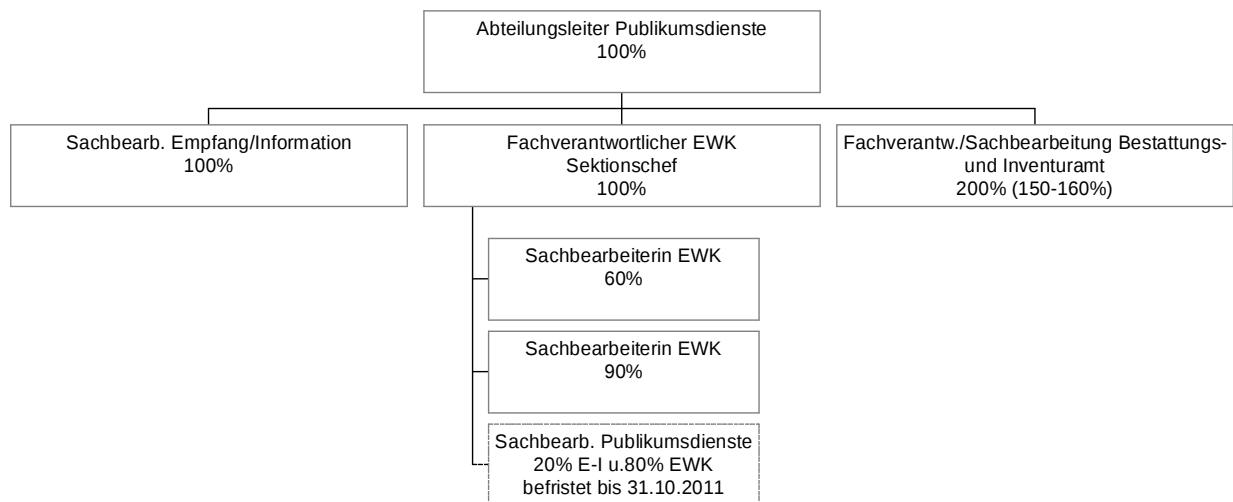
3. Analysen und Anforderungen

3.1 Künftiger Aufbau der Abteilung

Die Abteilung Publikumsdienste besteht aus den vier Bereichen

- Empfang-Information (Auskünfte und Verkauf von SBB GA-Tageskarten, Busabonnements, Kehrichtsäcken und anderen Gebührenträgern; inkl. interner Postdienst der Stadtverwaltung)
- Einwohnerkontrolle (inkl. militärischer Sektionschef Olten)
- Bestattungsamt
- Inventuramt

welche dem Abteilungsleiter Publikumsdienste direkt unterstellt sind. Die Abteilung verfügt derzeit inklusive befristeter Stelle über gesamthaft 750 Stellenprozente.



Die gesamte Dienstleistung ist stark schaltergebunden. Gut die Hälfte des Personals befindet sich im letzten Abschnitt der beruflichen Tätigkeit: Drei Mitarbeitende sind zwischen 55 bis 59 Jahre alt, zwei 60 Jahre und älter. Diese Altersstruktur hat verschiedene Auswirkungen, unter anderem auch bedeutend höhere Ferienguthaben.

3.2 Entwicklungen seit dem Parlamentsbeschluss 2008

Folgende Dienstleistungen wurden ausgebaut:

- Öffnungszeit am Samstagvormittag (siehe auch 3.3)
- Anzahl Online-Angebote (siehe auch 3.3)
- Online-Bezahlung
- Möglichkeit individueller Terminvereinbarung auch ausserhalb der Schalteröffnungszeiten (Anregung aus der Parlamentsdiskussion 2008)
- 50% grösseres Angebot an SBB GA-Tageskarten ab 01.04.2011

Folgende weitere Entwicklungen ergeben einen Mehraufwand:

- Registerharmonisierung (neue Volkszählung): zusätzliche Datenpflege, Verknüpfung mit Gebäude- und Wohnungsregister, quartalsweise Datenlieferung an das Bundesamt für Statistik, Verarbeitung von Fehlermeldungen
- Führung und Kontrolle der Daten der Auslandschweizer/-innen mit höheren Qualitätsansprüchen und Abgleich mit dem Kanton
- Datenabgleich mit dem zentralen Migrationsinformationssystem des Bundes

- zunehmende Komplexität der Fälle, insbesondere in der Einwohnerkontrolle und im Inventuramt
- gesellschaftliche Veränderung: Meldepflichten werden schlechter wahrgenommen, der Aufwand für Mahnungen und Nachforschungen steigt stark an

Die Zentralisierung der biometrisierten Ausweise in Solothurn ergibt einen Minderaufwand: Während die Bearbeitung von Passanträgen vollständig wegfiel, blieb der Einbruch bei den Identitätskarten unter den Erwartungen. Die Ausländerausweise werden zwar in Solothurn hergestellt, aber die Erstanmeldung und die Verlängerungsgesuche erfolgen nach wie vor in Olten. Dies ist auch entscheidend, da nur so die Anwesenheitskontrolle, welche eine zentrale Aufgabe unserer Einwohnerkontrolle ist, umgesetzt werden kann.

Insgesamt konnte und musste das Dienstleistungsangebot wesentlich ausgebaut werden. Der Mehraufwand überwiegt den Minderaufwand.

3.3 Schalter- und Online-Nutzung / Öffnungszeiten

Die Einwohnerkontrolle bedient jährlich rund 14'000 Kundinnen und Kunden am Schalter und rund 8'500 am Telefon resp. stündlich 7,7 am Schalter und 4,8 am Telefon. Am Donnerstagabend von 17 - 18 Uhr betragen die Stundendurchschnitte 6,8 Kundenkontakte am Schalter und 3,3 am Telefon, am Samstagvormittag 7,2 am Schalter und 0,3 am Telefon. Die jährlich knapp 340 Online-Nutzungen machen nur gut 2 % der gesamten Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle aus.

Die Online-Nutzung verringert den Aufwand in der Einwohnerkontrolle nicht, je nach Dienstleistung ist der Aufwand sogar grösser. Der Vorteil der Online-Angebote ist für die Kunden und für die Verwaltung die zeitliche Unabhängigkeit: Die Kunden profitieren von einem Dienstleistungsangebot rund um die Uhr und die Mitarbeitenden können den Verarbeitungsaufwand ausserhalb der Schalteröffnungszeiten leisten. Folgende weitere Back Office-Arbeiten sind zu erledigen: Verarbeitung Briefpost und E-Mails, Kassenabschlüsse, Nachforschungen und Kontrollen. Dazu kommen die Teamsitzungen und der Fachaustausch, der mit den zunehmenden Neuerungen immer wichtiger wird und die Dienstleistungsqualität sichert.

Die Einwohnerkontrolle ist seit 2009 (Einführung Öffnung Samstagvormittag) wöchentlich 35,5 Stunden geöffnet, die Städte Solothurn und Grenchen jeweils 30 Stunden. Die Schalteröffnungszeiten wurden in der Parlamentsdiskussion 2008 kontrovers diskutiert. Die gute Nutzung der aktuellen Öffnungszeiten während der ganzen Woche spricht für die unveränderte Weiterführung, einschliesslich der Verlängerung am Donnerstagabend und des Samstagvormittags. Darüber hinaus sind individuelle Terminvereinbarungen (Anregung aus der Parlamentsdiskussion 2008) und die Nutzung der Online-Angebote möglich. Die wöchentlichen Schalteröffnungszeiten der anderen Bereiche (Empfang-Information, Bestattungs- und Inventuramt) betragen 32,5 Stunden.

3.4 Stellvertretungen / Ablösungen

Um die Dienstleistungen sicherzustellen, müssen die sechs Schalter Empfang-Information, Einwohnerkontrolle 1, Einwohnerkontrolle 2, Sektions-Chef/Einwohnerkontrolle 3, Bestattungsamt und Inventuramt während den Ansprechzeiten permanent bedient sein. Wie bereits erwähnt führt die Altersstruktur des Personals zu einem hohen Ferienguthaben, das 2011 fast eine Vollzeitstelle ausmacht. Mit dem aktuellen Stellenetat von 750 Stellenprozenten (davon 100 befristet) konnten die notwendigen Ablösungen umgesetzt werden. Damit konnten die Öffnungszeiten am Samstagvormittag angeboten und die Ferien- und Gleitzeitsaldi tief gehalten werden.

3.5 Stellenbedarf der Abteilung Publikumsdienste

Für die sechs genannten Schalterbereiche und die Abteilungsleitung kann man ausgehend vom aktuellen Kalenderjahr den theoretischen Stellenbedarf ermitteln. 2011 sind unsere Schalter an 247 Tagen geöffnet, wobei die Einwohnerkontrolle zusätzlich an 49 Samstagen vormittags und das Bestattungsamt aus gesetzlichen Gründen zweimal zwischen Weihnachten und Neujahr geöffnet ist. Gerechnet wurde für eine Vollzeitstelle mit 220 Arbeitstagen à 8,5 Stunden (6,5 Stunden Schalteröffnungszeit und 2 Stunden Back Office).

Zeitgebundene Kundenbereiche	Öffnungszeiten 2011		Back Office 2011		Total 2011	
	Anzahl Stunden	in Stellen- %	Anzahl Stunden	in Stellen- %	Anzahl Stunden	in Stellen- %
Empfang- Information	1'605	85.8	494	26.4	2'099	112.2
Einwohnerkontrolle 1	1'753	93.7	543	29.0	2'296	122.8
Einwohnerkontrolle 2	1'753	93.7	543	29.0	2'296	122.8
Sektionschef / Einwohnerkontrolle 3	1'605	85.8	494	26.4	2'099	112.2
Bestattungsamt	1'609	86.0	498	26.6	2'107	112.7
Inventuramt	1'605	85.8	494	26.4	2'099	112.2
Abteilungsleitung			1'496	80.0	1'496	80.0
Total	9'930	531.0	4'936	264.0	14'866	775

Die Abteilungsleitung umfasst 100 Stellenprozente, wovon 80% für Leitungs- und Projektaufgaben und 20% für Ablösungen in den Bereichen Bestattungs- und Inventuramt benötigt werden. Der Fachverantwortliche Einwohnerkontrolle leistet ca. 30% Schalterdienst Einwohnerkontrolle, 40% Spezialaufgaben Einwohnerkontrolle und 30% Sektionschef.

Der theoretische Stellenbedarf, um 2011 alle Schalterbereiche besetzen zu können, beträgt somit 775 Stellenprozente (siehe Tabelle). Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die aktuellen 750 Stellenprozente knapp genügen.

3.6 Vergleichszahlen

Generell sind Vergleichszahlen heikel, da die Organisationsstrukturen, die zugeteilten Haupt- und Nebenaufgaben, die Stellvertretungsregelungen etc. überall etwas anders definiert sind. Trotzdem können folgende Zahlen und Fakten für eine grobe Einschätzung hilfreich sein:

- Im Kanton Aargau wird im Bereich Einwohnerkontrolle - je nach Anteil Ausländer und Ausländerinnen - für 4'000 bis 5'000 Einwohner/-innen mit einer Vollzeitstelle gerechnet. In Olten würde das mit einem mittleren Ansatz ca. 390 Stellenprozente ergeben. Aktuell setzen wir für diesen Bereich ca. 380 Stellenprozente ein (siehe Tabelle oben, Einwohnerkontrolle 1 bis 3, ohne Sektionschef 30%, mit Anteil Abteilungsleitung 50%).
- In der Parlamentsdiskussion 2008 wurde der Vergleich mit dem Stadtbüro Baden angestellt. Einerseits sind die 50,5 Stunden wöchentliche Öffnungszeit und die Angebote für wartende Kunden (Internetsäule etc.) sicher beachtlich, jedoch stehen in Baden personell, infrastrukturell und finanziell Mittel in einer anderen

Grössenordnung zur Verfügung, beispielsweise für vergleichbare Aufgaben rund zwei zusätzliche Vollzeitstellen.

- Im Vergleich mit den Städten Solothurn und Grenchen zeigt sich folgendes Bild: Der Bereich Empfang-Information ist mit 100 Stellenprozenten etwa gleich dotiert, bei der Einwohnerkontrolle ist Solothurn rund 50 Stellenprocente besser, Grenchen rund 50 Stellenprocente schlechter dotiert. Die Bereiche Bestattungs- und Inventuramt sind völlig anders organisiert und kaum vergleichbar, so hat Grenchen kein Krematorium und in Solothurn erledigt ein Mitarbeiter des kantonalen Erbschaftsamts die Inventuren im Auftrag der Stadt.

3.7 Künftige Entwicklungen

Die vielseitige Einsetzbarkeit der Sachbearbeiterin Publikumsdienste hat für die künftige Entwicklung der Abteilung Modellcharakter. So werden auch bei der im Hinblick auf die Pensionierung der aktuellen Stelleninhabenden geplanten Neuausrichtung des Bestattungs- und Inventuramts die beiden Bereiche zusammengelegt, was verschiedene Vorteile hat:

- optimale Nutzung der Synergien zwischen Bestattungs- und Inventuramt
- bedarfsgerechte Verarbeitung je nach Häufung der Todesfälle
- Begleitung der Angehörigen eines Todesfalls vom Todestag bis zum Abschluss des Inventars durch den/die gleiche/n Sachbearbeiter/-in
- Sicherstellung der Ablösungen durch gegenseitige Stellvertretung

Zudem wird für diese Bereiche mittelfristig mit einem um 40% bis 50% reduzierten Stellenpensum gerechnet.

4. Erwägungen

Die funktionale Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung Publikumsdienste hat sich grundsätzlich bewährt. Mit der geplanten Neuausrichtung des Bestattungs- und Inventuramts ist der nächste Schritt in die Wege geleitet, weitere Entwicklungsschritte werden zu gegebener Zeit geprüft (siehe 3.7). Für eine zweckmässig funktionierende Sicherstellung der Aufbau- und Ablauforganisation, d.h. für die:

- Sicherstellung der bisherigen Qualität und Quantität in der Verarbeitung des Tagesgeschäftes sowie bei administrativen Folgearbeiten
- Aufrechterhaltung der an Kunden, internen und externen Amtsstellen erbrachten Dienstleistungen (z.B. Auswertungen, Meldungen, Auskünfte)
- Sicherstellung von Ablösungen und Stellvertretungen im Schalterdienst
- Vermeidung der Ansammlung von Gleitzeitsaldo-, Ferien- und Anerkennungs-Ansprüchen der Mitarbeitenden
- Aufrechterhaltung der bisherigen Schalteröffnungszeiten
- Sicherstellung minimaler Wartezeiten für das Schalterpublikum
- termingerechte Umsetzung von - zum Teil durch Bund und Kanton vorgegebenen - ergänzenden Aufgaben und Projekten

und aus den in Punkt 3 genannten Gründen und Zahlen sind für die gesamte Abteilung die heute 750 mittelfristig noch 700-710 Stellenprocente erforderlich.

Damit die Kontinuität und das Know-how der Stelle Sachbearbeiterin Publikumsdienste genutzt werden kann, soll das bestehende Arbeitsverhältnis mit der bisherigen Stelleninhaberin weitergeführt werden.

5. Finanzielle Auswirkungen

Das Jahresgehalt 2011 für die 100%-Stelle Sachbearbeiterin Publikumsdienste, Lohnklasse 11, beträgt CHF 64'905.00 inkl. 13. Monatsgehalt, zuzüglich Sozialleistungen (Lohnband CHF 63'945 – 95'918, Stand 2011).

Die Lohnkosten für die Monate November und Dezember 2011 werden mit zeitweise nicht besetzten Stellenprozenten kompensiert. Die Anstellung Abteilungsleiter Publikumsdienste ist ab Dezember 2010 bis Mai 2011 als Übergangslösung infolge Stellenkündigung während der Probezeit nur mit 80% anstatt 100% besetzt. Deshalb ist ein Nachtragskredit nicht erforderlich.

6. Stellungnahme der Querschnittsdienstleistenden

Die Empfehlungen der Querschnittsdienstleistenden wurden berücksichtigt und in den Bericht und Antrag aufgenommen.

7. Stellungnahme Sicherheitskommission

Die Sicherheitskommission unterstützt den Bericht und Antrag. Um die Qualität und Quantität der Dienstleistungen, die heute angeboten werden (z.B. Samstagsöffnungszeiten), aufrecht zu erhalten und der Bevölkerung einen optimalen Service zu bieten, ist die Stelle unbedingt nötig.

Da Bewilligungen von Stellenpensen jeweils grosse politische Diskussionen auslösen, wird empfohlen, die Aufhebungen von Stellenbefristungen gleichzeitig im Mai 2011 dem Gemeindeparlament vorzulegen.

Beschlussesantrag:

1. Die 100%-Stelle Sachbearbeiterin Publikumsdienste (Lohnklasse 11) wird ab dem 1. November 2011 unbefristet bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Heidi Ehrsam: Die GPK dankt Iris Schelbert und dem Leiter der Publikumsdienste, Herrn Wälty, für die Vorstellung der Vorlage. Weil die GPK und das Parlament schon im Juni 2008 ausgiebig über die Notwendigkeit dieser Stelle diskutiert haben - dort ist es um die Verlängerung der Befristung um drei Jahre gegangen – so musste der Bedarf dieser Sachbearbeiter/-innen-Stelle in der GPK im Grundsatz nicht mehr lange besprochen werden. So sind dann Themen und Fragen diskutiert worden, die ein mögliches Verbesserungspotenzial bringen könnten. Die Online-Nutzung macht nur gerade 2 % aller Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle aus. Das haben wir in der Vorlage so gelesen. Dieser Bereich wird also noch relativ wenig genutzt. Der geringe Anteil hat uns in der GPK erstaunt, und deshalb wären wir auch froh gewesen, wenn es einen Benchmark dazu gegeben hätte. Es wurde dann angeregt, die Online-Nutzung zu fördern und dies eventuell mit Kosten zu lenken. Schliesslich war man sich einig, dass die Nutzung der Online-Angebote nicht jedermanns Sache und vermutlich generationenabhängig ist. Obwohl der interne Aufwand im Online-Bereich nicht geringer ist, wie uns dies erklärt wurde und es auch

in der Vorlage steht, ist die zeitlich unabhängige Erledigung für das Personal trotzdem ein Vorteil. Die GPK könnte sich einen zentralen Schalter im Eingangsbereich für die Publikumsdienste, eventuell gemeinsam mit der Polizei, vorstellen. Aktuell ist dies räumlich nicht realisierbar. Das ist aber auch für den Stadtrat ein Fernziel, wie er uns dies kommuniziert hat. Im Rahmen der geplanten Sanierung des Stadthauses wird dieses Anliegen deshalb auch geprüft. Zudem wurde gefragt, ob es nach dem speziellen Aufwand mit der Volkszählung bei den Publikumsdiensten nicht eine Entlastung gegeben hat und ob solche Projekte nicht auch extern vergeben werden könnten. Die GPK wurde vom Stadtrat darüber orientiert, dass man dies zwar nicht extern vergeben hat, aber für die Erarbeitung der Grundlagen für die Volkszählung eine befristete Stelle geschaffen hat. Ernst Zingg hat dies vorher in einem anderen Zusammenhang auch erwähnt. Zudem will der Bund zur Volkszählung vierteljährliche Zahlen-Updates. Deshalb ist bei den Publikumsdiensten keine Entlastung eingetreten. Letztlich wurde auch bei dieser Stelle die Kompensation von Stellenprozenten diskutiert. Positiv ist in der GPK aufgenommen worden, dass die Direktion Öffentliche Sicherheit in ihrer Vorlage einen Ausblick auf künftige Kompensationen gibt, bei der Neubesetzung des Direktionssekretariates 10 % reduziert wurde und mittelfristig beim Bestattungs- und Inventuramt 40 bis 50 % eingespart werden können. Die Direktion Öffentliche Sicherheit wurde dann angefragt, ob die Verpflichtung bereits im Budget 2012,50 Stellenprozente einsparen zu können, möglich ist oder ob die Direktion auf diesen Zeitpunkt selber ein Angebot betr. Kompensation machen könnte. Ein Antrag der FdP, wie er hier steht, ist dann in der GPK nicht gestellt worden. Die GPK ist auf die Vorlage eingetreten und beantragt dem Parlament einstimmig, der definitiven Stellenbewilligung zuzustimmen.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich danke vorab der GPK für die gute, intensive Diskussion und auch für die gute Aufnahme dieses Geschäftes. Viele von Euch, die 2008 schon in diesem Saal gesessen haben, haben vielleicht jetzt etwas ein Déjà-vu, wie ich es auch hatte, als ich das Protokoll noch einmal zur Hand genommen habe. Zur Ausgangslage: Ihr habt gesehen, dass es die Abteilung Publikumsdienste, wie sie heute besteht, seit 2006 gibt. Wir hatten zwei Jahre lang eine Befristung, die der Stadtrat beschliessen konnte. 2008 sind dann vom Parlament noch drei Jahre Befristung dazu gekommen. Der unmittelbare Mehrwert mit dieser befristeten Stelle ab 2008 sind die Samstags-Öffnungszeiten der Schalter während drei Stunden. Wir hatten aber auch intern einen Mehrwert. Es ist nämlich eine polyvalent einsetzbare Mitarbeitende, die wir hier akquirieren konnten. Sie arbeitet bei der Einwohnerkontrolle, beim Empfang und bei der Information, im Postdienst und, was für unsere Abteilung ganz wichtig ist, sie macht Ablösungen beim Bestattungsamt. Das ist nicht eine Arbeit, die jeder Mann und jede Frau machen kann, weil es sehr spezifisch ist. Das Ergebnis dieser Erhöhung, dieser befristeten 100 %-Stelle, ist ganz einfach die effiziente Abwicklung der Geschäfte, eine gute Qualität der Dienstleistung und eine meistens zufriedene Kundschaft. Wir haben immer noch Kundinnen und Kunden, die vor dem Schalter draussen lange warten müssen, und weil es halt nicht einsichtig ist, sie jeweils nicht wissen, weshalb sie nicht eintreten können, wenn jemand heraus gekommen ist. Das hat damit zu tun, dass nach einer Kundin oder einem Kunden meistens im Backoffice noch etwas gearbeitet werden muss. Es ist ein labiles Gleichgewicht, das wir in den Publikumsdiensten haben. Wir hatten anfangs dieses Jahres Krankheitsfälle, Grippewelle. Dies ergibt sofort eine Zunahme der Pendenzen und generiert damit Überstunden, weil eine zeitgerechte Erledigung der Geschäfte einfach ganz unabdingbar ist. Man kann es nicht einfach liegen lassen. Wir dürfen sagen, dass wir eine gute, solide Dienstleistungsqualität erbringen, und sind auch stolz darauf. Das dürfen wir auch sein. Wir möchten diese Qualität beibehalten können und arbeiten auch immer wieder an Verbesserungen, weil man immer besser werden kann. Jetzt muss ich einen Einschub machen. Seite 2 von 6 seht Ihr das Schema der Organisation, die Verteilung der heutigen 750 Stellenprozente. Heute haben wir in der Fachverantwortung respektive Sachbearbeitung Inventur- und Bestattung zweimal 100 %. Das sind zwei volle Stellen. Wir haben jetzt den Inventurbeamten, der Ende dieses Jahres in Pension geht. Die Pensionierung des Bestattungsbeamten wird in rund drei bis dreieinhalb Jahren erfolgen. Das haben wir jetzt als Gelegenheit zur Neuausrichtung dieser Stellen genommen. Wir gehen davon aus und lehnen uns vielleicht jetzt etwas aus dem Fenster,

dass wir die 200 Stellenprozente um 40 bis 50 % mindern können. Wir möchten Inventur und Bestattung zusammen nehmen. Die Stelle des Inventurbeamten haben wir jetzt auch so ausgeschrieben: 80 bis 100 % Inventur und Bestattung. 80 bis 100 % nicht, weil wir nicht wissen, wie viel Arbeit wir haben, sondern weil der Markt deutlich grösser ist, auch für Leute, die eher ein geringeres Pensum arbeiten möchten. Unser Ziel ist, dass eine Person dann jeweils eine Kundin oder einen Kunden während des ganzen Prozesses von Bestattung und Inventur begleiten kann. Nach der zweiten Pensionierung haben wir Erfahrungen aus dem jetzigen Wechsel und müssen dann nur noch die ergänzenden Stellenprozente ausschreiben. Es ist schon von der Sprecherin der GPK gesagt worden. Wir haben auch unser Direktionssekretariat, das ab 1. Mai neu besetzt ist, um 10 % reduziert. Ich komme zurück zur Vorlage. Dort könnt Ihr die Entwicklungen seit 2008 nachverfolgen, auch die Entwicklungen, die mehr Aufwand generieren. Unsere Stadt will wachsen. Ich möchte Olten SüdWest anfügen. Noch ist dort unten nicht viel im Tun. Aber wir haben dort ja auch das Ziel, dass dort mehr Leute kommen. Das wird sicher auch mehr Aufwand generieren. Das ist aber hier nicht das Thema. Es gibt je einen Abschnitt Schalter/Online-Nutzung, Stellvertretungen, Erläuterungen des Stellenbedarfs und so weiter. Ich möchte hier nicht näher darauf eingehen. Zu den finanziellen Auswirkungen: In diesem Jahr können wir die Stelle ohne Nachtragskredit ab 1. November führen, weil der Leiter Publikumsdienste momentan 80 % und nicht 100 % arbeitet. Fazit: Die Publikumsdienste sind mit eine Visitenkarte der Stadt und auch der Stadtverwaltung. Um den Qualitätsstandard, den wir haben, zu heben und auch zu verbessern, brauchen wir die Stelle. Das haben wir während der letzten fünf Jahren auch bewiesen. Erlaubt mir eine Nebenbemerkung. Wenn wir die heutige Stelleninhaberin behalten können, sind wir sehr froh darum, weil sie bestens eingearbeitet ist, die Arbeitsabläufe kennt und auch die Vertretung und Ablösung im Bestattungsamt sehr gut gewährleistet. Der Entscheid liegt selbstverständlich bei Euch. Ich danke auf jeden Fall für die gute Aufnahme und Unterstützung.

André Köstli: Die SVP-Fraktion hat sich sehr intensiv und lange auch mit diesem Geschäft auseinander gesetzt. Die SVP und die Stellenbewilligung: Ihr alle kennt eigentlich unsere Stellung dazu. Der Stadtrat hat übrigens, wie uns allen bekannt ist, die einzig befristete Stelle bereits am 19. Juni 2006 beschlossen. Dann hat das Parlament einer Drei-Jahres-Verlängerung bis am 31. Oktober 2011 zugestimmt. Nun kommt es, wie es kommen muss, oder wie wir es dazumal erwartet haben: Der Bericht und Antrag des Stadtrates für eine definitive 100 %-Stellenbewilligung. Unsere Frage war natürlich, ob es die Stelle braucht oder nicht. Haben wir wirklich einen effektiven Nutzen daraus, oder ist es einfach eine Nice-to-have-Stelle? Wegen erheblicher Mängel wie lange Wartezeiten vor den Schaltern, sehr vieler Kundenreklamationen, schlechter Datenqualität, Samstags-Öffnungszeiten, die gefehlt haben. Es gibt eigentlich hier noch viel aufzuzahlen. Deshalb: Ja. Diese Stelle bringt tatsächlich einen grossen Mehrwert für unsere Stadt Olten, auch in Zukunft. Persönlich habe ich mich davon überzeugen können. Ich habe mir einmal Zeit genommen, um mir vom damaligen Leiter der Publikumsdienste, Roger Galliker, sämtliche Dienstleistungen und Arbeiten, die von dieser Abteilung aus kommen, zeigen und erklären zu lassen. Das Fazit dieser knapp zweistündigen Besichtigung: Die Abteilung Publikumsdienste bringt ihre Dienstleistungen in guter Qualität zugunsten der Steuerzahler der Stadt Olten. Ein etwas anderes Thema ist aus meiner Sicht die total veraltete Art, sich in diesen Räumen so zu präsentieren und zu zeigen. Meines Erachtens soll in diesen Büros endlich etwas gemacht werden, um eine bessere Visitenkarte für unsere Stadt Olten auszustellen. Die SVP-Fraktion stimmt den vorliegenden Beschlussesanträgen einstimmig zu.

Werner Good: Die SP unterstützt einstimmig den stadträtlichen Antrag und lehnt den Zusatzantrag der FdP ab. Wir wissen, dass die Publikumsdienste in den letzten Jahren zu einer kundenfreundlichen Dienstleistung der Stadtverwaltung entwickelt worden sind, der Stadtrat in den nächsten Jahren diese Entwicklung zu einem guten Ende bringen will und der Ausbau der Schalteröffnungszeiten einen höheren Personalbestand erfordert. All dies ist uns klar. Einen kleinen Schönheitsfehler haben wir im stadträtlichen Bericht gefunden. Die Online-Nutzung wird eher als eine weitere Belastung der Verwaltung dargestellt. Bei den

personellen Veränderungen sollte darauf geachtet werden, dass die Online-Angebote auch so umgesetzt werden, dass sie sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer wie die Verwaltung entlastend sein können. Ein Anliegen, das jetzt schon erwähnt wurde, ist auch bei uns, dass wir schon vor Jahren im Parlament vertreten haben, dass eine bessere bauliche Gestaltung des Empfangs und des Wartebereichs im Stadthaus dringend notwendig wäre. Das gibt den ersten Eindruck, den man beim Empfang hat, wie die Stadtverwaltung sein könnte, und dieser ist noch sehr provisorisch und kundenunfreundlich.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Wir haben es bereits vor vier Jahren diskutiert und fanden damals schon, diese Stelle sei nötig, und die Arbeitsbelastung hat seither nicht abgenommen. Die Publikumsdienste werden gut genutzt, und wir unterstützen auch sehr die Bestrebungen, die der Stadtrat seither unternommen hat, mit den längeren Öffnungszeiten am Donnerstagabend und Samstagvormittag, damit auch berufstätigen Personen die Dienstleistungen der Publikumsdienste beanspruchen können. Etwas aufgefallen ist uns im Bericht und Antrag, das in dem Sinne nicht in ein Problem ist, sondern mehr eine Anregung für den Stadtrat, dass die Altersstruktur der Publikumsdienste in den nächsten paar Jahren je nachdem problematisch werden könnte. Wir möchten einfach anregen, dass man hier frühzeitig dafür besorgt ist, dass der Wissenstransfer beim einem anstehenden Generationenwechsel sicher gestellt wird. Es ist schon mehrfach angesprochen worden: Die Online-Nutzung. Wir finden es eigentlich eine sehr unbefriedigende Zahl, wenn man sieht, dass von 14'000 Offline-Kontakten nur 340 Online-Kontakte kommen. Heidi Ehrensam hat es schon angesprochen. Das ist auch eine Generationenfrage. Aber auch hier muss es frühzeitig angegangen werden, weil dies in Zukunft mehr nachgefragt werden wird. In meinen und unseren Augen ist auch es sehr problematisch, wenn die Online-Nutzung eigentlich weniger effizient als die Offline-Nutzung ist. Das heisst für mich, dass man die falschen Systeme braucht und vielleicht einmal Abklärungen treffen sollte, wie man hier mit einem neuen Datenbank-Management noch etwas mehr Automatisierung und Effizienz hinein bringen könnte. Wir möchten auch noch einmal anregen, dass man vielleicht gleichwohl eben gerade bei diesem baulichen Aspekt Online-Computer vorne hin stellen würde, um diese Dienstleistung bekannter zu machen und mehr einen Transfer auf die Online-Nutzung zu erreichen. Wir sehen in diesem Bereich ein grosses Potenzial zur Effizienzsteigerung, die in Zukunft die Arbeitsbelastung und eventuell auch die nötigen Stellenprozente langfristig senken könnte. Zum heutigen Zeitpunkt werden wir aber den Antrag der FdP zur Kompensation ablehnen.

René Wernli, FdP-Fraktion: Als Präsident der Sicherheitskommission habe ich dies ähnlich gemacht wie mein Vorredner Kollega Köstli. Ich habe mir einmal Zeit genommen und bin mit dem damaligen Leiter, Roger Galliker, etwas durch seine Fachgebiete, die Publikumsdienste, gewandert. Wenn man gesehen hat, wie es sich früher dargestellt hatte, und man es heute sieht, muss man sagen, dass wir uns dort wirklich massiv vorwärts entwickelt haben. Mit einer neuen Ablauforganisation konnte man dort Optimierungen erzielen, die sich in einem wirklich verbesserten Dienstleistungsangebot für die Oltnen Bevölkerung niedergeschlagen hat. Ich mache nun kurz eine Klammer und muss all diejenigen unterstützen, die sagen: Leider konnten die baulichen Veränderungen nicht in diesem Schritt Mass halten, weil wir tatsächlich noch etwas Nachholbedarf haben, damit es auch dort etwas freundlicher wird. Wenn man vor einer weissen Wand sitzen und warten muss, ob die Ampel nun rot, orange oder grün ist, ist es zum Teil relativ mühsam. Ebenfalls kritisch ist es, wenn man die Gespräche des Nachbarn mitverfolgen kann, auch wenn man grosse Ohren hat. Das ist gut möglich. Aber das ist ein anderes Thema. Ich möchte zum Beispiel die Schalteröffnungszeiten heraus picken. Man hat am Samstag die Möglichkeit, den Schalter zu besuchen. Wenn ich sehe, was sich am Samstag dort bewegt, wird dies auch rege benützt. Wir haben im Bericht und Antrag auch gesehen, was an Mehraufwendungen respektive Minderaufwendungen zu Buche schlägt. Wenn man es etwas auf die Waage legt, sieht man, dass die Mehraufwendungen überwiegen. Das heisst, dass man, wenn man den Dienst beibehalten möchte, wie wir ihn jetzt haben, der in der Bevölkerung auch gut ankommt, oder gar noch etwas steigern möchte, ist man auf diese

Stelle angewiesen. Es ist auch schön dargelegt, wie die künftige Entwicklung aussehen könnte und man dabei noch Stellenprozente sparen kann. Wer sich einmal detailliert mit der Situation Inventuramt und Bestattungsamt auseinander gesetzt hat, weiss, dass dort absolut Optimierungspotenzial vorhanden ist. Das kann relativ einfach gelöst werden, indem man moderne Mittel einsetzt. Somit denke ich, dass die Bewilligung dieser Stelle eine Weichenstellung für einen noch besseren Dienst an unserer Bevölkerung ist. Die FdP Olten möchte den heutigen Standard mindestens beibehalten, natürlich möglichst noch steigern, und unterstützt die definitive Stellenbewilligung. Ich möchte an dieser Stelle Markus Wälty, dem heutigen Leiter Publikumsdienste, für die sehr umfassende und detaillierte Aufarbeitung dieser Thematik in den Bericht und Antrag recht herzlich danken und möchte ihm auch an dieser Stelle danke sagen, dass er die Arbeit, die Roger Galliker angerissen hat, optimiert hat und bei den Publikumsdiensten den Aufwärtstrend setzen konnte, dass Ihr ihn so übernehmen konntet und dies weiter gezogen habt.

Marcel Steffen: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich auch mit der zweiten definitiven Stellenbewilligung des heutigen Abends auseinander gesetzt. Ich glaube, der Unterschied zur vorher gehenden Vorlage ist einfach der, dass hier ein guter und konkreter Blick in die Zukunft gemacht wird. Zum Einen sehen wir in der Vorlage, wie die befristete Stelle eingesetzt ist, und auch den zusätzlichen Kundennutzen, der bei den Publikumsdiensten generiert wurde, zum Anderen die geplante Entwicklung. Klar ersichtlich sind auch das Mengengerüst und die zu erbringenden Dienste. Zugegeben: Die Messung ist hier unmittelbarer möglich, und ich denke, der erbrachte Nutzen ist auch etwas bei einem grösseren Publikum sichtbar. Vielleicht ist es auch deshalb die „gefühlte bessere Vorlage“ als die vorhergehende. Die unter Punkt 4 beschriebenen Erwägungen sind ein Versprechen an das Parlament und nicht so, wie es Iris Schelbert gesagt hat, etwas weit aus dem Fenster gelehnt. Ich sehe es eigentlich gerne, wenn man solche Geschichten in einer Vorlage sieht, wo bereits ein Weg beschrieben wird, wie er gehen kann. Wenn auf diesem Weg noch steht, dass man 50 Stellenprozente reduzieren kann, hoffen wir auf das gegenseitige Vertrauen, dass dies dann auch durchgeführt wird. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird einstimmig für Eintreten sein. Der Kompensationsantrag findet bei uns keine Mehrheit, und so werden wir dem Beschlussesantrag grossmehrheitlich zustimmen.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich bedanke mich ganz herzlich für die Voten und die Aufnahme. Es sind zwei Fragen, Vorbehalte gestellt worden. Anna Engeler hat unsere Altersstruktur angesprochen. Das ist so. Andererseits muss ich aber sagen, dass es wirklich toll ist, wenn man bewährte, konstante Mitarbeitende hat. Wenn Ihr heute ja sagt, können wir bei dieser Altersstruktur eine gewisse Durchmischung erhalten, weil diese Stelle jetzt mit einer jungen Frau besetzt ist. Das Zweite ist der Online-Schalter, die Online-Dienste. Es ist eigentlich keine Belastung für uns. Es beschäftigt uns tatsächlich, wenn dies nicht mehr genutzt wird. Jetzt hat dies einerseits, wie es gesagt wurde, wahrscheinlich mit der Altersstruktur der Kundinnen und Kunden zu tun, dass sie Online einfach noch nicht gewohnt sind und halt noch gerne an einen Schalter gehen. Zweitens hat es auch damit zu tun, dass halt ganz viele Dienste, welche die Publikumsdienste erbringen, immer noch mit einem Stück Papier zu tun haben. Man muss ein Papier holen oder bringen. Ich möchte die Frage an Markus Wälty weiter geben. Vielleicht kann er den Punkt der Online-Nutzung, die sehr gering ist, noch einmal etwas deutlicher erklären.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Zusatzantrag FdP

Urs Knapp: Die Begründung ist ja wortwörtlich der gleiche, aber trotzdem nicht ganz der gleiche Antrag. Wir haben vor neun Tagen Iris Schelbert gefragt, ob sie auch „Deal oder no deal“ machen würde, ob sie bereit wäre, die Versprechen, die sie jetzt gemacht haben, auch

zu fixieren, damit sie wirklich als Zielvorgabe bindend sind. Ich glaube, das wäre ein Schritt dazu. Dann könnte man vielleicht auch bei uns einen Schritt überlegen. Wir haben leider bis jetzt noch keine Antwort erhalten. Deshalb noch einmal meine Frage an Iris Schelbert: Wärs Du bereit, im Beschlussesantrag irgend etwas Verbindliches zu dem, was im Bericht steht, zu sagen?

Stadträtin Iris Schelbert: Der Bericht ist ein integraler Bestandteil des Beschlussesantrages. Deutlicher und fester kann ich dies nicht sagen oder versprechen. Marcel Steffen betrachtet es als Versprechen, ich auch. Ich kann nicht „dealen“. Ich „deale“ nicht, wenn es um Stellen von Personen geht. Du willst es auf das Budget 2012. Unsere zweite Pension ist dann einfach noch nicht aktuell. Ich glaube, alles andere, das man zu diesem Antrag sagen kann, hat der oberste Personalchef, unser Stadtpräsident, gesagt. Es ist auch gesagt worden, dass es etwas mit gegenseitigem Vertrauen zu tun hat. Ich weiss, dass es ein etwas „abgelutschter“ Begriff ist. Aber ich müsste dies in diesem Falle einfach von Euch haben.

Beschluss

Mit 28 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Zusatzantrag der FdP abgelehnt.

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss.

1. Die 100%-Stelle Sachbearbeiterin Publikumsdienste (Lohnklasse 11) wird ab dem 1. November 2011 unbefristet bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori (2)
Abteilungsleiter Publikumsdienste/Herr Markus Wälty (2)
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Lohnbuchhaltung/Herr Ruedi Berger
Leiterin Personaldienst/Frau Claudia Grütter
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 19. Mai 2011

Akten-Nr. 21/2

Prot.-Nr. 86

Attraktivierung Aareraum/Überarbeitung Vorprojekt, Erarbeitung Alternativprojekt

Gemäss Auftrag des Gemeindeparlaments vom März 2010 wurde im Projekt ANDAARE das Vorprojekt mit Aaresteg unter Berücksichtigung der Mitwirkungsbeiträge überarbeitet und zudem ein weiteres Vorprojekt ohne Aaresteg erstellt. Die Kostendifferenz zwischen den beiden Varianten beträgt rund CHF 2,5 Mio. oder 9.5%. Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament, die beiden Varianten dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten, empfiehlt jedoch wegen des deutlichen Qualitätsunterschieds die Variante mit Aaresteg.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Projektentwicklung: Was bisher geschah

Seit geraumer Zeit ist eine Veränderung des Zeitgeistes in den Städten festzustellen: Die Stadt wird zunehmend als attraktiver Wohn- und Lebensraum wiederentdeckt. Entsprechende Ansprüche an dessen Qualität werden von allen Nutzenden gestellt. Mit dem Projekt ANDAARE wird einem Wunsch entsprochen, den viele Oltnerninnen und Oltnern hegen: Ein attraktiver, für alle besser zugänglicher Aareraum.

Das Siegerteam des öffentlichen Wettbewerbs, der im Jahr 2007 stattfand, hat seine Projektidee nun auf die Konkretisierungsstufe eines Vorprojekts gebracht und zudem gemäss Auftrag des Gemeindeparlamentes auch ein Alternativprojekt ohne Aaresteg ausgearbeitet. Blicken wir kurz auf die bisherige Projektgeschichte zurück:

- September 2008: Zustimmung zu Konzept und Genehmigung Projektierungskredit: Am 18. September 2008 hat das Gemeindeparlament die Vorlage für die Ausarbeitung des Vor- und Bauprojektes im Rahmen des vom Stadtrat vorgeschlagenen Vorgehens genehmigt.

Die Stossrichtung des Projektes wurde grossmehrheitlich begrüsst, insbesondere der modulare Aufbau mit «finanzierbaren Etappen» stiess auf grossen Anklang. Teilweise wurde die Notwendigkeit des «Aushängemoduls» Fussgängersteg in Frage gestellt.

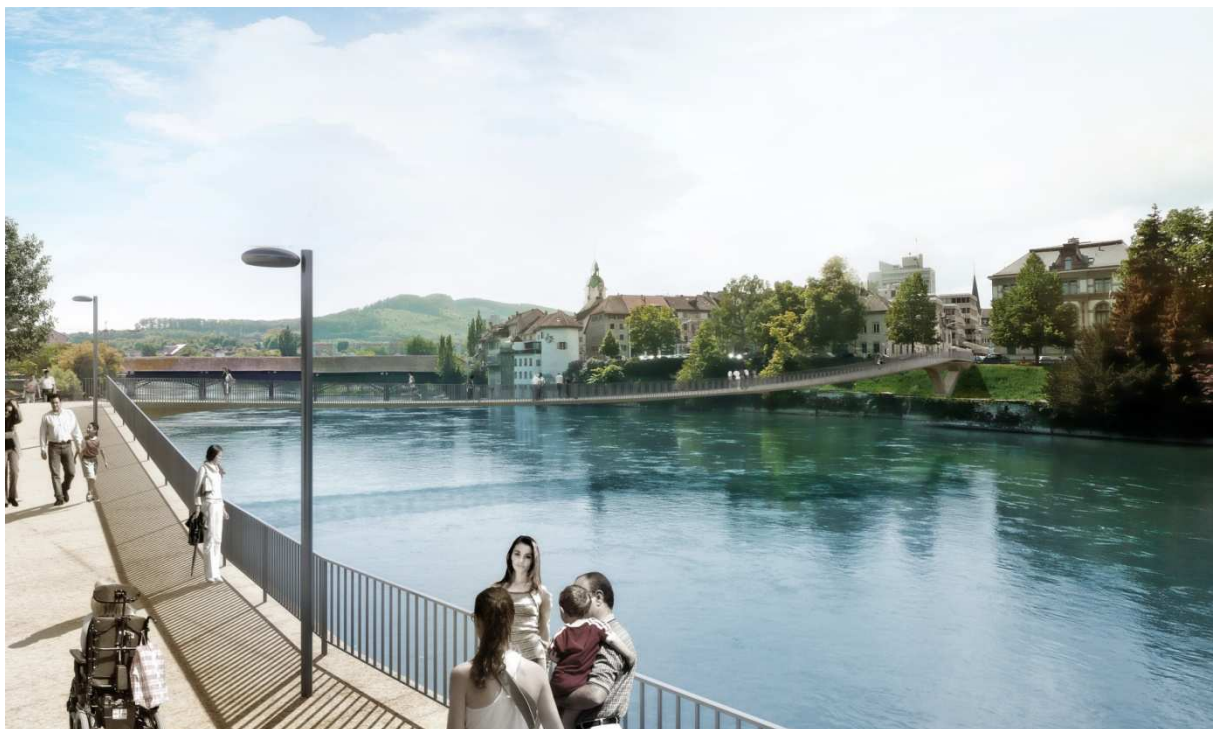
Zusätzlich zur stadträtlichen Vorlage beschloss das Gemeindeparlament im weiteren Vorgehen einen «Marchhalt»: nach der durchgeführten Mitwirkung sollte das überarbeitete Vorprojekt dem Gemeindeparlament unterbreitet werden, bevor die Erarbeitung des Bauprojektes in Angriff genommen wird. Bei diesem Marchhalt ging es vor allem um die Festlegung der weiter zu bearbeitenden Bausteine und der Etappierung.

- Mai/Juni 2009: öffentliche Mitwirkung
Das Vorprojekt wurde in den Mitwirkungsbeiträgen mehrheitlich als gute Grundlage für die Attraktivierung des Aareraums gewürdigt. Bei den einzelnen Bausteinen wurde speziell die vorgesehene Gestaltung des Ländiweges kritisch hinterfragt, bemängelt wurde insbesondere der fehlende Zugang zur Aare. Zum Teil wurde angeregt, das Vorprojekt in einen grösseren städtebaulichen Kontext zu stellen und auch die Erweiterung der Hardegg- und Winkelunterführung miteinzubeziehen. Diese Ausweitung des Perimeters über den Aareraum hinaus wurde vom Stadtrat im Bericht und Antrag vom März 2010 ausgeschlossen, um die Vorlage nicht zu «überlasten», obwohl der Handlungsbedarf bei den beiden Unterführungen unbestritten ist.
- März 2010: Zwischenbericht
In Abänderung des Antrags des Stadtrats, das Bauprojekt anzugehen und die Etappierung festzulegen, hat das Parlament am 24. März 2010 beschlossen, dass vorgängig eine Überarbeitung des Vorprojekts unter Berücksichtigung der Mitwirkungsbeiträge sowie ein Alternativprojekt ohne Aaresteg auszuarbeiten sei. Dies obwohl der Steg eine explizite Vorgabe im Wettbewerb war, zurückzuführen unter anderem auf den Umstand, dass während des Umbaus der Bahnhofbrücke der provisorische Fussverkehrssteig vom Bahnhof über die Aare zur Altstadt grossen Anklang fand.

2. Projektziele

Das Projekt ANDAARE ist mehr als ein Fussgängerprojekt: Nämlich die Zuwendung zum Fluss und Wahrnehmung der Aare als verbindendes statt trennendes Element der Stadt Olten. Also nicht «links und rechts» der Aare, sondern an der Aare – ANDAARE eben.

Die Nähe zum Wasser auf einem Geviert von attraktiven Wegen ergibt ein neues Stadtraumerlebnis im Herzen von Olten: ANDAARE verbindet die malerische Altstadt mit dem betriebsamen Bahnhof und ist Entrée für ankommende Bahnreisende. Eine tolle Visitenkarte für das Standortmarketing der Stadt Olten also und auch eine Investition in die Zukunft.



Blick von der Aareterrasse Richtung Altstadt

Genau genommen verfolgt das Projekt zwei unterschiedliche Ziele.

- Attraktiven Aufenthaltsraum schaffen
Die Aufenthaltsqualität des Aareraums soll gefördert werden. Ziel ist ein attraktiver, gut zugänglicher Freizeitraum für die Naherholung.
- Gute Verbindungen ermöglichen:
Es sollen attraktive Fussverkehrsverbindungen mit genügend Leistungsfähigkeit geschaffen werden. Der Begriff Leistungsfähigkeit klingt im Zusammenhang mit Fusswegen etwas technisch, ist aber ein sehr wichtiger Aspekt: Zu Fuss Gehende sind nämlich keine homogene Verkehrsgruppe. Die Leistungsfähigkeit hängt ab von den Nutzergruppen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, SeniorInnen, Menschen mit Behinderungen) und den Verkehrszwecken (Arbeit und Ausbildung, Einkauf, Freizeit, Service/Geschäft). Die entsprechenden Kombinationen von Nutzergruppen und Verkehrszwecken sind auf einem Fussweg nur dann anzutreffen, wenn er für deren Zweck ausreichend attraktiv ist und genügend Leistungsfähigkeit – sprich «Platz» – vorhanden ist.



Das neue Aarebistro mit Aussenbewirtung und die Sitzstufen ermöglichen, den Aareraum ganzjährig zu geniessen.

3. Projektinhalt

Das Projekt setzt auf drei Pfeiler:

- Ein Aarebistro beim Wildsauplatz auf einer hochwassersicheren Bastion. Ein Verweilort für das ganze Jahr mit Innen- und Aussenbewirtung.
- Eine grosszügige Aarepromenade dort, wo heute der schmale Ländiweg von der Bahnhofterrasse zur Alten Brücke führt.
- Den Aaresteg, als elegante, stützenfreie Spannbetonbrücke für eine attraktive Fussgänger Verbindung zwischen Bahnhofterrasse und Amthausquai. Diese stärkt die Achse Bahnhof – Amthausquai – Altstadt. In Kombination mit der angestrebten Verlängerung der Unterführung Hardegg ist der gesamte Bahnhof direkt und attraktiv entlang des Wassers mit Altstadt und Zentrum verbunden.

Das Gesamt-Vorprojekt wurde im Interesse der Übersichtlichkeit und Transparenz in zehn Bausteine gegliedert. Diese zehn Bausteine sind wiederum in Kernobjekte (6 Bausteine) und Optionen (4 Bausteine) aufgegliedert. Letztere lassen sich auch mit Wünschbarem umschreiben.

Nur die Kombination aller Kernelemente löst das Ziel von ANDAARE ein: die Schaffung eines verbindenden attraktiven Stadtraums, der eine hohe Qualität bietet für Aufenthalt UND Unterwegssein.



Abgrenzung der einzelnen 10 Bausteine

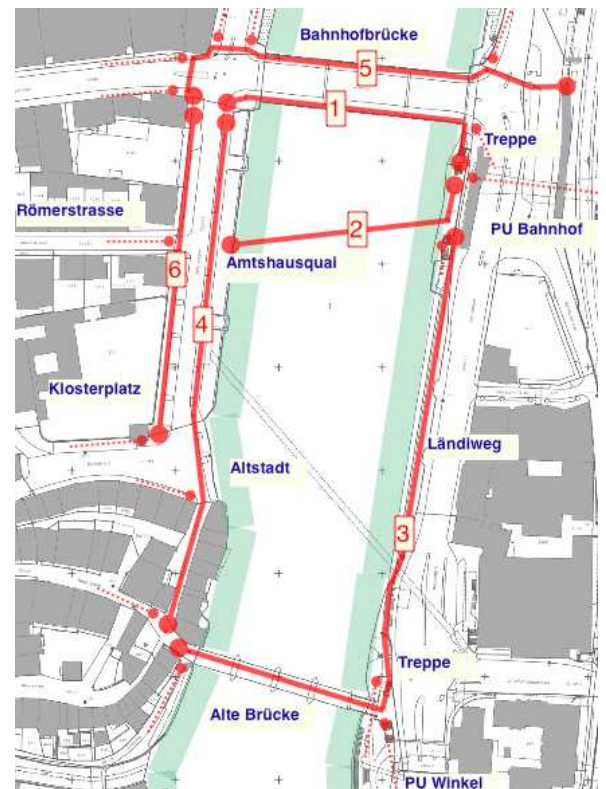
4. Was ist neu im überarbeiteten Vorprojekt?

Die zentralen neuen Aspekte der Projektgrundlagen werden nachfolgend zusammengefasst.

4.1 Vertiefung der Grundlagen zum Fussverkehr

Die Diskussionen um die Notwendigkeit des Steges führten beim Planerteam zu einer vertieften Beschäftigung mit den Funktionen des Raumes, der Verbindungen und den Bedürfnissen des Fussverkehrs. In diesem Rahmen wurde Ende Oktober 2010 im innerstädtischen Aareraum eine Fussverkehrserhebung mit Befragungen durchgeführt. Damit steht für die weiteren Überlegungen eine solide Grundlage zur Verfügung. Die Resultate dieser Erhebung sind anschliessend ausgewertet und in Bezug zum Projekt ANDAARE gestellt worden. Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

- Die Treppen zur Alten Brücke und vom westlichen Ausgang der Martin-Disteli-Unterführung zur Bahnhofbrücke sind Flaschenhälse: an beiden Orten bestehen Leistungsengpässe, d.h. es kommt zwischenzeitlich zu Stausituationen.
- Die Alte Brücke weist einen erstaunlich hohen Fussgängerverkehr vom und zum Bahnhof auf. Diese Wege würden wohl grossmehrheitlich durch einen neuen Steg abgedeckt. Eine entsprechende Entlastung der Alten Brücke ergibt offenes Potenzial für zusätzliche Wege aus der Personenunterführung Winkel.
- Die Bahnhofbrücke weist auch einen recht grossen Anteil an innerstädtischem Verkehr auf. Dieser würde durch einen Steg wesentlich attraktiver abgedeckt.
- Der Amthausquai ist auf seiner gesamten Länge wenig frequentiert. Dies hat wirtschaftliche Folgen für die Altstadt und den Bereich Klosterplatz.



4.2 Varianten mit und ohne Steg

Gemäss Auftrag des Parlaments wurde durch das Planerteam zusätzlich eine Variante des Projekts entwickelt, bei der auf den Aaresteg verzichtet wird. Auf der Basis der Erkenntnisse aus der Fussverkehrsstudie lassen sich die Unterschiede insbesondere für das Kernobjekt Ländiweg folgendermassen umschreiben:

Beurteilung für Variante MIT Steg

- Der Steg als direkte Verbindung für sehr viele der «schnellen» oder mit grösserem Platzbedarf verbundenen Wegzwecke übernimmt einen grossen Teil dieser Verkehrsteilnahmegruppen. Dadurch sinkt die Bedeutung des Ländiweges als Verbindungsstrecke, insbesondere auch, weil die Treppe zur Alten Brücke lediglich aufgeweitet, nicht aber durch eine Rampe ersetzt werden kann. Treppen bilden immer gravierende Qualitätseinbussen und sind insbesondere für Menschen mit Behinderungen Hindernisse. Wenn weniger Leute den Ländiweg als Durchgangsstrecke benutzen, wird Raum frei für seine eigentliche Schwerpunktnutzung als Freizeit- und Erholungsraum. Einerseits wird die für den Durchgangsverkehr freizuhaltende Breite geringer und andererseits nehmen die

Störungen durch «schnelle» Fussgänger generell ab, was die Aufenthaltsqualität steigert. Zudem wird die Zugänglichkeit wesentlich höher und damit auch die Nutzbarkeit.

- Die Erreichbarkeit der Altstadt wird mit dem Aaresteg stark verbessert: es wird eine Frequenzerhöhung via Achse Aaresteg - Amthausquai - Klosterplatz – Altstadt erwartet.
- Eine Anpassung des Betriebskonzeptes des Bahnhofplatz ist zur Zeit in Planung. Für die Zugänglichkeit des Bahnhofareals schafft der Aaresteg dringend benötigten Handlungsspielraum, in dem die oberirdischen Fussverkehrsströme vermehrt auf das untere Niveau verlagert würden; dieser Effekt tritt auch ohne Verlängerung der Hardegg-Unterführung ein, wird aber durch deren allfällige Realisierung verstärkt.
Die Platzebene und insbesondere der Knotenkomplex Bahnhofquai / Bahnhofbrücke / Gösgerstrasse (Fussgängerstreifen) würden von querendem Fussverkehr bedeutend entlastet. Dies schafft günstige Voraussetzungen für bessere Lösungen für den Auto- und Busverkehr und erhöht die Leistungsfähigkeit der verkehrstechnischen Anlagen.
- Abgesehen von den Überlegungen zur Leistungsfähigkeit sind auch die emotionalen Aspekte des Stegs erwähnenswert: Die Begehrbarkeit des Aareraums auf flussnahe Niveau bietet einen hohen Erlebniswert und ist an sich sehr attraktiv.
- Apropos flussnah: Die zulässige Höhe des Stegs im Hinblick auf den Hochwasserschutz wurde mit dem Kantonalen Amt für Umwelt abgestimmt und unter Berücksichtigung der neuesten Erkenntnisse aus dem Hochwasserereignis 2007 festgelegt.

Beurteilung für Variante OHNE Steg

Aus der Fussverkehrsstudie lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

- Durch das Wegfallen des Stegs ist auf dem Ländiweg mit einem grösseren Verkehrsaufkommen zu rechnen als für die Variante mit Steg. Ohne Steg wird die Nutzung des Ländiwegs als Frei- und Erholungsraum eingeschränkt, einerseits durch die zu erwartenden ständigen Störungen unter den verschiedenen Verkehrszwecken («Pressieren versus Flanieren») und andererseits auch durch die eingeschränkte Zugänglichkeit aus dem umliegenden Perimeter (Treppen, begrenzte Breiten von Durchgängen). Anders ausgedrückt, bildet die Entflechtung der Verkehrsströme (Verkehrszwecke) durch den Bau des Aarestegs eine wesentliche Voraussetzung für die Attraktivierungsmassnahmen entlang der Uferbereiche.
- Ohne Aaresteg gibt es weiterhin für keinen Verkehrszweck des Fussverkehrs eine attraktive Verbindung zwischen Olten Ost/Bahnhof und Altstadt/Innenstadt/Olten West, die Verhältnisse bezüglich Attraktivität / Erreichbarkeit sind gegenüber dem heutigen Zustand bestenfalls unverändert.
- Die Fussgängerströme ab der Bahnhofterrasse und ab Hardeggunterführung müssen bei einem Verzicht auf den Aaresteg über die bestehende Route der Bahnhofbrücke geführt werden. Diese Verbindung ist zur Gewährleistung der wichtigsten Zielverbindungen in der heutigen Ausprägung eigentlich ungenügend. Lange Wartezeiten an den Lichtsignalanlagen (Fussgängerstreifen) führen zu grossem Übertretungsrisiko, wenn bei Zeitknappheit der Zug abzufahren droht.

Bauliche Anpassungen Variante ohne Steg

Bei der Variante ohne Steg werden die Bausteine 2 (Aaresteg) und 3 (Ländiweg) folgendermassen angepasst:

- Baustein 2:
Um eine hinsichtlich Fussverkehr ähnliche Qualität zu erreichen wie für die Variante mit Steg und um die Treppe vom westlichen Ausgang der Martin-Disteli-Unterführung zur Bahnhofbrücke zu entlasten, muss im Bereich der Bahnhofterrasse eine Rampe vom Niveau der Unterführung auf das Niveau des Bahnhofquais („Stadtniveau“) vorgesehen werden. Die einschränkenden Randbedingungen machen eine relativ steile Rampe mit einer Steigung von 10% nötig. Die üblicherweise für behindertengerecht ausgebildete Bauten zulässige Steigung von 6% wird damit überschritten. Ein möglicher Ausbau der Liftanlage bietet aus Kapazität- und Akzeptanzgründen keine gleichwertige Alternative.
- Baustein 3:
Um mit der vorgesehenen Nutzung als Aufenthaltsbereich trotz des grösseren Verkehrsaufkommens keine Leistungseinbussen («Flaschenhals») zu erhalten, wurde die neue uferseitige Stützmauer des Ländiwegs für die Variante ohne Steg im Bereich Schwanenmätteli weiter zur Aareseite hin angeordnet.

Im Weiteren geht das Vorprojekt davon aus, dass Teile des Widerlagerbauwerks auf der Ostseite – insbesondere die Ausbildung der Erdanker – auch bei der Variante ohne Aaresteg im Sinne einer Vorinvestition erstellt werden (Kosten: CHF 350'000.00). Damit bleibt die Option eines allfälligen späteren Baus des Aarestegs erhalten.



Rampe auf das Bahnhofquainiveau, von der Aareterrasse aus gesehen.

4.3 Projektanpassung Wasserzugang am Ländiweg

Eine markante Projektanpassung stellt die neu eingefügte Treppenanlage mit direktem Wasserzugang am Ländiweg dar. Damit konnte eines der zentralen Anliegen aus der öffentlichen Mitwirkung ins vorliegende Vorprojekt aufgenommen und die Attraktivität des Projekts noch einmal deutlich erhöht werden. Möglich wurde dies infolge geänderter Rahmenbedingungen:

- Der bestehende Abwasser-Sammelkanal des Zweckverbands Abwasserregion Olten muss für die Realisierung des Wasserzuganges zwingend rückgebaut und auf einer Länge von rund 150 m um 3.5 m hinter die bestehende Ufermauer verlegt werden. Dies ist entgegen der Annahmen während des Wettbewerbsverfahrens nun grundsätzlich machbar.
- Eine geringfügige Reduktion des Abflussquerschnitts der Aare im innerstädtischen Bereich wird durch die kantonalen Behörden aufgrund eines durchgeführten Fachgutachtens neu toleriert. Dieses hat gezeigt, dass das Bauwerk im Hochwasserfall zu einer vernachlässigbaren Zunahme des Wasserspiegels führt.

Gegenüber dem ursprünglichen Vorprojekt resultieren insbesondere durch die erforderliche Flussbaustelle Mehrkosten von rund CHF 1.2 Mio.



Blick auf den Ländiweg mit dem Wasserzugang

5. Kosten

5.1 Vergleich der Varianten

Auf der Basis der im Tiefbau üblichen Kostengliederung nach Normpositionenkatalog (NPK) wurden die zu erwartenden Baukosten mit einer Genauigkeit von $\pm 20\%$ geschätzt. Die Kostenschätzung wird in der folgenden Phase des Bauprojekts zum Kostenvoranschlag verfeinert, welcher als Basis für den Baukredit dienen wird.

Die vorliegende Kostenschätzung ergibt gemäss nachfolgender Tabelle

- für das überarbeitete Vorprojekt mit Aaresteg einen Totalbetrag der Baukosten von CHF 26'473'000.00 Dies entspricht einem Mehrkostenbetrag gegenüber dem Vorprojekt vom Dezember 2009 von plus CHF 1'906'000.00 oder +7.8%.
- Für das Alternativprojekt ohne Aaresteg ergibt sich ein Totalbetrag von CHF 23'960'000.00 für die Baukosten. Darin enthalten sind Kosten in der Höhe von rund CHF 700'000.00 für den Bau des Rampenbauwerks. Der Anteil für den Bau von Teilen des Widerlagers auf der Ostseite beträgt rund CHF 350'000.00.

Fazit

Die Kostendifferenz zwischen den beiden Varianten beträgt CHF 2'513'000.00 oder 9.5%.

Die Kostensteigerungen gegenüber dem Projekt Stand Dezember 2009 liegen in mehreren Faktoren begründet:

- Aufgelaufene Bauteuerung von plus 1.90%-Punkten
- Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 0.4%-Punkte
- Verteuerung Umgestaltung Baustein 3, Ländiweg
- Ausmassanpassungen Stufe Vorprojekt

Baustein	Vorprojekt mit Aaresteg			Vorprojekt ohne Aaresteg		
	Kernobjekte	Optionen	Total	Kernobjekte	Optionen	Total
1A Bahnhofterrasse	815'000		815'000	815'000		815'000
1B Erweiterung M.-Disteli-Unterführung		1'546'000	1'546'000		1'546'000	1'546'000
2 Variante mit und ohne Aaresteg	5'604'000		5'604'000	2'846'000		2'846'000
3 Ländiweg	9'722'000		9'722'000	9'856'000		9'856'000
4 Amthausquai	1'101'000		1'101'000	1'106'000		1'106'000
5 Schifflände	1'162'000		1'162'000	1'268'000		1'268'000
6 Wildsauplatz	2'164'000		2'164'000	2'164'000		2'164'000
7 Alte Brücke/Schauseite Altstadt		342'000	342'000		342'000	342'000
8 Salzhüsliweg		614'000	614'000		614'000	614'000
9 Klosterplatz	1'007'000		1'007'000	1'007'000		1'007'000
10 Anbindung Hardegg-Unterführung		2'396'000	2'396'000		2'396'000	2'396'000
Gesamtbaukosten	21'575'000	4'898'000	26'473'000	19'062'000	4'898'000	23'960'000

Tabelle mit Kostenübersicht zu den beiden Varianten.

Rot hervorgehoben sind diejenigen Bausteine, bei denen sich die Kosten der beiden Varianten unterscheiden.

5.2 Mögliche Beiträge Dritter

Sämtliche Kostenangaben entsprechen einer Vollkostenrechnung, beinhalten die Mehrwertsteuer und berücksichtigen keinerlei Beiträge Dritter. Letztere sind noch nicht bezifferbar, können aber zu substantiellen Kosteneinsparungen für die Stadt Olten führen:

- Bundesbeiträge aus dem Agglomerationsprogramm
Das Projekt ANDAARE wird als Teilprojekt im Bereich Aufwertung Langsamverkehr (Schwerpunkt Fussverkehr) und Siedlungsqualität (Schwerpunkt Naherholung) ins Agglomerationsprogramm AareLand integriert werden.
Der Aaresteg wird zusammen mit der Bahnhofterrasse (Baustein1) und der Anbindung Hardeggunterführung (Baustein 10) mit dem Projekt Bahnhofplatz in Absprache mit dem Kanton als Massnahmenbündel von überregionaler Bedeutung eingereicht.
Die Einreichungsfrist für die überarbeiteten Agglomerationsprogramme ist auf den 30. Juni 2012 festgesetzt. Mit einer Entscheidung bezüglich Genehmigung eines Förderbeitrags ist ca. auf Ende 2013 zu rechnen. Aus heutiger Sicht sind vom Bund und Kanton Beiträge von je 30% der Kosten der förderungswürdigen Massnahmen zu erwarten. Mit der Umsetzung der aus dem Agglomerationsprogramm der 2. Generation geförderten Massnahmen kann ab dem Jahr 2015 begonnen werden.
- Kantonales Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT)

Kosteneinsparungen sind aufgrund der Schnittstelle zum AVT im Rahmen der Umgestaltungsmassnahmen ERO im Bereich Bahnhofquai sowie durch eine Teilübernahme der Kosten für die Hangsicherung des Stützbauwerks am Bahnhofquai zu erwarten; Letztere ist dringend nötig und soll deshalb in der ersten Bauetappe von ANDAARE angegangen werden. Der entsprechende Kostenteiler ist zwischen Kanton und Einwohnergemeinde Olten noch zu verhandeln.

Die Realisierung des Aarestegs hat für das AVT sehr hohe Priorität. Der Grund ist wie erwähnt die angestrebte Entlastung des Verkehrsknotenkomplexes Bahnhofquai / Bahnhofbrücke / Gösgerstrasse von querendem Fussverkehr. Inwiefern daraus eine allfällige Kostenbeteiligung an ANDAARE resultiert, ist Gegenstand von Verhandlungen.

- Zweckverband Abwasserregion Olten

Der in Aussicht gestellte Beitrag seitens des Zweckverbands Abwasserregion Olten für die Verlegung des Hauptsammelkanals am Ländiweg kann zur Zeit noch nicht beziffert werden. Ein solcher ist durch die Delegiertenversammlung des Zweckverbands noch zu genehmigen.

6. Realisierung: Etappierung und Termine

Ziel ist die Realisierung des Projektes als Gesamtheit, wie es aus dem Wettbewerbsverfahren hervorgegangen ist. Zur planungsrechtlichen Sicherung ist ein kommunales Gestaltungsplanverfahren durchzuführen.

Im Sinne einer finanziell wie zeitlich angemessenen Umsetzung des Gesamtprojekts ANDAARE, müssen die vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll etappierbar sein.

Die Erarbeitung des aktuellen Vorprojekts mit Variantenstudium (mit und ohne Steg) ist unter Einbezug der neusten Planungsstände sämtlicher relevanter Nachbarprojekte erfolgt. Namentlich wurde eine Abstimmung mit dem Betriebskonzept Bahnhofplatz, den Umgestaltungsmassnahmen der Entlastung Region Olten, der Studie betreffend Winkelunterführung sowie den aktuellen Entwicklungen zur Attraktivierung der Innenstadt vorgenommen.

Aufgrund der Rückmeldungen aus dem Mitwirkungsverfahren («attraktive Elemente zuerst»), der Optimierung der Schnittstellen und Bauzustände sowie der Dringlichkeit der Stabilisierungsmassnahmen am Stützbauwerk des Bahnhofquais hat sich die in der folgenden Abbildung und Tabelle Etappierungs-Variante herauskristallisiert.



	Realisierungsinhalte	Kosten	Zeitraum (Monate)
Etappe 1	Kernobjekte (BS 2/ 3)	15'326'000	ca. 30
	Option (keine)	-	
	Gesamt	15'326'000	
Etappe 2	Kernobjekte (BS 1A)	815'000	ca. 9
	Option (BS 1B)	1'546'000	
	Gesamt	2'361'000	
Etappe 3	Kernobjekte (BS 5/ 6)	3'326'000	ca. 12 - 14
	Option (BS 8)	614'000	
	Gesamt	3'940'000	
Etappe 4	Kernobjekte (BS 4/ 9)	2'108'000	ca. 18
	Option (BS 7/10)	2'738'000	
	Gesamt	4'846'000	
Gesamt	Kernobjekte	21'575'000	ca. 69 bis 71 (ca. 5 ½ bis 6 Jahre)
	Optionen	4'898'000	
	Gesamt	26'473'000	

Nach dem richtungsweisenden Parlamentsentscheid vom Mai 2011 kann frühestens im Herbst 2011 eine Volksabstimmung terminiert werden, um den Bauentscheid zu treffen und den entsprechenden Baukredit bereitzustellen. Nach der Ausarbeitung des Bauprojekts im Jahr 2012 und dem Durchlaufen der Bewilligungsverfahren ist ein Baubeginn in der zweiten Jahreshälfte 2013 realistisch.

Die Gesamtbauzeit soll auf die beiden Investitionsperioden 2011 - 2017 und 2018 - 2024 verteilt werden.

Es ist zu beachten, dass allfällig durch das Agglomerationsprogramm des Bundes (2. Generation) geförderte Bausteine erst ab 2015 umgesetzt werden dürfen, ansonsten eine Förderung ausgeschlossen ist.

7. Mit oder ohne Steg? Ein Fazit

Die zwei Projektziele «Gute Verbindungen ermöglichen» und «Attraktiven Aufenthaltsraum schaffen» stehen am Ländiweg miteinander im Konflikt («Pressieren versus Flanieren»). Der Aaresteg schafft mit der Verdichtung des Fusswegnetzes die nötigen Voraussetzungen, dass beide Ziele erreicht werden können. Es kommt so zu einer Entflechtung der Verkehrsströme (Verkehrszwecke), die eine wesentliche Rahmenbedingung ist für die Attraktivierungsmassnahmen entlang der Uferbereiche.

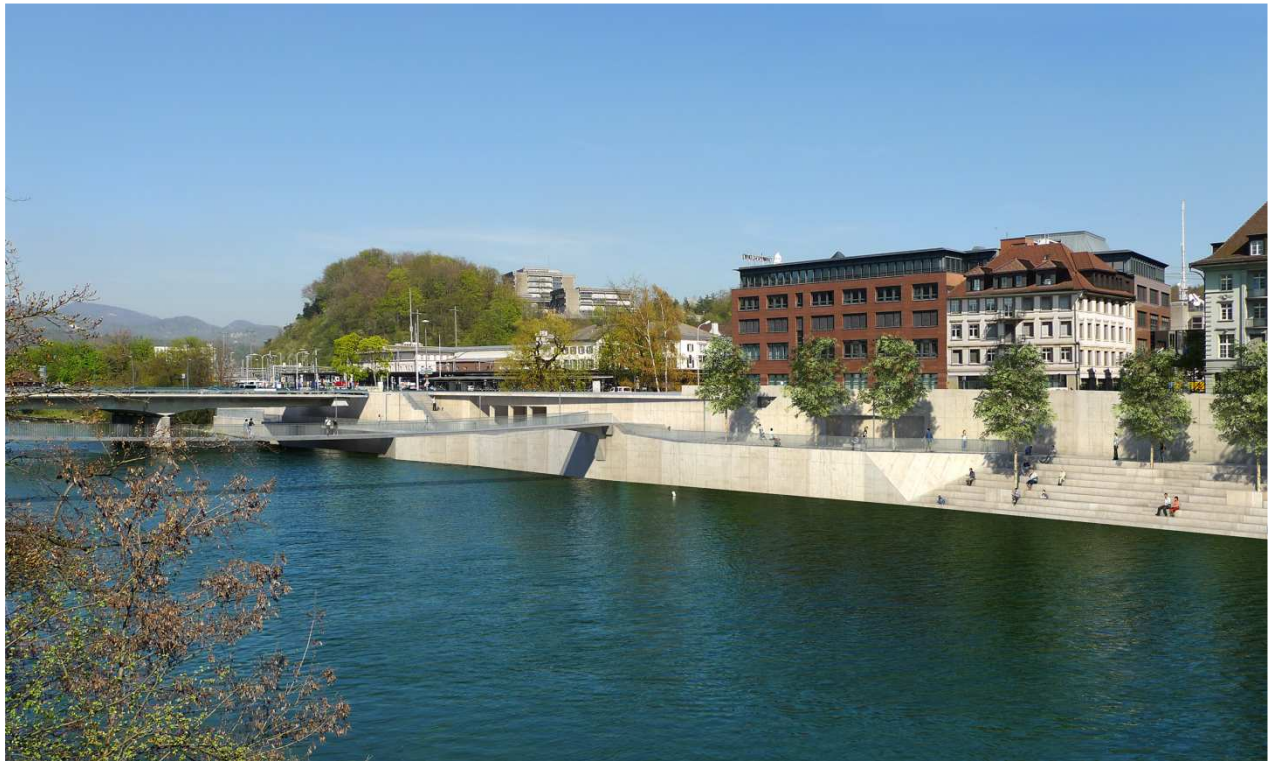
Ohne Aaresteg ist das Projekt ANDAARE nach Ansicht des Stadtrates «weder Fisch noch Vogel»: entweder wird die Leistungsfähigkeit des Fussverkehrsnetzes für fast alle Verkehrszwecke reduziert, oder der Spielraum für die Gestaltung der aufzuwertenden Flächen wesentlich beschnitten. Der Aaresteg ist also für den Fussverkehr quasi das (landschaftlich reizvolle) Pendant zur Umfahrungsstrasse für den Autoverkehr: Wenn der störende «Durchgangsverkehr» verschwindet, blühen die verkehrsberuhigten Bereiche auf und die Aufenthaltsqualität steigt.

Die Entflechtung der Verkehrsströme ist auch auf dem Bahnhofquai und der Bahnhofbrücke ein Thema: das Ziel der möglichst weitgehenden Entlastung von querendem Fussverkehr kann nur mit dem Aaresteg eingelöst werden.

ANDAARE funktioniert als Gesamtprojekt: Nur die Kombination aller Kernelemente löst dessen Ziel ein: die Schaffung eines verbindenden attraktiven Stadtraums, der eine hohe Qualität bietet für Aufenthalt UND Unterwegssein.

Das Preis-Leistungs-Verhältnis des Mehrbetrags von CHF 2.5 Mio. für den Aaresteg ist somit aus Sicht des Stadtrates sehr gut. Insbesondere wenn noch berücksichtigt wird, dass der Aaresteg das grösste Ausstrahlungspotenzial im gesamten Aufwertungsprojekt hat – als «Ikone» wird er das Image der Stadt Olten positiv beeinflussen!

Nichtsdestotrotz ist der Stadtrat der Ansicht, dass der definitive Entscheid in dieser bisher kontrovers diskutierten Angelegenheit durch den Souverän gefällt werden soll. Als Grundlage für die Volksabstimmung zum Baukredit ist deshalb eine Vorlage mit den beiden Varianten «mit Steg» und «ohne Steg» auf Vorprojektsstufe auszuarbeiten. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit den zwei nun ausgearbeiteten Varianten auf Vorprojektsstufe eine fundierte Grundlage für die Behandlung im Parlament vorliegt.



Der Aaresteg: als wichtige Netzverdichtung für den Fussverkehr ermöglicht er die Entlastung des Ländiwegs und schafft dort die Voraussetzung für eine hohe Aufenthaltsqualität

8. Spezialkommission «Attraktivierung Aareraum»

Die aus Vertetungen aller politischen Parteien, der betroffenen Kommissionen und Interessengruppen zusammengesetzte Spezialkommission hat in 12 Sitzungen die Ausarbeitung des Vorprojektes intensiv und mit grossem Engagement begleitet. In der abschliessenden Diskussion vertritt eine Mehrheit die Auffassung, dass der damalige «Probesteg» bei der Sanierung der Bahnhofbrücke sehr gut frequentiert und beliebt gewesen sei und die Beibehaltung des Steges von der Bevölkerung ausdrücklich gewünscht worden sei. Der Steg trage zur Attraktivität und zur Aufwertung des Aareaumes bei und bedeute einen Mehrwert für die Stadt. Auch die verkehrstechnische Bedeutung des Aaresteges sei nicht zu unterschätzen. Die Kommissionsminderheit ist hingegender Ansicht, der Steg trage nichts zur Attraktivität bei, im Gegenteil verunmögliche der Steg die Verbesserung der Aufenthaltsqualität an der Aare. Auch sei der provisorische Steg damals kein Erfolgsmodell gewesen.

In der abschliessenden Abstimmung empfiehlt die Spezialkommission dem Stadtrat grossmehrheitlich, die Variante mit Steg weiterzuverfolgen.

9. Stellungnahme der Querschnittsdienstleistenden

Die Stabsstellen wurden in die Erarbeitung der Vorlage einbezogen.

Beschlussesanträge:

1. Die Variante mit Steg und die Variante ohne Steg des Projektes ANDAARE werden dem Souverän auf Vorprojektsstufe zur Abstimmung unterbreitet.
2. Der Baukredit für die Variante mit Steg im Betrag von Fr. 31'770'000.00 (Fr. 26'473'000.00 plus 20%) bzw. für die Variante ohne Steg im Betrag von Fr. 28'752'000.00 (Fr. 23'960'000.00 plus 20%) wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 790.501.052 bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte / Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
4. Dem Volk wird die Variante mit Steg zur Annahme empfohlen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Ich erlaube mir hier zwei Vorbemerkungen. Erstens kann es meines Erachtens nicht darum gehen, dass wir in der sicher intensiven Diskussion einzelne Brückengeländer oder Schrauben und Muttern diskutieren, sondern es muss immer auch gesamtheitlich der Blick auf das Ganze gerichtet sein. Zweitens: Im Buch der Bücher Artikel 35 ff. steht, dass die Präsidentin oder der Präsident, wenn es mehrere Anträge oder schwierige Abstimmungen gibt, das Vorgehen, wie er es plant, dem Parlament darlegt. Das möchte ich hier kurz tun. Der Beschlussesantrag des Stadtrates ist gesetzt respektive bereits im Abstimmungsfinal. Die Anträge, die jetzt herein gekommen sind, sei es GPK, CVP oder der Rückweisungsantrag der SVP haben alle eine Nummer. Allenfalls gibt es noch weitere Anträge, die gestellt werden, oder Zusatzanträge mit vielen Zwitterformen. Am Schluss werden wir eine Anzahl Anträge haben. Sie werden dann im K.O.-System gegeneinander treten. Am Schluss wird es einen Antrag des Parlamentes geben, der dem stadträtlichen Antrag gegenüber gestellt wird. Es gibt nun noch sieben Unterformen mit Rückzug, Ergänzungen usw. Hier ist die Bandbreite natürlich offen. Ich hoffe, dass ich dies klären konnte.

Dr. Rudolf Moor: Die GPK-Mitglieder wurden schon im Voraus mit einem dicken Buch bedacht, so dass man sich zu Hause, im Zug oder vielleicht einzelne auch in der Badi vorbereiten konnte. Die Vorlage ist in der GPK durch Martin Wey vorgestellt worden, wobei dies natürlich nicht mehr viel zusätzlich gebracht hat, als was man aus dem dicken Buch bereits wusste. Ein Bedenken, über das in der GPK lange gesprochen wurde, ist die Angst, dass das Fuder, so wie es im stadträtlichen Antrag steht, so überladen ist, dass man damit vor dem Volk keine Chance hat. Ein anderes Thema, das ziemlich zu reden gegeben hat, war, dass man eigentlich Zweifel hatte, ob die Mehrkosten für den Steg, die mit knapp 3 Millionen Franken ausgewiesen sind, wirklich korrekt sind. Man hat dann dort auch nachgefragt, hätte es zum Teil im dicken Buch nachlesen können und hat es nachher teilweise auch noch deutlich erfahren, dass Anpassungen am Projekt gemacht wurden, zum Beispiel die Rampe bei der alten Brücke, eine Verbreiterung, aber auch eine Vorbereitung für Wiederlage für den Steg, falls dieser später doch noch kommen sollte. Das Vorgehen ist in der GPK eher etwas kritisch beurteilt worden, und es ist auch geäußert worden, dass dies eigentlich nicht völlig dem Auftrag des Parlamentes entspricht, weil das Parlament einfach

beauftragt hat, auf den Steg zu verzichten. Überhaupt hatte es die Rampe bei der alten Brücke etwas in sich, weil sie vor allem auch wegen der Steigung nicht überall auf Begeisterung gestossen ist. Trotz dieser verschiedenen Kritikpunkte ist eine Rückweisung der Vorlage in der GPK nie ernsthaft ein Thema gewesen. Man hatte aber weitgehend einen Konsens, dass die Vorlage reduziert werden soll und zwar vor allem mit dem Ziel, die Chance bei einer Volksabstimmung zu verbessern um das, was wir als wesentlich betrachten, am Schluss wirklich zu erhalten, wobei das, was wir als wesentlich betrachten, nicht bei allen Mitgliedern der GPK, wie es auch im Parlament sein wird, genau das Gleiche ist. In der GPK ist schon bald ein Vorschlag eingebracht worden, dass eine Variante zur Abstimmung gebracht wird, ausschliesslich eine Variante ohne Steg. Das ist aber in der GPK auf begrenzte Begeisterung gestossen. Eintreten ist einstimmig beschlossen worden. Nachher wurde intensiv über einen veränderten Beschlussesantrag diskutiert. Am Schluss hat man sich auf eine Variante geeinigt, die vorsieht, dass die Vollvariante und eine Variante mit den Bausteinen nur auf der rechten Aareseite und ohne die Vorbereitungen für die Anbindung der Hardegg-Unterführung je mit und je ohne Steg zur Abstimmung gebracht würden. Das ist der GPK-Antrag, der immer noch besteht. Es ist klar. Dieses Abstimmungsverfahren wäre nicht ganz einfach so. Aber man hat dies als zumutbar und letztlich doch verständlich beurteilt. Nach fast fünfstündiger Sitzung war die GPK am Schluss etwas müde und hat deshalb auf die Priorisierung einer Variante verzichtet und hatte das Gefühl, dies könne auch im Gemeindeparlament noch gemacht werden, weil es hier ohnehin noch einmal diskutiert wird. Im Anschluss an die GPK-Sitzung ist durch den Stadtschreiber unter Einbezug der Staatskanzlei noch geklärt werden, wie der Stimmzettel zum GPK-Beschluss aussehen müsste. Hier wurde eine Variante gefunden, die offensichtlich aus juristischer Sicht tauglich wäre, wie man die Abstimmung über die GPK-Variante machen könnte. Der GPK-Antrag ist in der GPK nachher mit grosser Mehrheit durchgekommen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Erlauben Sie mir drei Vorbemerkungen zu den Vorrednern. Zuerst zum Präsidenten, der sagt, es gehe das K.O.-System. Ich hoffe nicht, dass wir hier einen Boxkampf austragen, sondern eine sehr detaillierte, engagierte Diskussion und wir am Schluss eigentlich nur einen Sieger haben. Das ist ein Projekt, das der Bevölkerung Spass macht und auch Freude bereitet. Zweitens hat der GPK Sprecher von dicken Büchern gesprochen. Sie werden immer dicker, je länger man darüber debattiert. Drittens: Fünf Stunden, aber nur eine Stunde ANDAARE. Personalgeschäfte geben auch zu reden, und ich glaube nicht, dass es heute so lange dauern muss, wenn wir uns auch auf den Auftrag, den wir haben, vom Stadtrat wie auch vom Parlament einigen können, welche Aufgabe wir heute Abend eigentlich zu erledigen haben. Wenn man die Vorlage oder auch die Vorgeschichte anschaut, die überall bekannt sein sollte, jedenfalls in diesem Saal, geht es eigentlich um drei Fragen. Was will das Volk eigentlich an dieser Aare und welchen Erlebnisraum? Zu welchem Zeitpunkt? Wie schnell soll dies gehen? Der dritte Punkt ist sicher derjenige, zu dem Sie als Volksvertreter heute sich auch etwas zu sagen haben: Mit welchem Mitteln? Ich denke, die ersten zwei Fragen, was das Volk will, müssen wir hier im Grundsatz nicht gross diskutieren. Jedenfalls ist es mir bei den Rückmeldungen aus den Fraktionen so herüber gekommen, dass es eigentlich unbestritten ist, dass wir in unserer Stadt das ganz schöne Umfeld eines fliessenden Gewässers nutzen und auch attraktiv machen wollen und unsere Bevölkerung erwartet, dass in diesem Bereich eine Attraktivierung erfolgt. Das zeigt die Vorgeschichte, das Mitwirkungsverfahren 2020, das zeigen sogenannte Vernehmlassungen, die rund um das Projekt gemacht wurden. Zur Frage des Zeitpunkts denke ich saisonal, wenn es jetzt wieder Sommer wird und man der Aare entlang geht und auch das Aarebistro besucht, weiss man, welchen Wert ein solches fliessendes Gewässer hat, gerade auch in der jetzigen Sommerzeit, die naht und auch in diesem Stile zum Verweilen am Wasser einlädt. Also geht es vielleicht heute Abend nur um das Geld. Aber es geht um relativ viel Geld. Das soll uns heute Abend auch beschäftigen, damit wir dort zu einem Ziel kommen. Das Projekt und die Idee noch näher vorzustellen, wäre wie Wasser in die Aare getragen. Es würde mehr um ein kleines Update im Parlament, was seit der letzten Debatte, die wir hier um dieses Projekt geführt haben, passiert ist, gehen. Es ist relativ schnell zusammen gefasst, dass wir vom Stadtrat den Auftrag hatten, eine zweite Variante auf Vorprojektsstufe

zu erarbeiten und dem Parlament zu unterbreiten. Die zweite bestehende Variante ohne Steg, ohne damit verbundenen Sparauftrag. Vielleicht hat sich der Eine oder Andere insgeheim mit diesem Gedanken ebenfalls auseinander gesetzt. Es ist auch darum gegangen, dass in der Zwischenzeit die Mitwirkung, die erfolgt ist, insbesondere näher an das Wasser heran treten zu können, näher am Wasser verweilen können, den Aufenthaltsraum an Qualität gewinnen zu lassen, auch ein Hauptbestandteil gewesen ist. Zwei Vorprojekte in das Parlament heran führen, nicht auf Bauprojektstufe. Ich glaube, es ist auch noch wichtig, dies im Vorfeld hier darzulegen. Es ist ein Vorprojekt, beides sind Vorprojekte und damit entspricht der Detaillierungsgrad nicht demjenigen eines Bauprojektes und somit ist auch die plus/minus 20 % Unsicherheitsmarge nicht eingerechnet, wie man es seriöserweise auch machen muss und soll. Selbstverständlich hat auch die Spezialkommission ihre Arbeit wieder aufgenommen. Es hatte bei Ihnen sehr viele Vertreter und Vertreterinnen, die in der Spezialkommission Einsitz genommen haben. Es war eine starke Zusammensetzung, wenn man schaute, welche Persönlichkeiten dabei waren, auch aus welchen verschiedenen anderen Kommissionen, sei es die Baukommission, die Kommission für Stadtentwicklung. Auch aus den entsprechenden Fraktionen hatte es Vertretungen. Die Spezialkommission, bei denen ich das Vergnügen hatte, praktisch bei jeder Sitzung dabei zu sein, hat intensiv gearbeitet und die offenen Fragen diskutiert und insbesondere auch Abklärungen getroffen, was, und das ist vielleicht seit der letzten Debatte auch noch neu, die Fussgängerströme, Aufenthaltsräume anbelangt, vom Langsamverkehr rund um das Wasser, rund um den Bahnhof. Dort haben wir im Bericht und Antrag entsprechende Ausführungen gemacht. Die Spezialkommission hat es gewertet und schliesslich auch der Stadtrat. Es war nicht ganz unwesentlich, dass man die Befragung gemacht und die Resultate auch gewertet hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Mitgliedern der Spezialkommission, die sich hier wirklich sehr engagiert mit dem Thema auseinander gesetzt haben und die Vorlage am Schluss auch noch bis zum heutigen Zeitpunkt verdeutlicht haben, ganz herzlich danken. Aus dem Bericht und Antrag haben Sie gesehen, dass der Stadtrat dem Parlament schliesslich zwei Varianten vorschlägt, auch mit dem Gedanken, dass man das Volk jetzt grundsätzlich einmal über zwei Varianten abstimmen lassen soll. Ich sage noch nicht über welche, aber dass man immerhin sagt, es könne nicht sein, dass man bei einer solch breiten Auseinandersetzung in unserer Bevölkerung quasi eine Variante ausblendet und nur die andere unterbreitet. Zu stark waren die Diskussion und das Engagement in unserer Bevölkerung spürbar und sollen letztlich auch zu einer entsprechenden Variantenabstimmung führen. Wir vom Stadtrat hatten Verständnis und möchten dem GPK-Sprecher für seine Ausführungen danken, dass sich die GPK insbesondere auch zu den Kosten geäussert hat. Dass sich die GPK schliesslich zu vier Varianten durchgerungen hat, mag vielleicht auch etwas reflektieren, dass die Kommission auch gerungen hat, nämlich mit der Frage, wie viel es uns kosten soll. Trotzdem ist es uns sehr viel wert, dass wir im Aareraum eine Aufwertung machen. Ich möchte die Anregungen und auch die Kritik entgegen nehmen, die der GPK-Sprecher geäussert hat, auf zwei, drei Fragen noch eingehen, aber insbesondere in diesem Zeitpunkt sagen und auch empfehlen, dass man selbstverständlich den stadträtlichen Antrag unterstützt, wenn man diesen nach der politischen Diskussion nicht unterstützen könnte, vielleicht doch auf zwei Varianten beschränkt. Letztlich wollen wir ja das Stimmvolk nicht überfordern oder auch unsicher machen, wenn wir mit vier Varianten kommen. Ich denke, ein Punkt hat in der GPK nicht speziell, aber in den Fraktionen zu reden gegeben. Das sind die Beiträge Dritter. Das können Subventionen, Beiträge sein, die mit anderen Partnern im Zusammenhang mit diesem Projekt ausgehandelt werden. Wir haben uns unter dem Kapitel 5 relativ transparent ausgelassen, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt die genauen Zahlen noch nicht kennen, wir aber die sogenannten Drittbeiträge, die wir erwarten, quantifizieren konnten, zumindest in Worten. Einerseits sind dies Agglomerationsbeiträge, die vom Bund, vom Kanton gesprochen werden, insbesondere, weil das Projekt ANDAARE im Zusammenhang mit Verkehrsströmen, mit Attraktivierung von Verkehrswegen für den Langsamverkehr interessant ist. Ebenfalls geht es neben den sogenannten Agglomerationsbeiträgen auch darum, dass wir angrenzende Partner haben, die betroffen sind, wenn wir in diesem Perimeter zu bauen anfangen. Das ist ein Zweckverband, der in diesem Gebiet einen

Hauptsammelkanal hat oder auch der Kanton, der daran interessiert ist, entlang des Ländliweges eine Stabilisierung des Dammes vorzunehmen. Wir haben also grundsätzlich zwei Anspruchsgruppen und auch zwei Players. Die einen sind die Agglomerationsprojekte, wo wir rechtzeitig Projekte vorlegen müssen und dem Bund beantragen, damit wir zu diesen Geldern kommen. Andererseits führen wir Verhandlungen mit angrenzenden Grundeigentümern und Interessierten. Wir haben es mit Worten quantifiziert und haben auch das Bedürfnis aus den Fraktionen wahr genommen, dass es vielleicht schwierig ist, selber zusammen zu stellen, wie viel Geld es gibt. Wir hätten es Euch allenfalls auch früher unterbreiten können und sollen. Wir haben es in den zwei Aufstellungen, die wir vor der Sitzung verteilt haben, nachgereicht. Sie mögen dies nachlesen. Es ist eine Zusammenstellung, welche die Variantenberechnungen des Stadtrates aufzeigt, wo die Agglomerationsbeiträge aufgelistet sind und auch die weiteren Beiträge, die wir erwarten können, aber noch auszuhandeln haben und die noch nicht gesprochen sind. Wenn wir im Parlament schon fix gesagt hätten, wir würden diese Beträge erhalten und dies schon zur Verrechnung gebracht hätten, wäre dies nicht gang und gäbe gewesen, wie man es im Parlament will, sondern hier will man, wenn überhaupt, schon sichere Zusagen haben, wenn man es fix mit Beträgen einrechnen lassen möchte. Wir haben ein zweites Blatt „Variante light“ kreiert. Sie lehnt sich an den GPK-Antrag an, und auch dort sieht man die entsprechenden Agglomerationsbeiträge, die wir erwarten und auch die Erträge, wo wir versuchen, im Verlauf der Bauarbeiten zu verhandeln. Entscheidend, ob man dem Projekt ANDAARE zustimmt oder nicht, ist meiner Meinung nach, dass diese Blätter jetzt nicht schärfen. Es bleibt in diesem Zusammenhang zu sagen, dass wir diese Beiträge tatsächlich erwarten dürfen und sie fliessen werden. Ob sie jetzt beim Agglomerationsprogramm mit 30 % Bund und Kanton fliessen oder mit 40 % oder so Gott will mit 50 % ist noch nicht klar. Aber es bestehen klare Anzeichen, dass wir dort, wenn wir es rechtzeitig anmelden, beim Bund die entsprechenden Gelder auch erhalten. Das zur Zusammenstellung von Agglomerationsbeiträgen und den entsprechenden Beiträgen, die wir von Dritten erwarten, konkret beim Bahnhofquai rund 1 Million Franken, beim Zweckverband Fr. 300'000.—, Fr. 300'000.—, die im Übrigen von der Delegiertenversammlung noch nicht gesprochen sind, aber seitens des Vorstandes entsprechende Signale ausgesendet wurden. Die Subventionen kommen. Man sieht auch, dass das Projekt, das doch immerhin mit der Maximalvariante von über 30 Millionen Franken angerechnet ist, eine hohe Zahl ist und man diese Zahl selbstverständlich mit den zu erwartenden Rückzahlungen und Subventionen im Verhältnis sehen muss. Aber ich denke, es wäre nicht redlich, wenn man dem Volk quasi vorspiegeln würde, man habe das Geld schon auf der sicheren Seite. Deshalb möge diese Zusammenstellung auch dazu beitragen, dass man eine Vorstellung haben kann, welche Beiträge fliessen können. Zu den sogenannten Nachbarprojekten möchte ich mich auch noch äussern, zu ANDAARE und seinem weiteren Umfeld. Das ist unter anderem der Bereich Bahnhofplatz, wo es ganz eminent wichtig ist, dass uns dies dort gelingen mag. Es ist auch ein Agglomerationsprojekt, wo im Zusammenhang mit ANDAARE die entsprechenden Baustein, des Stegs, aber auch des Bereichs Unterführung dort unter anderem seinen Beitrag leisten wird. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass die Arbeit, die unter der Federführung des Kantons aufgenommen ist, auf städtischer Seite in diesem Jahr noch entscheidend voran getrieben werden wird und wir auch noch in der zweiten Jahreshälfte, im kommenden Herbst, entsprechende weitere Varianten und Projektvorlagen in die Vernehmlassung geben können. Der andere Bereich, der an ANDAARE angrenzt, ist der Winkel, hinreichlich bekannt und auch diskutiert. Dort kann ich Ihnen auch sagen, dass die entsprechenden Arbeiten voll im Gang sind und wir dort ebenfalls schon in diesem Herbst erste Varianten erhärtet in die Vernehmlassung in die Kommissionen geben können, so dass man eigentlich von dorthier das ANDAARE-Projekt durchaus in dieser Spange zwischen Bahnhofplatz und Winkel eingebettet sieht. So wie es sich auch vom Stadtrat vom im Moment darlegt, und der Stadtrat wird dabei bleiben, werden wir Ihnen zwei Varianten vorschlagen, mit und ohne Steg, mit dem Gehalt, den wir Ihnen hier unterbreiten. Es ist uns bewusst, dass es viel Geld ist, aber es ist uns auch bewusst, dass es gut investiertes Geld ist und wir letztlich die Aare nicht als etwas Trennendes in diesem Sinne angehen wollen, sondern als etwas Verbindendes, das auf beide Seiten eine Ausstrahlung haben soll.

Deshalb ist der Stadtrat überzeugt, dass wir mit diesen zwei Vollvarianten, wenn ich dies sagen darf, mit oder ohne Steg, die wir dem Volk unterbreiten wollen, die beste Wirkung für die Zukunft dieses Aufenthaltsraums haben werden. Den Entscheid zur Prämisse, zur Präferenz mit dem Steg hat schliesslich den Ausschlag gegeben, dass wir die Aufenthaltsqualität beim Ländiweg als sehr hoch erachten, wenn wir den Steg realisieren können und wir das Verbindende und das Gegenübereinander damit auch verstärken und die Sicht auf beide Ufer entsprechend auch bitten. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht länger werden, möchte allenfalls gestellte oder noch zu stellende Rückweisungsanträge beantragen und beliebt machen, auf diese nicht einzutreten bzw. dies nicht entsprechend gewährt wird und das Parlament im Sinne einer guten zukunftsorientierten und lustvollen Zukunft in diesem Raum der Vorlage zustimmen und insbesondere auch Eintreten beschliessen wird.

Gert Winter: Wie bereits bekannt, schlägt die SVP die Rückweisung an den Stadtrat vor, verbunden mit dem Auftrag, dem Gemeindeparlament ein überarbeitetes Projekt mit Gesamtkosten von maximal 15 Millionen Franken zu unterbreiten. Das favorisierte Projekt des Stadtrates, die Variante mit Steg, scheint uns, offensichtlich beflügelt durch die rosige Situation der städtischen Finanzen, ausgesprochen luxuriös ausgestattet. Dies gilt interessanterweise in noch stärkerem Mass für die sogenannte Alternativ-Variante des Stadtrates, die nominal nicht deutlich weniger kostet, weil sie noch mit kostentreibenden baulichen Massnahmen angereichert worden ist. Dies, obwohl in der stadträtlichen Beurteilung der Variante ohne Steg festgehalten wird, die Attraktivität für den Fussverkehr sei in Bezug auf die Verbindungen und Erreichbarkeit gegenüber dem heutigen Zustand bestenfalls unverändert. Meiner Meinung nach müsste sich dies eigentlich in einer geringeren Fussgängerfrequenz auf dem Ländiweg niederschlagen, weil die tatsächlich verlockende Möglichkeit, den Ländiweg baldmöglichst zu verlassen und den Aarekanal bereits in der Mitte zu queren, in dieser Variante fehlt. Auch eine allfällige Beschränkung des Bauprojektes auf der Bahnhofseite der Aare, wie es der abgeänderte Antrag der Geschäftsprüfungskommission ermöglicht oder auch die Kernobjekte nach der Vorstellung der CVP würde an der Realisierung eines luxuriösen Bauwerkes grundsätzlich nichts ändern. Demgegenüber möchte die SVP ein alternatives kostengünstiges Projekt realisiert sehen. Dabei ist der Veränderungsbedarf auf der Bahnhofseite der Aare unbestritten. Auf Anklang gestossen ist bei der Fraktion insbesondere der Zugang zum Wasser auf den beiden Seiten der Holzbrücke sowie die Neugestaltung des Aarebistros. Auf den Steg kann demgegenüber ohne Weiteres verzichtet werden. Dasselbe gilt für sämtliche Projekte auf der Westseite der Aare, weil aus der Verschönerung und Umgestaltung in diesem Raum letzten Endes kein entsprechender Mehrwert für die Innenstadt und die dortigen Gewerbetreibenden resultiert. Andere Fraktion wie die Verkehrspolitik im Umfeld der Altstadt haben einen wesentlich grösseren Einfluss auf den dortigen Gang der Geschäfte als irgendwelche noch so kostspielige Attraktivierungsmassnahmen. Was die Gewichtung des Nutzens der stadträtlichen Vorlage für die Bevölkerung insgesamt betrifft, gehen wir davon aus, dass die Stimmbürger, die meiner Wahrnehmung nach mehrheitlich nicht auf Rosen gebettet sind, die Vorlage noch etwas leichter beurteilen werden als das Gemeindeparlament und der Stadtrat. In diesem Sinne gewährleistet die Annahme des Rückweisungsantrags unserer Meinung nach am ehesten eine baldige Realisierung, wenigstens eines Teilprojektes. Die generelle Beschränkung auf das Wesentliche dürfte es auch möglich machen, die eingesparten Mittel in einer längerfristig verträglichen Weise zur Entlastung der Steuerzahler, das heisst für ein anderes, ebenfalls nicht ganz unwichtiges Attraktivierungsprogramm, zu verwenden. Wir sind zuversichtlich, dass dabei andere Standortvorteile für Olten, wie beispielsweise die unkomplizierte Erteilung von Baubewilligungen oder die Qualität des Schulunterrichts nicht beeinträchtigt werden.

Thomas Pfluger, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Vorweg: Wir stehen wieder einmal an einem Punkt, ich zum ersten Mal hier, aber ich glaube, andere mehrfach, dass ein Projekt zur Genehmigung ansteht und so auszuwerten droht, dass schliesslich nicht mehr sehr viel von den Ideen und eigentlich vom Treiber, den man einmal dahinter hatte, von der Energie, übrig

bleibt. Für unsere Fraktion ist es das tiefst erklärte Ziel, in dieser Stadt endlich etwas attraktivieren zu können. Das ist nicht ein abgedroschenes Wort. Wenn wir insbesondere für die Zuzüger attraktiver werden wollen, erfolgt dies sicher einmal über die Höhe des Steuerfusses. Das ist unbestritten. Genau so wichtig ist aber das Image und die optische Wahrnehmung einer Stadt. Diese Stadtwahrnehmung findet jetzt halt einfach weniger beispielsweise am Ruttiger- oder Gheidweg statt, sondern dort, wo der Besucher zum ersten Mal einen Schritt in unsere Stadt setzt, beim Ausgang der Martin-Disteli-Unterführung in den Raum zwischen der neuen und alten Aare. Ich glaube, hier ist es wirklich angebracht, etwas Mut für eine Aufwertungsinvestition zu haben. Das ist gerechtfertigt. Es ist gerechtfertigt, Mut zu haben, um eine kommende Entwicklung zu initiieren, zum Beispiel am Klosterplatz oder auch in der Römerstrasse, ohne dass bereits vor dieser Veränderung mit einer Verkehrszählung der spätere Nutzen schon bewiesen werden muss. Mut dazu, dass in dieser Stadt einmal etwas entstehen kann, wo man noch gar nicht genau abschätzen kann, in welche Richtung es geht. Zum Steg: Auch in unserer Fraktion stehen nicht alle zum Steg. Wir wollen aber das Volk darüber entscheiden lassen. Dies wollen wir mit zwei vergleichbaren Varianten tun. Ich habe beispielsweise den Sinn des Aarestegs ursprünglich auch hinterfragt. Wir haben auch einmal von über 5 Millionen Franken gesprochen. Mittlerweile bin ich aber überzeugt, dass wir uns für 2,5 Millionen oder wie viel es dann ist, die kleine Perle als zusätzliches Wahrzeichen in unserem Stadttinnersten, dem Aareraum, leisten können und sollten. Gerade auch deshalb, weil wir damit nicht ins Blaue hinaus reagieren, sondern wir berücksichtigen bereits die zunehmende Zahl an Passanten, da auch künftige Quartiere wie Bornfeld oder Olten SüdWest entstehen, und nehmen sie vorweg. Zudem gelingt es uns damit, was auch ein Aspekt ist, den heute kaum wahrnehmbaren Hauptzugang des Bahnhofs, aus dem eigentlichen Motor, dass es uns und Olten so gibt, aufzuwerten und mit einer städtebaulichen Geste dem auch ein Zeichen zu setzen. Was will die CVP/EVP/GLP-Fraktion konkret? Wir wollen in der Innenstadt von Olten eine sichtbare Verbesserung. Das gelingt uns mit dem Steg sicher besser als wenn wir nur am Ufer korrigierend umgestalten. Wenn der Steg tatsächlich nicht ein so ein riesiger Kostenfaktor ist, müssen wir uns sicher gut überlegen, ob wir uns diese Investition nicht leisten wollen. Wir wollen einen Projektperimeter über beide Uferseiten, um das eigentliche Projektziel, eine ganzheitliche Aufwertung des Aareraums, auch zu erreichen. Drittens wollen wir das Volk über den Steg abstimmen lassen. Es ist absolut zwingend, dass dem Volk zwei identische Projekte vorgelegt werden, die sich einzig durch das Bauen und Weglassen des Stegs unterscheiden. Viertens wollen wir die Anzahl der Varianten in der Volksabstimmung auf maximal zwei beschränken. Ich glaube, hier sind wir uns auch einig. Es ist nur schwer möglich, auf wenigen Seiten einer Abstimmungsbotschaft die Unterschiede von vier Abstimmungsvarianten verständlich darzulegen und darüber hinaus noch von allfälligen Stichentscheiden eine Definition zu finden, die alle verstehen. Fünftens wollen wir mehrheitsfähige Projektkosten, das heisst, Kosten, die deutlich unter 30 Millionen Franken liegen, vorlegen, damit wir beim Volk eine Chance haben. Wir wollen die Parkplätze und den Klosterplatz nicht antasten, um ein wesentliches Argument der Vollvariante zu entkräften, und wir wollen nach dem Prinzip der Aufwärtskompatibilität – das ist ganz wichtig – nur die Projektteile weglassen, die später losgelöst vom heutigen Projekt ohne grosse Mehrkosten einzeln realisiert werden können. Dann wollen wir auch die Fachkompetenz der Planer und aller Projektbeteiligter respektieren und ihre Gewichtung in wichtigere und unwichtigere Bausteine sprich in Kernobjekte oder Optionen vornehmen und uns auf diese auch verlassen. Unsere Fraktion steht mehrheitlich für die stadträtliche Vorgehensweise mit der abschliessenden Empfehlung für die Vollvariante ANDAARE. Um jedoch diesem Projekt eine Chance zu geben, haben wir den bekannten Antrag formuliert, wo wir uns mindestens auf die essentiellen Teile des Projekts, die sogenannten Kernobjekte, beschränken wollen, um dann das Ganze, zwei Varianten, einmal mit und einmal ohne Steg vor das Volk bringen zu können. Das Weglassen in diesem Antrag sind die Optionsbausteine. Das ist die Erweiterung Martin-Disteli-Unterführung, Baustein 7, alte Brücke – Schauseite Altstadt, Baustein 8, Salzhüslweg, Baustein 10 Anbindung an die Hardegg-Unterführung und zusätzlich Baustein 9 Klosterplatz. Dann belaufen sich die Kosten, exklusiv 20 %-Reservezuschlag, auf 20,5 bzw. sogar 18 Millionen Franken. Dann hätten auch noch

diejenigen, die wirklich nur noch das Portemonnaie zuvorderst haben, Argumente. Mehrere Jahre haben die Stadt, die Spezialkommission und die Planer versucht, die tendenziell wachsenden Wünschen der Politik und der Allgemeinheit in die Planung von ANDAARE einzubeziehen und hatten trotzdem das Hauptanliegen, an einem gutem Projekt festhalten zu können. Ich glaube, das muss einfach so sein und darf nicht „für die Katze“ gewesen sein. Unterstützt deshalb das Projekt ANDAARE als Ganzes. Wenn es im K.O.-System auf einen Antrag hinaus läuft, dass wir zumindest die wesentlichen Punkte durchbringen und in diesem Sinne den Antrag der CVP7EVP-GLP-Fraktion dem städträtlichen gegenüber stellen lassen.

Urs Knapp: Die FdP ist für eine Aufwertung des Aareraums. Sie lehnt aber auch den Antrag des Stadtrates mit der Maximalvariante von 31,77 Millionen Franken ab und zwar aus sachlichen Gründen. Im Interesse der Sache, für die Aufwertung des Aareraums ist die FdP bereit, dem GPK-Antrag oder einer Variantenabstimmung zuzustimmen, selbst wenn die Variante die Maximalforderungen enthalten würde. Aber mit der Maximalforderung allein ist es kein Thema. Die FdP hat in der Fraktionssitzung ausgetestet, ob wir mit dem vorgeschlagenen Abstimmungszettel abstimmen können. Erstens haben wir es einmal begriffen, aber es ist nicht ganz so einfach und zweitens haben wir ein sehr klares Resultat erhalten. Bei der Abstimmung in der Fraktion ist für die Variante mit dem Fokus Baustein zwischen dem Bahnhofplatz und dem Wildsauplatz ohne Aaresteg votiert worden. Die Meinung der FdP an der Fraktionssitzung vom vergangenen Donnerstag deckt sich weitgehendst mit der Meinung, welche die FdP in der Vernehmlassung ca. 2008 schon abgegeben hat. Sie deckt sich 1 : 1 mit den Voten, welche die FdP an der letzten Parlamentssitzung dazu gemacht hat. Leider ist unsere Meinung bis jetzt nicht in die Vorlage eingeflossen. Aber sie muss es auch nicht. Es ist ja eine Vernehmlassung, wo verschiedene Sachen gewertet werden können. Absolut unbestritten waren bei uns zwei Elemente: Baustein 3, Ländiweg und Baustein 5, Schiffflände. Gewisse Diskussionen hat es um die Varianten auf der Bahnhofseite und beim Wildsauplatz gegeben und zwar nicht in erster Linie wegen der Variante an sich, sondern ob die Anschlüsse gewährleistet sind. Was passiert, wenn wir den Wildsauplatz jetzt umbauen? Irgendeinmal und zwar sehr rasch muss etwas mit der Winkelunterführung passieren. Verbauen wir uns dort Optionen? Die gleiche Diskussion haben wir eigentlich beim zentralen Platz der Stadt Olten, dem Bahnhofplatz. Wenn wir dort etwas machen, vergeben wir uns dann etwas? Blockieren wir etwas? Machen wir das Falsche? Wir haben aber von den Planern gehört, dass dies nicht der Fall ist und man sehr wohl die beiden Varianten machen kann, die Anschlüsse gewährleistet sind. Von daher sind wir auch für beide Varianten. Wir haben übrigens auch für die Variante 1b, Bahnhof-Martin-Disteli-Strasse, gestimmt und zwar auch, weil dies einen Mehrwert gibt. Das ist die Empfangssituation der Stadt Olten. Dort muss investiert werden. Das ist das Erste, das man sieht. Dort muss auch Geld ausgegeben werden. Das ist wichtig. Wir sind der Meinung, dass eine Vorlage von 31,7 Millionen Franken mit verschiedensten Aspekten, die verschiedenste Gegnerschaft hervor ruft, wahrscheinlich, vielleicht, höchstwahrscheinlich vor dem Volk keine Chance hat. Wenn wir den Fokus auf den Kern von dem, was wir wollen, der Aufwertung des Aareraums, rufen wir Gegner aus ganz unterschiedlichen Sachen hervor. Es passiert dann möglicherweise das Gleiche, das wir letztes Jahr schon bei der Innenstadt gesehen haben, dass am Schluss alles Schiffbruch erleidet. Ich denke, wir müssen eine Variante finden, die uns in Zukunft nichts verbaut, aber wo wir einen ersten wichtigen Schritt machen können. Dann können wir einmal weiter gehen. Auch ein Hinweis auf den Finanzplan ist angebracht. Im Finanzplan bis 2017 haben wir gut 14 Millionen Franken für den Aareraum enthalten. Wenn man die Variante des Stadtrates mit 31,77 Millionen Franken nimmt, und im Bericht und Antrag sieht, dass die Realisierung bis 2019 möglich wäre, gibt es in den Jahren 2018 und 2019 einfach einen sehr hohen Betrag, der investiert werden müsste. Dieses Geld fehlt dann definitiv für andere Sachen. Ich erinnere daran, dass für die Sanierung der Winkelunterführung im gleichen Zeitraum 2017 Fr. 100'000.— im Finanzplan enthalten sind. Die anderen Bausteine sind für die FdP nicht prioritär. Ich möchte sie kurz erwähnen. Baustein 10, Anbindung der Hardegg-Unterführung. Es macht für uns wenig Sinn, eine Unterführung anzubinden, die noch gar nicht vorhanden ist. Anders gesagt: Man kann die Anbindung, die sicher notwendig ist, dann machen, wenn die Unterführung kommt. Das ist Einheit der Materie. Etwas, das ich sonst sehr gerne habe.

Das gehört zusammen. Man macht eine ganzheitliche Sache Hardegg-Unterführung und Anbindung an die Aare. Amthausquai und Klosterplatz sind Innenstadt. Dort merkt man nicht viel von der Aare. Sonst müsste man etwas überspitzt gesagt, auch die Kantonsschule sanieren. Dort sieht man die Aare ebenfalls. Das kann man ja auch noch zum Projektperimeter nehmen. Es könnte bis zum Säli hinauf gehen. Amthausquai und Klosterplatz sind Innenstadt. Man hat dies bei der Innenstadtdiskussion auch gemerkt. Wenn man das Fuder überlädt, ruft man in erster Linie einfach vor allem neue Gegnerschaften hervor. Die Bahnhofbrücke zu verschönern ist auch etwas. Das wäre sicher nett. Es kann aber auch später gemacht werden und ist nicht prioritär. Wichtig ist, dass zuerst die zentralen Elemente gemacht werden. Auch beim Salzhüslweg ist es schön. Aber das könnte man auch zusammen machen, wenn man die ganze Planung der Schützenmatte und der Badi anders anschaut. Bleibt noch der Baustein 2 Steg. Die FdP wird ihn ablehnen und zwar aus folgenden Argumenten: Unserer Meinung nach wertet der Steg den Einkaufsort Altstadt ab. Er wird dazu führen, dass die Verkehrsströme direkt an die Römerstrasse gehen, absolut direkt an der Altstadt vorbei, übrigens auch am Info-Point vorbei, den die Stadt gemacht hat. Das wird dazu führen, dass die Frequenzen in der Altstadt einfach noch mehr fehlen. Das kann ein Entscheid sein. Dann haben wir in der Altstadt einfach die Wohnstadt. Das ist eine Diskussion. Eigentlich ist dies nicht unser Ziel. Zweitens ist der Steg nach unserer Meinung wie ein Balken vor dem Kopf. Man kommt in Olten an. Statt, dass man von der Bahnhofterrasse aus die schöne Altstadt sieht, hat man einen Strich vor dem Kopf. Geschmacksache, aber es ist eigentlich schade, wenn man die Schauseite der Stadt so entwertet. Punkt 3: Der Steg wird dazu führen, dass die Besucher an der künftigen Schoggiseite von Olten vorbei geführt werden: Am Ländiweg. Wir bauen ihn mit grossem Aufwand aus. Das ist wichtig und richtig. Wir motivieren eigentlich alle Leute: Geht ja nicht dort vorbei, genießt dies nicht, sondern geht durch die Römerstrasse. Es wird auch wieder tiefere Frequenzen haben und auch auf die Aufenthaltsqualität auf diesem Weg führen. Wenn ihr jetzt bei diesem schönen Wetter über den Ländiweg geht, seht ihr, dass er belebt ist, aber vielleicht nicht so, wie wir ihn belebt haben möchten, wenn er ausgebaut sein wird. Je weniger Frequenz wir dort haben, je mehr Leute wir am Ländiweg vorbei führen, desto grösser ist das Risiko, dass er nicht ein Teil der Stadt Olten wird, sondern von gewissen Gruppen in Anspruch genommen wird und vielleicht andere Gruppen nicht gehen. Aus all diesen Gründen stimmt für uns das Kosten-/Nutzen-Verhältnis dieses Stegs nicht. Erstaunt hat uns, wenn man Kosten und Nutzen sieht, wie die Variante ohne Steg im Bericht dargestellt wird. Wir haben den Eindruck, dass man mit vielen Mitteln, vielleicht auch mit allen, versucht hat, die Variante ohne Steg so teuer wie möglich zu machen, damit der Unterschied möglichst klein ist. Dazu passt auf Seite 9 im Bericht, dass der Stadtrat sagt, ohne Steg sei es ja nur 9,5 % teurer. Ich habe nachgerechnet. Wenn man sagt: Der Steg kostet so viel, dann kostet es mit Steg 10,5 % mehr. Es ist einfach eine etwas andere Zahl. Dazu passt aber auch, dass man bei Vorarbeiten die Variante ohne Steg hinein macht, obwohl kein Steg gewünscht ist. Man will Fr. 350'000.— in einen möglichen Steg investieren, obwohl man eigentlich keinen Steg will, was schon fast widersinnig ist. Auch dass man ein Rampenbauwerk für Fr. 700'000.— macht, wo man selbst im Bericht sagen muss, dass dies nur Leute mit ganz dicken Muskeln benützen können, wenn sie nicht einen Rollstuhl oder Kinderwagen hinauf führen wollen. Das ist ein Rampenbauwerk, das die ganze Verkehrssituation auf dem Bahnhofplatz verändern wird. Ich weiss nicht genau, wohin die Leute dort kommen sollen, dass sie nachher die Rampe hinunter gehen. Sie müssten ja eigentlich unten durch kommen. Aber ist dann einfach noch einmal teurer. Wenn man nur schon dies anschauen würde, wäre es mit Steg 3,5 Millionen Franken teurer als ohne Steg. Dieses Geld kann nutzbringender eingesetzt werden. Priorität haben der Bahnhofplatz, die Winkelunterführung, die Stadtquerungen. Das Tüpfchen auf dem I sind die beiden Verbindungen an der Aare, und das ist wichtig. Wir haben eine klare Meinung, was die besten Bausteine für die Aufwertung des Aareraums sind. Wir haben auch eine klare Meinung betreffend Vorgehen, wo gesagt wird: Man findet einen Konsens – ich denke auch hier im Parlament – den alle mittragen können, den man dann auch beim Volk durchbringen kann. Wir verbauen uns nichts in die Zukunft, wenn man einmal Amthausquai, Klosterplatz oder Hardegg-Unterführung angehen will. Wenn dies der Sache dient, können wir auch mit einer Variantenabstimmung für und

gegen den Steg leben. Wir wollen das Projekt nicht gefährden. Ob es nun der Antrag der GPK ist oder man einen anderen Antrag findet, der vielleicht nur einen Teil der GPK-Antrags, den tieferen Teil, nimmt, damit können wir leben. Grösste Mühe hätten wir, wenn am Schluss nur der Antrag des Stadtrates vorhanden wäre. In diesem Sinne sind wir klar für Eintreten und hoffen auf eine Einsicht von allen, inklusive uns, dass wir eine gute Lösung finden.

Theo Schöni, Fraktion Grüne: Eine Aufwertung des Aareraums ist für die Grünen unbestritten. Sie haben sich damals auch klar dafür ausgesprochen, dass ein zusätzliches Vorprojekt mit einer Variante ohne Steg ausgearbeitet wird. Wir gehen aber auch mit dem Stadtrat einig, dass, wenn wir letztlich zwei Varianten haben, sie vom Volk müssen entschieden werden können. Das Projekt hat eine markante Verbesserung durch den Wasserzugang am Ländiweg erfahren und wird dem Namen ANDAARE jetzt vollumfänglich gerecht. Unser Lob gilt der Planergemeinschaft, die hier vorzügliche Arbeit geleistet und sich eingesetzt hat, dass man den Aarezugang realisieren könnte. Was die gestalterische Umsetzung – ich komme aber nicht auf Schraubchen zu reden – in diesem Bereich anbelangt, gibt es nach unserer Auffassung aber immer noch Handlungsbedarf. Insbesondere die Stützmauer am Bahnhofquai mit dieser Höhe, mit den Betonsichtflächen, ein solch dominantes und fast steriles Element – in den Animationen wird dies zwar durch die Bäume, die dort einmal wachsen können sollten, etwas aufgelockert. Aber wir wissen noch nicht, ob es dann wirklich so sein wird. Dieser Bereich muss auf jeden Fall – gestalterische Elemente zusätzlich - einer differenzierten Materialwahl unterzogen werden, wie auch die Bepflanzung und Möblierung, aufgewertet werden können. Wir hätten uns insgeheim erhofft, dass im Bereich der Bahnhofterrasse im Fall der Variante ohne Steg eine ebenso überzeugende Lösung hätte ausgearbeitet werden können. Leider müssen wir feststellen, dass mit der vorgeschlagenen Rampe eine Lösung im Raum steht, die man in dieser Form als gleichwertige Alternative zur Variante mit Steg unserer Bevölkerung nicht zur Abstimmung vorlegen kann. Es gibt dafür drei wesentliche Gründe, die zum Teil auch schon genannt wurden. Das ist einmal die Steigung von 10 %, die den Anforderungen eines behindertengerechten Bauens nicht entspricht. Die Länge dieser Rampe als Zugang neben den beiden Treppenzugängen, die wir heute haben, ist abgesehen von den paar wenigen Momenten, in denen wir erhöhte Personenfrequenzen haben, absolut unnötig und würde nicht benutzt. Ich weise nur darauf hin, dass wir beim Wildsauplatz, wo es die Treppe von der alten Brücke in die Winkelunterführung gibt, eine schöne Rampe haben, die rundum geht. Wenn man schaut, welche Frequenzen sich dort bewegen, ist es zwar schön, man kommt aber mit dem Velo auch gut hinunter. Das ist der einzige Vorteil. Aus diesen gewichtigen Gründen ist für uns klar, dass diese Rampeanlage aus dem Projekt gestrichen gehört. Im Gegenzug könnte man allenfalls die Liftanlagen bedarfsgerecht ausbauen und für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer erweitern. Ebenso verlangen wir die geplanten Vorinvestitionen für die Ausbildung der Erdanker, die für einen allfälligen Steg doch noch gemacht werden können sollten. Der Auftrag hat klipp und klar gelaute, alternativ eine Variante ohne Steg zu planen. Zur Variante mit dem Steg: Für uns sind nicht die Kosten, die der Steg verursachen würde, ausschlaggebend. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass das wichtigste Ziel des Projekts, nämlich den Aufenthaltsraum entlang der Aare aufzuwerten, mit Menschen zu beleben, eine attraktive Belebungszone für die Besucher und Bewohner zu schaffen, für unsere Stadt und für diejenigen, die von aussen kommen, durch den Bau des Stegs nicht erreicht werden kann, ja geradezu behindert wird. Pressieren versus flanieren, durch Entflechtung von Verkehrsströmen, genau diese Tendenz. Dem muss entgegen gewirkt werden. Wir erleben dies schon heute, gerade auf dem Ländiweg, der oft nur wenig belebt ist und deshalb selbst bei Tageslicht ein mulmiges Gefühl aufkommen lassen könnte, eventuell angepöbelt zu werden oder einem Dealer gegenüber zu stehen. Die Belebung erhöht das Sicherheitsempfinden. Wir wollen damit nicht Angst machen, um zu sagen, wo man die Leute durchführen sollte. Die Abtreppe zur Aare ihrerseits schafft einen Raum zum Verweilen, sich am Wasser zu erholen. Es ist vielleicht vermessen, Olten mit Venedig zu vergleichen. Aber ich war vor kurzem dort. Eine Fussgängerstadt par excellence, zwei markante Übergänge über den Canale Grande, sonst engste Platzverhältnisse zum Flanieren. Eine Fussgängerstadt par excellence. Es hat Schnelle und Langsame. Man

begegnet sich auf engstem Raum. Man fühlt sich sicher. Wir diskutieren in Olten über die Attraktivierung des Aareraums, indem wir Verkehrsströme entflechten wollen. Ganz zu schweigen davon, dass der Steg, übrigens auch von uns architektonisch als durchaus überzeugendes Bauwerk empfunden, am gegenüber liegenden Ufer am Amthausquai, an einen Punkt führt, wo tatsächlich weder Fisch noch Vogel weiss, wo es ihn jetzt hin geschlagen hat und wo es weiter gehen soll. Es steht beispielsweise auf jener Seite, obwohl man dies andiskutiert hat, nichts von Veloparkplätzen, die man dort zwingend platzieren müsste, falls der Steg auch von Velofahrenden sinnvoll benutzt werden können sollte, das heisst, wenn sie das Velo dort drüben abstellen und nachher über den Steg zum Bahnhof gehen können. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bezüglich Verbindungen über die Aare müssen wir uns nicht unterhalten. Diese haben wir dank der weitsichtigen Planung unserer Vorfahren seit langem. Es ist also abwegig, zwei Steinwürfe oberhalb der Bahnhofbrücke einen weiteren Aareübergang zu bauen. Im Weiteren darf festgestellt werden, dass allfällige Hindernisse auf der bestehenden Achse wie etwa durch Lichtsignalanlagen zum Vorteil des Fussgängerverkehrs gesteuert werden können. Es wird von grosser Bedeutung sein, wie die Fussgängerströme sowie die Zugänge für die künftige Veloparkierung auf dem Niveau der Bahnhofbrücke und dem Bahnhofareal geführt und ausgestaltet werden, insbesondere unter dem Aspekt, dass mit der Eröffnung der ERO tatsächlich eine Entlastung des Durchgangsverkehrs erwartet werden darf. Nehmen wir uns in diesem Zusammenhang ein Beispiel, wie der Bahnhofsbereich des Bahnhofs Solothurn umgestaltet worden ist, übrigens auch in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Tiefbau. Die Frage ist einfach: Was will man, und wie verhandelt man letztlich? Was die Kosten anbelangt, müssten wir aus unserer Sicht eigentlich sagen, es kommen nur Kernobjekte auf der Ostseite in Frage, ausser man lässt dem Volk wirklich die Stimmfreiheit und sagt: Diejenigen, die einen Steg wollen, müssten die Möglichkeit haben, an einem attraktiven Westufer anzukommen. Dann würde es heissen, man müsste im Prinzip die Variante, welche die CVP/EVP/GLP-Fraktion vorgeschlagen hat, unterstützen. Ohne Rampe, dafür mit einer Verlängerung der Hardegg-Unterführung, könnten zusätzlich massive Verbesserungen erreicht und gleichzeitig auch weitere Kosten gesenkt werden. Vergessen wir nicht: Wir sind immer noch auf der Stufe des Vorprojekts. Es lassen sich noch viele Änderungen und Anpassungen, so wie wir sie jetzt auch vorgeschlagen haben, umsetzen. Wir erwarten, dass letztlich das Parlament und der Stadtrat dem Volk zwei gleichwertige Projekte zur Auswahl vorlegen.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Ich spreche nicht mehr über das Projekt, das wir meiner Meinung nach alle als qualifiziert angesehen haben. Die SP ist einstimmig für Eintreten, und wir freuen uns, dass sich dieses Projekt bis an die Hürden, die wir jetzt miteinander überwinden wollen, nach vorne arbeiten konnte. Wir sind auch froh, dass Martin Wey die Zeichen aus der Fraktion noch erkannt und die Papiere mit den Zahlen nachgeliefert hat. Selbstredend diskutieren wir über die Bruttozahlen. Das ist klar. Aber ich finde, dass die Subventionen für eine Gesamtüberlegung als Beurteilungsmoment elementar sind. Wir waren etwas erstaunt, dass die Orientierungsversammlung, die von Heinz Eng – ich nehme an, im Auftrag des Stadtrates - von langer Hand angekündigt worden war, am 3. Mai nicht stattgefunden hat. Schade, hat sie nicht stattgefunden. Dort hätte man vielleicht die eine oder andere Frage, die wir dann in der Fraktion stellen mussten, schon beantwortet erhalten können. Bedauerlich ist auch, dass die Unterlagen für die GPK absolut topp waren, das Parlament hingegen habt Ihr etwas bescheiden bedient, so dass es oft Interpretationsfehler gab. Bei den Grafiken habe ich zum Beispiel lange gemeint, die orangen Flecken beim Steg seien die neuen Veloabstellplätze. Es bedeutet aber offenbar, dass dort Parkplätze aufgehoben werden. Das kann man diesen Plänen so einfach nicht ansehen. Für uns ist ganz klar, dass der Antrag der GPK mit vier Varianten vor das Volk zu kommen – es hat immerhin auf einem A4-Blatt Platz, und ich bin froh, dass es nicht ein A3-Blatt geworden ist – nicht geht. Wenn der Stadtrat uns so etwas vorlegen würde, würden wir fragen, ob er sich eigentlich nicht entscheiden könne. Bitte: Zwei Varianten sind tipp-topp. Ich glaube oder spüre es heute Abend mindestens so, dass wir uns auf zwei Varianten einigen werden. Eventuell sind sie ähnlich wie die Vorschläge der GPK, die bereits vorliegen. Die SP

unterstützt grundsätzlich nur die Variante mit dem Steg. Ganz am Schluss sollten wir mindestens vom Steg noch etwas spüren. Dann sind wir mit im Boot. Das liegt für uns auf der Hand. Die SP hat eine Petition lanciert. Das war eigentlich der Kern der ganzen Aktion. Dies, nachdem das Provisorium dort gestanden hat. Übrigens hat es auch FdP-Leute. Ich glaube, Daniel Vögeli hat sogar einen Vorstoss gemacht, man solle das Provisorium stehen lassen, weil es ihm so gut gefallen hat. Es gibt Leute, die damals eigentlich grosse Begeisterung zeigten. Aber auch die Mitwirkungsverfahren Olten 2020 oder die Chance Olten Ost-Verfahren haben eigentlich gezeigt, dass es durch und durch ein Bedürfnis des Volkes ist. Es ist nichts minder als recht, dass das Volk auch Gelegenheit hat, diese Frage noch einmal für sich beantworten zu können. Die zusätzlichen Erkenntnisse aus diesen Erhebungen respektive Verkehrsströmen sind für mich gut verständlich. Ich interpretiere es nicht ganz so wie Urs Knapp. Ich denke, unsere Innenstadt ist nicht so gross, dass man einfach partout daran vorbei geht. Ich glaube, ob man die Römerstrasse hinauf oder über den Klosterplatz geht, irgendwo landet man schon in der Mitte unserer kleinen Stadt. Ich finde, dass der Steg selber eine gute Massnahme zur schnellen Entleerung der Bahnhofunterführung ist, die ich wirklich einen eklatanten Engpass in unserer Stadt finde. Ich finde es gut, wenn man bei der Terrasse sofort aus dem Bauch heraus selbstsprechend erkennt, welche Wege man gehen kann. Wir haben das Privileg, dass wir den Tatbeweis mit dem provisorischen Steg hatten. Das Erlebnis für die Oltnen, auch für mich selber, so nahe am Wasser zu sein, war offenbar etwas komplett Neues. Wir haben uns in der Regel relativ weit über der Wasseroberfläche bewegt, wenn wir die Aare gequert haben. Ich weiss es noch gut. Es war ein fantastisches Erlebnis, und ich kann nach wie vor die Oltnen Altstadt als die Schokoladenseite unserer Stadt sehen. Für mich ist die Brücke in ihrer Architektur ein Linienformbild, nicht etwa ein Brett vor dem Kopf. Ich denke, man sieht unsere schöne Altstadt trotz dieser Brücke immer noch. Sie hat übrigens auch gewonnen, weil es eben eine solch elegante und feine Erscheinung ist. Um es etwas salopp auszudrücken: Es ist für mich fast etwas, als wenn man ein Spiegelei ohne Eigelb bestellen würde, wenn der Steg weg ist. Für uns ist das Ganze eine Einheit und muss auch so kommen. Mögliche Gedanken, dass man Einsparungen aus diesem Projekt in andere schieben könnte, sind für uns unzulässig, wenn nicht sogar unseriös. Das sind halt definitiv andere Geschäfte. Sie sind nicht nicht nötig. Unsere ganze Fraktion ist dringend dafür, dass die Winkelunterführung sofort an die Hand genommen wird, nachdem wir zwei Jahre lang über Planungskredite gesprochen haben. Aber es ist nicht Teil dieses Geschäfts, auch wenn dort eine gewisse Kausalität vorhanden ist. Im Sinne eines kompromissbereiten Signals ist für uns selbstverständlich diskutierbar, dass der Perimeter wieder die Grösse wie damals beim Wettbewerb annimmt. Diese Grösse ist Euch allen bekannt. Darüber reden wir unter der Variante Ost oder light. Das ist für uns durchaus diskutierbar. Konkret bedeutet dies für uns, dass Teilobjekte in andere Realisierungsebenen verschoben werden können. Urs Knapp hat es gut gesagt. Das Beispiel Anschluss Hardegg-Unterführung gehört eindeutig zum Geschäft Hardegg-Unterführung, wenn sie dann gebaut wird. Als anderes Beispiel für mich wird der Salzhüslweg behandelt, wenn wir wissen, wie wir in der Nichtbadesaison entlang der ganzen Aare laufen. Deswegen wird das Projekt oder Kernprojekt ANDAARE nicht gestraft. Für die Realisierung von ANDAARE sind für uns die Elemente 1a, 1b, 2,3,5 und 6 notwendig, ein wenig anders als beim Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Das müsste vielleicht noch etwas angepasst werden. Aber ich glaube, im Grundsatz meinen wir etwas Ähnliches. Wie für Urs Knapp zählt für uns tatsächlich der direkte Kosten-/Nutzen-Vergleich. Für uns ist der Nutzen des Stegs gross. Hier haben wir offenbar verschiedene Ansichten. Es ist eigentlich schön, wenn wir das Volk hier widerspiegeln. In diesem Sinne ist es wahrscheinlich nichts Anderes als recht, wenn wir dem Volk auch Gelegenheit geben, auswählen zu können. Wir selber haben schon auch das Gefühl, dass die 31,7 Millionen Franken in einem Bereich sind, die gewisse Gedanken auslösen und einem vielleicht saloppe Sätze in den Sinn kommen. Ich glaube auch, dass man dort ein wenig herunter fahren muss. Es ist etwas über der Schmerzgrenze. Ich habe sogar Zweifel, ob die 20 % Reserve in dieser Planungsphase wirklich die richtige Grösse sind. Ich meine, dass in der Regel nach einem Vorprojekt 10 % üblich sind. Aber es ist vielleicht mit den Wasserbaumassnahmen notwendig. Für uns ist wichtig, dass man die Elemente Ländliweg

und Steg nicht wirklich gegeneinander ausspielt. Beide haben ihre Qualität und berechtigten Qualitäten. Aufenthaltsqualität, Querungsqualität. Ich glaube, dies kann ganz gut nebeneinander sein und ist auf keinen Fall irgendeine Konkurrenz. Für uns kommt es nur in Frage, wenn wir am Schluss über eine Variante Steg oder wo der Steg vorkommt, diskutieren können. Dann können wir durchaus einen Konsens finden. Ich möchte aber gleichwohl anmerken, dass die Rampenlösung ausserordentlich unbefriedigend ist. Sie ist nicht fertig und ist unzulänglich. Es wäre das Mindeste, dass dort noch einmal über die Bücher gegangen wird. Vielleicht muss man halt bereits etwas vom Bahnhofprojekt anknabbern. So, wie es gezeichnet ist, geht es jedenfalls nicht. Zwei kleine Mängel sind unserer Meinung nach auch noch angebracht. Eigentlich erwarte ich dies von den Grünen: Mehr Begründung. Ich habe tatsächlich das Gefühl, sie sei etwas mager ausgefallen. Es wird ja dort in der Regel brandheiss. Wer um 18.00 Uhr im Bistro sitzt, weiss, dass man dort ordentlich schwitzt. Mit diesem Mauerwerk gibt es einen unglaublich warmen Raum. Ich fände es eigentlich schön, wenn ein Teil dieser muralen Struktur sogar etwas ökologische Ausgleichfläche in der Vertikalen darstellen könnte. Das muss eigentlich auch möglich sein. Es stört mich auch, dass zur Nutzung relativ wenig gesagt wird. Für mich würde es bei der Treppe in der Mitte durchaus auch noch einmal eine Buvette, eine Sommernutzung, vertragen, ein Stück weit im Zusammenhang mit einer Sozialkontrolle, wenn irgendwo so etwas angeboten wird. Wir werden jetzt über verschiedene Varianten abstimmen können. Ich habe noch einen Antrag vorbereitet, wollte aber etwas die Diskussion abwarten im Sinne meiner Ausführungen, nämlich, dass wir zwei Varianten sähen im Unterschied zu Eurem Änderungsantrag mit 1b und ohne 4, man auf der anderen Seite nur den Ankunftspunkt des Stegs mit einbeziehen würde. Ich muss Euch zuhören. Vielleicht müssen wir den Antrag noch stellen, damit es eine gewisse Klärung gibt. Etwas hat mich eigentlich sehr gefreut. Ich möchte nicht übermässig schmeicheln. In den letzten zehn Jahren habe ich noch nie so viel mit Urs Knapp und mit anderen auch telefoniert wie in den letzten zwei Wochen. Ich freue mich, dass wir diesen Kontakt eigentlich ausserparlamentarisch gut gepflegt und ausgetauscht haben. Wir sind nicht einig geworden. Aber ich glaube, dass wir schon einen Weg vorbereiten konnten, wo der Stadtrat auch die eine oder andere Schweissperle abnehmen kann. Wir werden hinter dieser Sache stehen, in welcher Form auch immer.

Antonia Hagmann: Vielen Dank, dass ich als Mitglied der Spezialkommission ANDAARE das Wort auch noch ergreifen darf. Es ist mir schon ein Anliegen, einige Sachen dazu zu sagen. Ich möchte noch anfügen, dass ich mich nicht mit den anderen Mitgliedern abgesprochen habe, aber sicher grossmehrheitlich die Meinung der Spezialkommissionsmitglieder vertreten werde. Nach diesen Voten muss ich mich schon etwas fragen, weshalb wir uns bei zwölf Sitzungen intensiv und mit Beratung ausgewiesener interner und externer Fachleute sowie einer fundierten Langsamverkehrszählung mit dem Projekt ANDAARE auseinander gesetzt haben, wenn jetzt auf einmal so viel Kritik und auch Änderungswünsche angebracht werden. Wie Stadtrat Martin Wey schon ausgeführt hat, haben wir nach der letzten Parlamentssitzung beim sogenannten Boxenstopp sprich Zwischenbericht als Spezialkommission den Auftrag erhalten, noch ein Vorprojekt ohne Steg auszuarbeiten, damit Ihr heute besser entscheiden könntet, ob man jetzt ein Projekt mit oder ohne Steg verwirklichen und welche Auswirkungen dies auf das gesamte Projekt haben soll. Auch wurde uns nahe gelegt, die Eingaben der Mitwirkung umzusetzen. Gemeint war ja vorwiegend, dass man näher an das Wasser kommt und mehr Grünbepflanzung hat. Ich denke, dass diese Vorgaben weitgehend erfüllt wurden. Das heisst, es liegen jetzt zwei Vorprojekte vor, eines mit Steg und eines ohne Steg, und der bessere Zugang zum Wasser ist optimal umgesetzt worden. Dass der grossräumige Zugang zur Aare, welcher eine Verlegung des Abwasserkanals bedingt, nicht umsonst zu haben ist, wurde auch damals schon erwähnt. Jetzt ist man fast etwas empört, dass das ganze Projekt mehr kosten sollte als vor diesen Anpassungen. Auch wurde damals schon erwähnt, dass das Projekt ohne Steg nicht einfach um die Kosten dieses Bausteins geringer ausfallen würde. Ich finde, das sollte eigentlich logisch sein. Über die Etappierung der Bausteine sind wir eigentlich bei der letzten Parlamentssitzung gewesen. Auch die einzelnen Bausteine sowie die Optionen waren nicht gross bestritten, ausser natürlich der Steg. Heute habe ich auf einmal das

Gefühl, mich in einem kleineren Wunschkonzert zu befinden. Eigentlich sind nur zwei Bausteine unbestritten. Nachher gehen die Meinungen schon bald wieder auseinander. Es wird auf einmal ausgerechnet, welcher Baustein einem anderen Projekt zugeordnet werden könnte, oder welchen man sogar unter Unterhalt abbuchen könnte etc. Das ist doch nicht ehrlich. Unsere Entscheidungsgrundlage ist doch: Überzeugt das Projekt, und wie verändert es den Aareraum? Gibt es für die Oltnen Bevölkerung eine Verbesserung mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand? Wie viele Subventionen, und was zahlt der Kanton? Sind die Verhandlungen hier Sache der Verwaltung? Das ist doch sicher kein Kriterium, ob wir jetzt für das Projekt sind oder nicht. Schon bei der letzten Sitzung hat man sich nicht vorwiegend um die Aufwertung des Aareraums gestritten, sondern ob man einen Projektwettbewerb oder ein Siegesprojekt abändern könnte oder nicht. Ich bin schon enttäuscht, dass jetzt das gute Projekt von einigen Parlamentariern so kritisiert wird. Es wäre ehrlicher gewesen, Ihr hättet vor einem Jahr die Streichungen und finanziellen Limiten gesetzt und damals nicht nur mit Voten eine gewisse Skepsis geäußert. In der ersten Parlamentssitzung zu diesem Geschäft im Jahr 2008 ist von gewissen Fraktionen erwähnt worden, der Perimeter sei viel zu eng gefasst. Man sollte wenn möglich den Gesamt-Aareraum bis zur Gäubahnbrücke und auch den Salzhüslweg mit einbeziehen. Später ist dann noch die Forderung gekommen, die verschiedenen Zugänge zur Aare auch mit einzubeziehen, und jetzt, wo die Kosten auf dem Tisch liegen, bekommen gewisse Parlamentarier auf einmal kalte Füße, und der Perimeter sollte jetzt nur noch auf den Ländliweg, die Bahnhofbrücke und den Wildsauplatz, also auf die eine Aareseite beschränkt werden. Jetzt noch etwas zum viel diskutierten Steg: In der Spezialkommission haben wir uns nach der letzten Parlamentssitzung mit der Frage mit oder ohne Aaresteg intensiv auseinander gesetzt. Das Resultat der Erhebung des Fussverkehrs, die im vergangenen Oktober während einer Woche im innerstädtischen Raum durchgeführt wurde, hat uns aufgezeigt, dass ein Steg nicht nur optisch, sondern auch für einen reibungslosen Personenverkehr äusserst sinnvoll ist. Ein Zugang zu einem Bahnhof nur mit einer Treppe und einem Lift ist für die heutige Mobilität eher ein Hindernis. Diese Erkenntnisse haben uns unter anderem im Entscheid unterstützt, dass der geplante Aaresteg für alle Reisenden, Bahnhofquerende und Besucher, ob mit Behinderung, Rollkoffer, Kinderwagen etc. unterwegs, eine Qualitätssteigerung wäre. Ich bin auch überzeugt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl mit einem solchen Steg gesteigert würde. Die anstehenden Investitionen erstrecken sich ja über mindestens sechs Jahre, und ich rechne ohnehin mit zehn Jahren, bis man hier das Ganze realisieren könnte. Ich finde, das muss und kann eine Stadt wie Olten, die in den letzten Jahrzehnten bezüglich Attraktivität an der Aare nichts unternommen hat und auch sonst nichts Weltbewegendes realisieren konnte, wirklich problemlos verkraften. Die geäußerten Befürchtungen und Einwände gleichen einer Pflasterli-Politik, sind mutlos und engstirnig. Glaubt Ihr eigentlich nicht an unsere Stadt? Denkt Ihr nicht an die Zukunft und wagt Ihr eigentlich überhaupt nichts? Die Stadt Olten will sich mit einer Überbauung Bornfeld und Olten SüdWest einwohnermässig entwickeln. Was können wir Attraktives bieten? Müssen unsere Nachkommen dann auch einmal betrübt feststellen, dass hier leider einmal eine tolle Chance verpasst wurde? Das möchte ich nicht und kämpfe daher ohne Wenn und Aber für dieses tolle Projekt und für die Oltnen Bevölkerung.

Stephan Hodonou: Ich möchte Euch einfach einmal fragen, was eigentlich Eure Aufgabe in diesem Parlament ist. Abstimmen über eigene Interessen oder abstimmen über das Interesse für das Beste in dieser Stadt? Das ist doch die Frage. Genau so, wie es jetzt passiert, macht man diese Stadt kaputt. Genau so. Man schickt einen Prozess auf den Weg, einen langen Prozess, Mitwirkung 2020, nachher irgendwie Spezialkommission. Man kann wieder Stellung nehmen, eingeben, man gibt seine Meinung dazu. Und dann kommt man am Schluss wieder irgendwie und dann ist hier wieder ein Haar in der Suppe und dort ist etwas. Wegen der kleinsten Sache macht man eine Fundamentalopposition in einem kleinkrämerischen Schacher. Das gehört zusammen, das ist mir zu viel. Das ist der Tod jedes Innovationsgeistes. Nachher lamentiert Ihr wieder und sagt: In dieser Stadt erreicht man nichts. Man kommt nicht vorwärts. Aber wenn einmal ein Projekt vorliegt, das Pep hat und ein Wurf ist, kommt dieser Schacher. Dann telefoniert man noch so viel wie noch nie in

den letzten zehn Jahren, zieht hier noch schnell die Strippe und dort noch etwas, sagt: Das sollte man noch verlegen. Wenn man auf alles eingehen würde, das Ihr gesagt habt, bin ich ganz sicher, dass der Nächste kommt und sagt: Man müsste noch die Aare verlegen, den Stau oder irgendetwas. Etwas käme noch, weil es nicht genau das ist, was Ihr jetzt vielleicht so möchtet: Eigeninteressen. Ich sage es Euch einfach gerade heraus ins Gesicht: Was Ihr hier vertretet, ist Eigeninteresse. Ihr könnt das Projekt des Stadtrates vor das Volk bringen, das entscheidet. Dann habt Ihr einen Entscheid.

Urs Knapp: Bei allem Respekt, Stephan: Jetzt hast Du einen Blödsinn erzählt. Ich wüsste nicht, welche Eigeninteressen hier vorhanden sind. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist, dass wir eine Mehrheit in einem schwierigen Geschäft finden. Wir haben festgestellt, dass alle den Aareraum aufwerten wollen. Wir müssen einen Weg finden, damit wir diese Mehrheit finden. Ich weiss nicht, wo Du unsere Eigeninteressen siehst. Ich glaube, es ist niemand hier, der dort bauen will. Es ist niemand hier, der Beton liefern will. Ich weiss es nicht. Unsere Aufgabe ist, genau solche Stimmen, die Du jetzt gemacht hast, die kontraproduktiv sind und dafür sorgen wollen, dass wir in dieser Stadt keinen Schritt weiter kommen, zurück zu drängen und dem Volk zeigen zu können: Wir haben eine Vorlage. Es gibt Differenzen. Man hätte es vielleicht anders machen können. Aber man hat einen gemeinsamen Nenner gefunden, der nicht nur der kleinste gemeinsame Nenner ist, sondern eine gute Grundlage für eine Weiterentwicklung dieser Stadt ist. Ich wäre schon sehr froh, wenn Du vielleicht noch einmal darüber nachdenken könntest, wenn es zur Abstimmung kommt und dann mindestens nichts sagen würdest, weil dies absolut kontraproduktiv ist und genau das passieren würde, was Du uns vorgeworfen hast.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte mich eigentlich den Ausführungen von Urs Knapp anschliessen. Schon bei Antonia Hagmann hatte ich den Eindruck, wir seien alle gegen das Projekt. Dann muss ich sagen: Ihr habt nicht zugehört. Wir sind alle für das Projekt. Wir sind sogar vehement für den Steg. Hier gehen die Meinungen auseinander. Ich denke, Eigeninteressen vertreten wir in keiner Art und Weise, weil ich dann vielleicht anderswo noch ganz andere Interessen hätte. Wenn wir schon dabei sind, haben wir hier auch schon Sachen diskutiert, wo ich denke, dass sie mehr in Richtung Eigeninteressen von Deiner Seite gehen als das, was jetzt hier beim Aareraum passiert. Ich finde es wirklich eine Frechheit und eine Unterstellung, uns in diesem Zusammenhang Eigeninteressen vorzuwerfen.

Dieter Ulrich: Ich möchte an dieser Stelle gleichwohl noch Antonia Hagmann danken. Sie hat das Präsidium in der Spezialkommission sehr gut geführt. Sie war immer engagiert bei der Sache, was Ihr auch gerade vorher gemerkt habt, auch wenn es vielleicht jemandem zu viel geworden ist. Aber sie hat sich immer mit Überzeugung und Engagement für das Projekt eingesetzt. An dieser Stelle merci vielmals. Ich möchte auch dem Projektteam für die jeweils guten Präsentationen und die wirklich überzeugenden Ausführungen, die sie in der Kommission gemacht haben, danken. Auch dort ist es für mich sehr positiv gewesen, mit ihnen zusammen zu arbeiten und das ganze Projekt begleiten zu dürfen. Zum Aaresteg habe ich meine Meinung, bin davon überzeugt, und mir ist auch klar, dass ich heute Abend hier niemanden von dieser Meinung dafür oder dagegen werde überzeugen können. Ich denke, wichtig ist einfach, dass wir dem Volk die Wahl lassen, entweder für oder gegen diesen Steg zu sein. Ich kann mir jetzt eine Bemerkung gleichwohl nicht verkneifen. Wenn man dem Argument folgt, der Steg verhindere, dass die Leute über den Ländiweg und in die Altstadt gehen, müssten wir eigentlich konsequenterweise auch die Treppenaufgänge auf die neue Brücke streichen, weil wir dann sicher stellen könnten, dass die Leute nicht darüber gehen und via Ländiweg gehen müssen. Aber ich glaube, es leuchtet allen ein, dass dies keine Option sein kann.

Felix Wettstein: Ich möchte einen Anlauf für eine Formulierung nehmen, von der ich den Eindruck habe, dass sie mehrheitsfähig sein könnte. Als Ausgangsformulierung möchte ich diejenige nehmen, die wir in der GPK hatten. Ich glaube, dass wir in der Lage sind, es wieder

auf zwei statt vier Varianten herunter zu holen, was schon verschiedene gesagt haben, indem man, wenn Ihr Beschlussesantrag 1 auf dem gelben Blatt anschaut, die erste Zeile streicht und analog Beschlussesantrag 2 auf der zweiten Zeile ab dem Wort „für“ bis zur dritten Zeile vor dem Wort „für“ auch streicht. Das kommt ganz nahe an den Vorschlag der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Wir haben aber noch eine Differenz. Das ist Baustein 4. Wenn man diesen enthalten hat, das heisst den Amthausquai, wenn es den Steg gibt, natürlich auch den Brückenkopf, ist der Zusatz Ost nicht mehr berechtigt. Ich sehe die Lösung darin, dass man sagt, die Variante ANDAARE Kernobjekte und sie dann halt in den Bausteinen aufzählt, dass man das Wort Kernobjekte wieder einführt, wenn es auch gegenüber den Unterlagen abweicht, wo zum Teil andere Sachen als Kernobjekte bezeichnet worden sind. Das Wort Ost müsste durch einen treffenderen Begriff für die schmalere Version wieder ausgewechselt werden. Die Elemente wären 1a, 1b, 2, 3, 4, 5 und 6. Vielleicht müssen wir dies auch als Varianten einander gegenüber stellen, ob wir die rund 1,1 Millionen Franken, die der Amthausquai veranschlagt, tatsächlich in einer abgespeckten Variante enthalten haben wollen. Es kann sein, dass es dazu halt wirklich auch noch unterschiedliche Vorstellungen gibt. Aber ausgehend von der Formulierung des GPK-Vorschlags der beiden ersten Beschlussesanträge könnte man relativ gut jeweils eine Zeile heraus nehmen. Dann wären wir meiner Meinung nach nahe am Ziel.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Hier vielleicht ganz kurz von meiner Seite, damit keine Konfusion besteht. Du hast diesen Antrag gestellt, und ich bitte Dich, diesen je nachdem auszuformulieren. Wenn das Parlament auf dieses Geschäft eintritt, wird über die entsprechenden Anträge abgestimmt. Ich bitte Dich, Deinen Antrag bis dann entsprechend zu formulieren, damit wir in der Detailberatung sehen, was überhaupt gemeint ist.

Felix Wettstein: Ich habe es absichtlich noch nicht als Antrag formuliert, sondern gesagt, ich versuche einen Anlauf. Ihr habt gemerkt, dass ich bei der Wortwahl gezögert habe. Wie nennt man das abgespeckte Projekt? Vielleicht kommt jemandem etwas Besseres in den Sinn. Ich sehe es grundsätzlich auch als einen Auslöser an, dass wir nach der Auslegeordnung einen Unterbruch machen, wo sich die Fraktionen zurück ziehen und besprechen können, wie sie zu diesen Sachen stehen.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Es müsste auch noch ein Antrag auf einen Sitzungsunterbruch gestellt werden, wenn dies gewünscht würde.

Heidi Ehrsam: Ich kann Felix Wettstein eigentlich zustimmen. Es ist aber einfacher, wenn man sagt, der CVP/EVP/GLP-Antrag plus 1b, weil wir jetzt gesehen haben, dass dies im Agglomerationsprojekt eigentlich eine sehr hohe Subvention erhält. Unser Antrag plus 1b ist das, was Felix Wettstein vorher vorgeschlagen hat, wenn ich dies richtig verstanden habe. Ich persönlich finde dies so gut. Wir müssen noch in der Fraktion schauen.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Auch das ist eine Anregung und kein Antrag.

Urs Knapp: Ich möchte nach zwei Anregungen einen konkreten Antrag stellen, den ich auch schriftlich einreichen werde, weil wir ihn auf dem gelben Blatt haben. Er lautet wie folgt: „Die Variante ANDAARE Ost Bausteine 1a, 1b, 2, 3, 5, und 6 mit Steg und die Variante ANDAARE Ost ohne Steg werden dem Souverän auf Vorprojektstufe zur Abstimmung unterbreitet“. Ich reiche dies als formellen Antrag ein, mit und ohne Steg. Das heisst aber ohne Amthausquai, weil dies einen anderen Perimeter hat. Alle haben den GPK-Antrag. Daniel Schneider hatte ihn zuerst. Wir haben ihn auf dem gelben Blatt. Beim GPK-Antrag soll die erste Zeile ersatzlos gestrichen werden.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Vielleicht interessiert, was der Stadtrat sagt. Möglicherweise ist es auch der falsche Moment. Wir denken, es ist der richtige Moment. Eine sehr engagierte Diskussion begibt sich in eine Entscheidungsphase. Danke für das Engagement. Ich danke auch jedem Einzelsprecher, der kritisch gewesen ist, aber auch sehr viel Engagement dargelegt

hat, auch im Namen meiner Kollegen. Ich wäre ein schlechter Baudirektor oder wir wären nicht gute Stadträte, wenn wir jetzt nicht noch von den Vollvarianten überzeugt wären. Wir sind auch noch überzeugt, dass man dies dem Volk durchaus unterbreiten könnte. Wir wären aber auch schlechte Politiker, wenn wir die Stimmungen und Wortmeldungen hier nicht gewichteten. Vor allem denke ich, dass der Prozess, der im Saal läuft, wo sich Fraktionen in einer wichtigen Frage offenbar überfraktionell absprechen, wo es nachher auch gilt, vor der Volksabstimmung, die relativ bald kommen wird, nämlich im Herbst, entsprechend die Signale auch gemeinsam auszusenden, mit und ohne Steg, aber dass dieses Bekenntnis vorhanden ist. Deshalb werden wir an unserem Antrag festhalten. Wir denken, es ist sinnrichtig und auch gradlinig, nicht stur, dass wir jedenfalls mit unserer Variante im Parlament diese Diskussion auch ausgelöst haben. Wir würden unsere politischen Überlegungen schon gar nicht hinterfragen, wenn ein gemeinsam gefundener Konsens im Parlament obsiegen sollte. Da würden wir den Auftrag des Parlaments selbstverständlich mit voller Energie wahr nehmen. Ich möchte einfach auch noch sagen, was wichtig ist. Deshalb bin ich zu den Chefplanern und zum Team gegangen. Das bis jetzt als Variante Vorgeschlagene ist durchaus machbar.

Marlène Wälchli Schaffner: Ich persönlich bin für die Vollvariante, und mich erstaunt nach es einer so langen Planungsphase, wo wirklich Fachpersonen nach einer Bestlösung gerungen haben. Wenn wir jetzt hier so Lego spielen, ist es nicht so einfach, etwas heraus zu nehmen. Von daher möchte ich noch einmal beliebt machen: Haben wir doch Mut!

Beschluss

Mit 45 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Christian Werner: Nach meinem Dafürhalten müsste jetzt über den Rückweisungsantrag abgestimmt werden, weil es ein Ordnungsantrag ist.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Ich war der Meinung, Du wollest etwas dazu sagen.

Christian Werner: Dann wollte ich nicht vorgreifen. Du hast ursprünglich gesagt, wir würden gegenüber stellen. Gert Winter hat sich eigentlich im Eintretensvotum bereits dazu geäußert. Ihr habt den Antrag auch vorliegend. Uns geht es nicht darum, das Projekt einfach zu 100 % abzuschliessen. Wie Ihr gerade feststellen konntet, sind wir einstimmig auf das Geschäft eingetreten. Aus unserer Sicht besteht ein Handlungsbedarf. Aber er besteht unserer Meinung nach nur auf der rechten Seite und nicht in dem Ausmass, indem er vorgeschlagen ist und auch in den herum gereichten Anträgen immer noch vorgesehen ist. In den Anträgen geht es nach wie vor um 21, 22, 23, 24 Millionen Franken. Von uns aus gesehen ist dies zu hoch. Wir haben gesagt: Ein Kostendach von 15 Millionen. Das Geld, das wir nicht ausgeben, kann in Steuersenkungen investiert werden. Dann haben wir einen attraktiveren Aareraum, die Steuern auch noch gleich gesenkt und sind topp.

Beschluss

Mit 39 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Wir kommen jetzt zu den vorliegenden Anträgen. Einerseits ist es der Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion und andererseits derjenige vom Schluss. Scheinbar herrscht hier ein gewisser Konsens, dass im von der SP eingereichten Antrag, der auf dem gelben Blatt der GPK steht, unter Punkt 1 die erste Ziele gestrichen und der Rest entsprechend angepasst wird.

Heidi Ehram: Ich möchte das vorher Besprochene zum Antrag machen: Unser Antrag plus 1b ist der offizielle CVP/EVP/GLP-Antrag.

Dr. Rudolf Moor: Ich glaube nicht, dass es formal möglich ist, den GPK-Antrag einfach so zurück zu ziehen. Wir müssen sonst ein Timeout machen, damit sich die GPK beraten kann, ob der GPK-Antrag zurück gezogen wird.

Beschluss

Antrag GPK ursprünglich zugestimmt mit 0 Stimmen

Antrag GPK angepasst SP einstimmig zugestimmt

Antrag GPK modifiziert SP zugestimmt 35 Stimmen

Antrag CVP/EVP/GLP-Fraktion zugestimmt 11 Stimmen

Antrag GPK und SP 40 Stimmen

Antrag Stadtrat 6 Stimmen

Mit 39 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem SP-Antrag (gelbes Blatt) zugestimmt und folgender Beschluss gefasst:

1. Die Variante ANDAARE Ost (Bausteine 1A, 1B, 2, 3, 5 und 6) mit Steg und die Variante ANDAARE Ost ohne Steg werden dem Souverän auf Vorprojektstufe zur Abstimmung unterbreitet.
2. Der Baukredit für die Variante ANDAARE Ost mit Steg von CHF 25'215'000 (CHF 21'013'000 plus 20 %) bzw. für die Variante ANDAARE Ost ohne Steg von CHF 22'194'000 (CHF 18'495'000 plus 20 %) wird zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 790.501.052 bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010, Stand 112.2 Punkte / Basis 1. April 2005, gilt als mitbewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Urs Knapp: Ich stelle den Antrag, dass das Parlament eine Abstimmung durchführt, ob es mit oder ohne Steg empfehlen möchte, mit der Variantenabstimmung.

Daniel Schneider: Es ist schon gut, wenn man am Schluss noch die „Trüübeli“ ernten will. Aber wenn wir jetzt so solange darüber diskutiert haben, dass wir mit zwei Varianten vor das Volk gehen, stimmen wir jetzt nicht darüber ab, sondern wir gehen mit der Mitteilung: „Das Parlament ist zum Schluss gekommen, dass wir mit zwei Varianten vor das Volk gehen“ und machen keine Empfehlung. Der Stadtrat kann dies von mir aus machen, ich glaube, wir nicht.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Als Parlamentsmitglied hat man das Recht, einen Antrag zu stellen. Ich glaube, Urs Knapp richtig verstanden zu haben, dass er den Antrag stellt, das Parlament solle eine Empfehlung abgeben.

Urs Knapp: Es ist einfach üblich, dass ein Parlament bei einer Vorlage eine Abstimmungsempfehlung gibt.

Roland Rudolf von Rohr: Ich bin auch der Meinung, dass das Volk das Recht hat zu wissen, was das Parlament denkt, ob es für oder gegen den Steg ist. Das Stimmvolk muss dies doch wissen, und es ist auch so üblich, dass das Parlament, auch wenn es nicht einig ist, seine Meinung abgibt, sei es auf kantonaler oder nationaler Ebene. Ich denke, man sollte dem Antrag von Urs Knapp zustimmen.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Jetzt gibt es noch etwas, das ich „auf meine Kappe“ nehmen muss. Wir sind in der Systematik eigentlich zu weit fortgeschritten, weil wir die Schlussabstimmung bereits gemacht haben. Bevor wir jetzt diese Empfehlung machen, müsste eigentlich ein Rückkommensantrag gestellt werden, dann über die Empfehlung abgestimmt und danach die Schlussabstimmung noch einmal durchgeführt werden. Sorry, das ist mein Fehler. Ich habe hier zu wenig systematisch überlegt. Das ist die Crux.

Thomas Frey: Ich stelle den Rückkommensantrag, damit Du dies schnell durch ziehst.

Christian Werner: Ich will es nicht komplizierter machen. Aber jetzt müssen wir einen Wiedererwägungsantrag stellen, wo es eine Zweidrittelmehrheit braucht.

Marlène Wälchli Frey: Ich bin dafür, dass wir den Wiedererwägungsantrag stellen, im Sinne, dass wir transparent sein können. Das ist mir jetzt ganz wichtig.

Beschluss

Wiedererwägungsantrag mit 30 Stimmen zugestimmt, aber Quorum 2/3 nicht erreicht.

Stefan Hagmann: Christian Werner hat es erklärt. Es ist Artikel 32: Wiedererwägung mit einer Zweidrittelmehrheit.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Heinz Eng: Besten Dank. Ich beende die Sitzung und wünsche Euch allen einen schönen Abend. Es ist eine sehr ereignisreiche Sitzung gewesen.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.